

Zeichenerklärung

- = Nichts vorhanden
- 0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht
- X = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu
- ... = Angabe fällt später an

- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ
- () = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher

- D = Durchschnitt
- p = vorläufige Zahl

- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl

- dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
- dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt ist, wurden die Tabellen im Landesamt für Statistik Niedersachsen erarbeitet und gelten für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
arne.lehmann@statistik.niedersachsen.de
lothar.eichhorn@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3145, 2215

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover

Preis: 8,00 €
Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im November 2015
Titelfoto: morguefile – www.morguefile.com
ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:
www.statistik.niedersachsen.de
> Veröffentlichungen
> Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2015.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Texte und Abbildungen

Einführung.....	6
Die wichtigsten Ergebnisse	7
Bevölkerung.....	9
Familie und Beruf	11
Erwerbstätigkeit.....	13
Wirtschaft und Einkommen.....	16
Globalisierung.....	20
Finanzen	22
Schulische Qualifikation	25
Wissenschaft und Kultur	27
Umwelt und Energie	30
Soziales, Sicherheit.....	32
Gleichstellung von Frauen und Männern	35
Niedersachsen in Europa	37

Tabellen

Bevölkerung.....	40
Familie und Beruf.....	42
Erwerbstätigkeit.....	46
Wirtschaft und Einkommen.....	50
Globalisierung.....	57
Finanzen	60
Schulische Qualifikation	64
Wissenschaft und Kultur	66
Umwelt und Energie	70
Soziales, Sicherheit.....	74
Aktuelle Entwicklungen 2015	79
Niedersachsen in Europa	80

Texte und Abbildungen

Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels systematischen Bund-Länder-Vergleichs sowie ausgewählter europäischer Daten zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 18. Mal. Dabei liegen ihm folgende methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien zu Grunde:

1. Sämtliche Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
2. Die 73 Ländertabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
3. Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen der vergleichenden Darstellung und Untersuchung von Strukturen und Entwicklungen des Landes.
4. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und teilweise durch Balkendiagramme visualisiert.
5. Die Ländertabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert (in dieser Ausgabe meist 2014), das Vorjahresergebnis sowie einen Wert, der fünf Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, sofern keine jährlichen Daten oder wenn methodische Brüche vorliegen, die einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
6. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Durch die Standardisierung der absoluten Werte mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar und erhalten einen Aussagewert. Bei Einwohnerbezügen wird – wenn nicht anders angegeben – der Stand vom 30. Juni des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.

7. Die Ländertabellen werden ergänzt durch neun Tabellen, die Niedersachsen und seine Statistischen Regionen im Vergleich der Europäischen Union darstellen.

Der *Niedersachsen-Monitor* enthält damit in dieser Ausgabe 82 Tabellen. Gegenüber dem Vorjahr gibt es zwei Erweiterungen, die auf Wünsche der Nutzerinnen und Nutzer zurückgehen:

- Das Kapitel Umwelt und Energie enthält erstmals eine Tabelle, die Aussagen über den Waldzustand macht. Der Anteil der Schädigungen kann dabei als Luft- und Bodenindikator gesehen werden.
- Unter den europäischen Vergleichstabellen ist Tabelle 75 um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards für alle 28 EU-Mitgliedsstaaten und 16 Länder Deutschlands erweitert worden. Es ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der Regionen im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union. Tabelle 80 stellt die Werte für die Statistischen Regionen Niedersachsens im europäischen Vergleich dar.

Methodische Umstellungen gab es insbesondere bei den Direktinvestitionen, deren Datenquelle die Deutsche Bundesbank ist. Sie wurden anders als bislang nach den international harmonisierten Berechnungsvorgaben der OECD berechnet, um die Vergleichbarkeit mit anderen Staaten zu gewährleisten. Die Umstellung führt dazu, dass mittelfristige Vergleiche mit den Daten, basierend auf der früheren Berechnungsmethode, nicht sinnvoll sind. Nähere Erläuterungen finden sich im Kapitel Globalisierung.

Anders als zuvor sind nun die wichtigsten Ergebnisse des *Niedersachsen-Monitors* und die jüngsten Entwicklungen für das Jahr 2015 im vorderen Hefteile zu finden.

Der Niedersachsen-Monitor 2015 entstand unter der redaktionellen Leitung von Arne Lehmann. Die Texte wurden erstellt von Sascha Ebigt, Prof. Lothar Eichhorn, Rita Hoffmeister, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Katja Tanneberger und Dr. Wolfgang Vorwig.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>

Die wichtigsten Ergebnisse

Wachsende Bevölkerung durch mehr Geburten und erhöhte Zuwanderung

Im Jahr 2014 wuchs entgegen früherer Prognosen die Bevölkerung Niedersachsens erneut. Am Jahresende lag der Bevölkerungsstand des Landes um 36 000 Menschen bzw. 0,5 % über dem des Vorjahres. Dieselbe Entwicklung war auch bundesweit mit einer Zunahme in gleicher Höhe zu verzeichnen. Dieser Zuwachs war auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: Die Zahl der Geburten erhöhte sich um 5,6 %. Zwar gab es nach wie vor einen Sterbeüberschuss, aber dieser verringerte sich. Zugleich gewann das Land durch ein Saldo von Zu- und Fortzügen 54 376 Einwohnerinnen und Einwohner dazu, vor allem durch Zuwanderung aus dem Ausland.

Das Jahr 2012 markierte eine demographische Wende. Von 2005 bis 2012 ging die Bevölkerungszahl laufend zurück. Auch wenn die grundlegenden Strukturen – eine alternde Bevölkerung und zugleich relativ geringe Fertilität – erhalten blieben, ist die Entwicklung seither eine andere: Die Geburtenzahlen steigen nach einem Tiefpunkt 2011 wieder an, und vor allem gibt es immer höhere Zuwanderungszahlen. Die Zuwanderung erfolgte mit steigender Intensität in den Jahren bis 2014 vor allem aus Ost- und Südosteuropa, aber bereits 2014 gab es starke Immigrationen von Menschen, die aus von Krieg und Bürgerkrieg zerrissenen Ländern stammen.

Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung des Landes, 21,4 %, war Ende 2014 bereits im Rentenalter. Ende 2009 lag der Anteil bei 20,8 %, Ende 2013 bei 21,2 % – die Zunahme erfolgt langsam, aber stetig. Entsprechend stieg z. B. der Anteil der Pflegebedürftigen von 3,0 % im Jahr 2009 auf 3,7 % im Jahr 2013. Im regionalen Vergleich ist auffällig, dass diejenigen Länder einen relativ niedrigen Seniorenanteil aufweisen, die wie Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg und Hessen eine hohe Zuwanderung aufweisen.

Traditionelle Familienformen gestärkt

Zwar gibt es vielfältige Formen des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen, die traditionelle Familie ist aber beileibe kein „Auslaufmodell“. Im Gegenteil: 2014 gab es fast 4 % mehr Eheschließungen als im Vorjahr, und zugleich sank die Zahl der Scheidungen um rund 3 %. Gleichzeitig sank die Zahl der Alleinerziehenden leicht.

Mehr Erwerbstätige, weniger Arbeitslose

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich 2014 auf Basis einer robusten Konjunktur positiv. Die Zahl der in Niedersachsen wohnenden Erwerbstätigen stieg 2014 um 0,4 %, die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Niedersachsen sogar um 1,1 %. Stärker noch, nämlich um 2,0 %, wuchs die

Zahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen mit einem Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte um 2,1 % zu. Die Zahl der Arbeitslosen sank zugleich um 0,6 %, nachdem sie 2013 noch leicht anstieg. Die Arbeitslosenquote sank um einen Zehntelprozentpunkt auf 6,5 %, die Unterbeschäftigungsquote, die auch die verdeckte Arbeitslosigkeit misst, lag bei 8,2 %. Hilfreich für die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte auch der Ausbau der Kindertagesbetreuung gewesen sein – die Betreuungsquote der unter Dreijährigen stieg um 3,5 Prozentpunkte auf 27,9 %.

Wirtschaft wuchs um +1,3 %

Die gesamtwirtschaftliche Leistung Niedersachsens, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), wuchs 2014 um 1,3 % und damit etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt von 1,6 %. Der Grund für die leicht unterdurchschnittliche Wachstumsrate ist darin zu suchen, dass die Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors in Niedersachsen nur um 0,6 % stieg und damit erheblich langsamer als bundesweit (+1,4 %).

Vom Wirtschaftswachstum profitieren konnten auch die abhängig Beschäftigten: Die Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten lagen 2014 durchschnittlich um 1,9 % höher als im Vorjahr. Bundesweit waren es 2,3 % mehr. Die Verdienstzuwächse waren allerdings zwischen den Geschlechtern äußerst ungleich verteilt, so dass der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern von 20 auf 22 % stieg. Die günstige Konjunktur führte auch dazu, dass die Zahl der Firmenzusammenbrüche gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % sank. Bundesweit war es sogar ein Minus von 7,3 %.

Diese positive, aber im Bundesvergleich leicht unterdurchschnittliche Entwicklung führte bei den öffentlichen Finanzen dazu, dass die Steuereinnahmen in Niedersachsen um 1,8 %, im Durchschnitt aller Länder aber um 4,2 % stiegen. Entsprechend stiegen auch die Ausgaben des Landes (einschließlich der Kommunen) 2014 nur um 3,3 %, während der Zuwachs im Schnitt aller Länder bei 3,9 % lag.

Umwelt: Sinkender Ressourcenverbrauch, steigender Anteil regenerierbarer Energien

Niedersachsen produzierte 2013 insgesamt 3,9 Millionen Tonnen Haushaltsabfälle; das war ein Rückgang von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Große und im Bundesvergleich überdurchschnittliche Anteile des Müllaufkommens werden wiederverwertet. Der Wasserverbrauch ging 2013 gegenüber 2007 um 3,6 % zurück. Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch erhöhte sich von 10,3 % im Jahr 2008 auf 14,7 % im Jahr 2012. Pro Kopf gab es 2012 insgesamt 8,3 Tonnen energiebedingte CO₂-Emissionen, 3,3 % weniger als im Vorjahr. Auch der Flä-

chenverbrauch ging zurück, und zwar von 9,8 Hektar pro Tag 2012 auf 9,2 Hektar 2013.

Armutsquote gesunken

Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens lag 2014 bei 15,3 % und damit einen halben Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert. Auch die Zahl der Leistungsbeziehenden nach SGB II sank im Vorjahresvergleich um 0,4 %. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank binnen Jahresfrist sogar um 8,8 %. Alle drei Statistiken weisen in dieselbe Richtung: Die Zahl und der Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen gingen 2014 in Niedersachsen deutlich zurück. Diese Entwicklung verlief parallel, aber zumindest im kurzfristigen Vorjahresvergleich etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt.

Aktuelle Entwicklungen 2015

Die aktuellsten vorliegenden Daten für 2015 bestätigen die positiven Trends des Vorjahres (Tab. 73). Die Wirtschaft wuchs im 1. Halbjahr 2015 um +1,6 % und damit etwas stärker als im Bundesdurchschnitt von +1,4 %. Im Ländervergleich lagen die Veränderungsraten zwischen einem Maximum von +3,1 % in Baden-Württemberg und einer Stagnation von +0,0 % in Sachsen-Anhalt. Auch die Zahl

der Jobs stieg leicht überdurchschnittlich an, in Niedersachsen im 1. Vierteljahr 2015 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 %; bundesweit gab es ein Plus von 0,7 %. Spiegelbildlich analog entwickelte sich die Arbeitslosigkeit. Die Quote lag in Niedersachsen Ende Juni 2015 bei 5,9 % und damit 0,4 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Bundesweit lag sie bei 6,2 % bei einem Rückgang von 0,3 Prozentpunkten. Die SGB II-Quote, der Anteil der Menschen im SGB II-Bezug, blieb bei leichter Abnahme der Empfängerzahlen unverändert bei 9,5 % (Bund: 9,6 %). Auch in der Kinderbetreuung verbesserte sich die Situation: Die Betreuungsquote der Kleinkinder unter 3 Jahren lag trotz gestiegener Geburtenzahlen in Niedersachsen 2015 bei 28,3 % und damit um 0,4 Prozentpunkte höher als 2014.

Alle diese Zahlen beziehen sich auf Zeitpunkte oder Zeiträume des ersten Halbjahres 2015. Sie können daher noch nicht die krisenhaften Entwicklungen abbilden, die sich in der zweiten Jahreshälfte zuspitzten. Der hohe Zustrom von Flüchtlingen und die Folgen der Abgas-Affäre bei Volkswagen, Niedersachsens größtem Unternehmen, werden mit Sicherheit Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft des Landes nachhaltig verändern. Für die großen Herausforderungen, die sich damit stellen, ist das Land – das sagen nahezu alle untersuchten fundamentalen Daten der vergangenen Jahre und des ersten Halbjahres 2015 – gut gerüstet.

Mehr Einwohnerinnen und Einwohner durch Zuwanderung

Auch 2014 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr Niedersachsens Bevölkerungszahl – und zwar um ein halbes Prozent auf 7 826 739 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Zuwachs von rund 36 000 Menschen (Tab. 1) entsprach der Bevölkerung einer mittleren Kleinstadt wie Papenburg. Das Saarland, Thüringen und Sachsen-Anhalt hatten als einzige Länder Bevölkerungsrückgänge zwischen 0,2 % und 0,4 % zu verzeichnen. Im Vorjahr waren noch sämtliche ostdeutschen Flächenländer und das Saarland von einem Bevölkerungsschwund betroffen. Berlins Bevölkerungszahl stieg mit 1,4 % abermals am stärksten an. Insgesamt lebten in Deutschland knapp 82 Mio. Menschen – rund 430 000 (+0,5 %) mehr als im Jahr 2013.

Der Bevölkerungszuwachs in Niedersachsen sowie in den meisten anderen Ländern ist jedoch nur durch die hohe Zuwanderung aus dem Ausland zu erklären, was der Blick auf die Anzahl der Geburten, der Gestorbenen und der Zu- und Fortzüge zeigt.

Mittelfristig zeigte sich von 2009 zu 2014 ein Rückgang der Bevölkerungszahl in Niedersachsen um 1,3 % (bundesweit: -0,7 %). Allerdings ist dieser mittelfristige Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsbasis des Bevölkerungsbestandes eingeschränkt zu betrachten: Seit 2011 wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 fortgeschrieben, zuvor auf Basis der Volkszählung 1987 (bzw. sonst auf Basis des früheren Zentralen Einwohnerregisters der DDR vom 03.10.1990). Am stärksten schrumpfte die Bevölkerungszahl in den ostdeutschen Flächenländern und im Saarland. Nur in Bayern, Berlin, Bremen und Hessen war sie 2014 höher als fünf Jahre zuvor.

Weiterhin Geburtendefizit trotz Anstiegs der Geburtenzahlen und weniger Gestorbenen

In Niedersachsen wurden 2014 erneut mehr Kinder als im Vorjahr geboren: Die Zahl der Geburten stieg um 3 527 auf 66 406 Mädchen und Jungen (Tab. 2) – ein Zuwachs von 5,6 %. Das Land lag 0,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und damit im oberen Drittel im Vergleich zu den Steigerungsraten der anderen Länder. Dabei stieg die Zahl der Lebendgeborenen in sämtlichen Ländern an, in Bremen mit 8,0 % am stärksten und in Sachsen-Anhalt mit 1,6 % am schwächsten.

Mittelfristig gab es nur in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt weniger Geburten als 2014. In Niedersachsen waren es 6,7 % mehr als 2009, deutschlandweit durchschnittlich 7,5 %. In den Stadtstaaten war die Differenz am höchsten und teilweise mehr als doppelt so hoch wie in Niedersachsen.

Mit dem recht kräftigen Geburtenzuwachs stieg auch die relative Geburtenhäufigkeit: In Niedersachsen kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 85 Lebendgeborene, ein Jahr zuvor waren es vier weniger. Deutschlandweit lag der Wert bei 88 gegenüber 85 im Vorjahr. In Berlin und Hamburg war das Verhältnis mit 109 zu 10 000 am größten.

Auch wenn die Zahl der Geburten in Niedersachsen den höchsten Stand seit 2005 hatte, blieb das Verhältnis zur Zahl der Gestorbenen wie schon seit beinahe durchgängig vier Jahrzehnten negativ: Es starben im Jahr 2014 rund 21 000 mehr Menschen als geboren wurden. Auf drei Geborene kamen vier Gestorbene. Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug der Saldo -2,7. Der Bundesdurchschnitt lag mit -1,9 unter diesem Wert. Nur Berlin und Hamburg (+1,5 und +1,3) hatten positive Vorzeichen. In den ostdeutschen Flächenländern waren die durch die natürliche Bevölkerungsbewegung entstandenen Einwohnerverluste am höchsten.

Deutlich mehr Zuzüge als Fortzüge

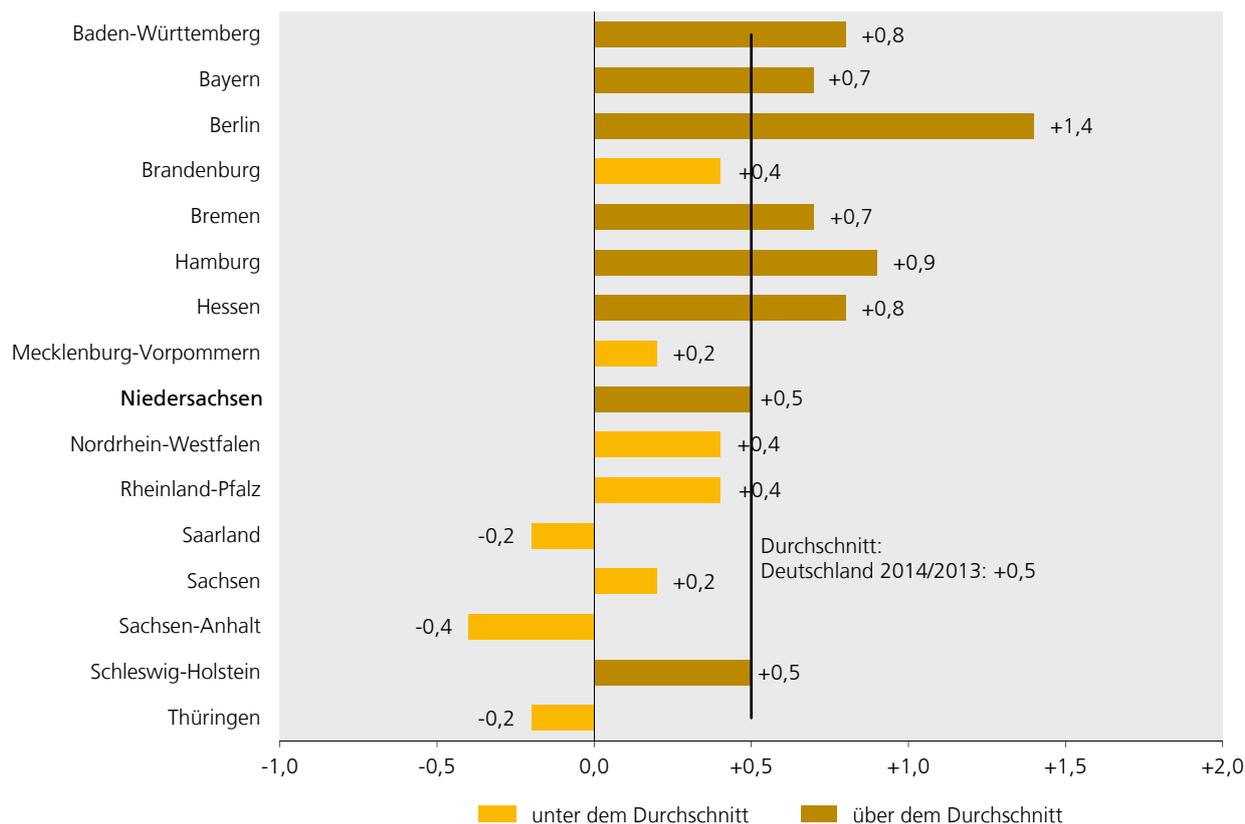
Im Jahr 2014 zogen mehr als eine Viertelmillion (rund 262 000) Menschen nach Niedersachsen, während etwa 208 000 das Land verließen. Mehr als die Hälfte (rund 53 %) der Zugezogenen kam aus dem Ausland. Insgesamt hatte Niedersachsen eine Nettozuwanderung von rund 54 000 Personen (Tab. 3), die sich ganz überwiegend durch den Zuzug aus dem Ausland (siehe hierzu Kapitel Globalisierung und Tab. 37) speiste. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergab sich insgesamt ein Wanderungsgewinn von sieben Einwohnern bzw. Einwohnerinnen. Damit lag Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Ländern im Mittelfeld (Bundesdurchschnitt: +6,8). Die Spanne reichte von +1,9 in Sachsen-Anhalt bis +10,8 in Berlin. Ein Jahr zuvor betrug der Saldo in Niedersachsen noch 4,7 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (bundesweit: 5,3).

Ohne die Nettozuwanderung aus dem Ausland hätte Niedersachsen 2014 im Vergleich zum Vorjahr einen Bevölkerungsrückgang um rund 21 000 Einwohnerinnen und Einwohner zu verzeichnen, statt des Zuwachses um 1,4 % und rund 36 000 Menschen.

Anteil der über 65-Jährigen im Bundesdurchschnitt

Eine für die Beurteilung der demographischen Entwicklung wichtige Kennziffer ist der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Tab 1). In Niedersachsen liegt der Seniorenanteil seit mehreren Jahren bei über einem Fünftel mit steigender Tendenz. Im Jahr 2014 waren 21,4 % der Bevölkerung mindestens 65 Jahre alt. Der deutschlandweite Wert lag mit 21,0 % leicht darunter. Gemessen daran war Hamburg mit 18,8 % das jüngste Land, und Sach-

Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2014 gegenüber 2013 (jeweils 31.12.) in Prozent



sen und Sachsen-Anhalt waren die „ältesten“ Länder. Bei Letzteren hatte bereits ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner ein Alter von 65 Jahren und älter erreicht.

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer unterdurchschnittlich hoch

In Niedersachsen lebten 2014 rund 480 000 Ausländerinnen und Ausländer, das entsprach 6,7 % der Gesamtbevölkerung. Verglichen mit dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder (10,3 %) war dies ein sehr niedriger

Wert. Nur in Schleswig-Holstein lag er (5,3 %) noch darunter, im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer 9,3 %. Am höchsten war er mit 14,3 % in Berlin, wo jeder bzw. jede Siebte keine deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Die Anteile in den anderen beiden Stadtstaaten lagen etwas darunter. In Thüringen hatte nur jede bzw. jeder 40. eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die ostdeutschen Flächenländer kamen allesamt auf 2,5 % bis 2,9 %. Allerdings sind in sämtlichen ost- wie westdeutschen Ländern die Anteile mit einem durchschnittlichen Plus gegenüber 2013 von 0,6 Prozentpunkten gestiegen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zum einen abhängig von flexiblen Arbeitszeitmodellen wie der Teilzeit. Zum anderen kann sie von den gesetzlichen Familienleistungen beeinflusst werden. Unter letztere fällt insbesondere für Eltern unmittelbar nach Geburt des Kindes die bis zu 14-monatige Elternzeit mit dem Elterngeld. Dieses entspricht etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes. Das Angebot ist auch an die Väter gerichtet, die sich so intensiver als früher in die Pflege und Erziehung des Kindes einbringen können. In der Regel sind es allerdings weiterhin die Frauen, die den größten Teil dieser Zeit auf ihren Beruf verzichten.

Um beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, ist es notwendig, dass ihr Kind während der Arbeitszeit betreut wird. Auf eine solche Betreuung besteht seit 2013 bei den Ein- bis unter Dreijährigen ein gesetzlicher Anspruch nach dem Kinderförderungsgesetz. In diesem Zusammenhang wurde ein Bedarf ermittelt, wonach 2013 die Betreuungsquote von unter Dreijährigen durchschnittlich 35 % betragen sollte. Dies hat den Ausbau der Kindertagesbetreuung in den vergangenen Jahren in allen Ländern deutlich vorangetrieben. Die stark gestiegenen Zahlen spiegeln die hohe Nachfrage wider. Vielerorts werden jedoch weitere Betreuungsplätze benötigt.

Neben den genannten Aspekten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Folgenden auch auf das Heirats- und Scheidungsverhalten sowie auf die Zahl der Alleinerziehenden eingegangen. Letztere sind in der Regel noch mehr als andere auf flexible Arbeitszeitmodelle und außerfamiliäre Kinderbetreuung angewiesen.

Kinderbetreuungsquoten: Weitere Annäherung an den Bundesdurchschnitt

In Niedersachsen wurden 2014 insgesamt 52 830 Kinder unter drei Jahren zum Stichtag 1. März in einer öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung bzw. öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Die Betreuungsquote, gemessen an allen gleichaltrigen Mädchen und Jungen, lag damit bei 27,9 %. Der Bundesdurchschnitt war zwar mit 32,3 % um 4,4 Prozentpunkte höher, der Abstand konnte jedoch gegenüber dem Vorjahr um einen halben Prozentpunkt verringert werden (Tab. 6). Die höchsten Quoten wiesen weiterhin die ostdeutschen Länder mit einer Spanne von 46,0 % in Berlin bis 57,8 % in Brandenburg auf. Die Zahl der betreuten Kinder stieg in Niedersachsen mit knapp 6 700 um 14,5 % an (Bundesdurchschnitt: +10,8 %). Im Vergleich zu 2009 verzeichnete Niedersachsen den höchsten Zuwachs von +126,5 % (Deutschland: +59,7 %). Bei der Ganztagsbetreuung der unter Dreijährigen lag das Land weiterhin in der unteren Gruppe der Länder. Nur etwa jedes zehnte Kind (10,4 %) wurde mehr als sieben Stunden betreut. In Thüringen war die Quote mit 47,3 % am höchsten, in Bayern mit 9,6 % am niedrigsten.

Als Qualitätsindikator für die Kinderbetreuung kann der Personalschlüssel herangezogen werden, der das zahlen-

mäßige Verhältnis zwischen betreuten Kindern und pädagogischem Personal angibt. Empfohlen wird bei den unter Dreijährigen ein Verhältnis von 3:1, also ein Personalschlüssel von 3,0. In Niedersachsen betrug dieser 4,1 im Jahr 2014 (2013: 4,2). Bundesweit war die Relation mit 4,4 (2013; 4,6) etwas schlechter. Generell ließ sich eine Verbesserung des Personalschlüssels beobachten. Beim Vergleich der Betreuungsquoten und des Personalschlüssels zeigt sich, dass die Länder mit den höchsten Quoten auch diejenigen mit dem „schlechtesten“ Personalschlüssel waren.

Von den Drei- bis unter Sechsjährigen wurde 2014 in Niedersachsen etwa jedes vierte Kind (24,3 %) ganztags betreut (2013: 21,6 %). Im Jahr 2009 war es erst jedes achte. Der Anstieg auf rund 48 200 Kinder bedeutete ein Plus von 81,3 %, gegenüber dem Vorjahr betrug er 12,4 %. Bundesweit lag die Ganztagsbetreuungsquote mit 41,7 % weiterhin deutlich über der niedersächsischen, der Abstand reduzierte sich lediglich um 0,3 Prozentpunkte (Tab. 7).

Mehr Elterngeldbeziehende

Für die im Jahr 2013 geborenen Kinder gab es 2015 in Niedersachsen 79 011 beendete Leistungsbezüge von Elterngeld (Tab. 8). Der Anstieg betrug 4,8 % im Vergleich zur Zahl für im Jahr 2012 geborene Kinder, sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit (874 578). In sämtlichen Ländern stieg der Männeranteil unter den Elterngeldbeziehenden. Bundesweit ergab sich ein Plus von 1,6 Prozentpunkten auf 24,9 %, in Niedersachsen steigerte sich der Wert um 1,5 Prozentpunkte auf 23,0 %. Seit Einführung des Elterngeldes 2007 war dies der höchste Wert.

Die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter lag in Niedersachsen bei 3,2 Monaten und erreichte das Niveau des Bundesdurchschnitts (3,1 Monate). Am kürzesten war die Dauer mit 2,7 Monaten in Bayern und am längsten mit 4,2 Monaten in Bremen. In fast allen Ländern sank damit die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter gering um 0,1 oder 0,2 Monate. Die Mindestbezugsdauer für das vom jeweiligen Elternteil beantragte Elterngeld ist vom Gesetzgeber auf zwei Monate festgesetzt.

Der Anteil der Mütter und Väter, die vor Erhalt des Elterngeldes erwerbstätig waren, stieg erneut, und zwar um 0,9 Prozentpunkte auf 88,0 % bei den Männern und um 1,5 Prozentpunkte auf 66,0 % bei den Frauen. Bundesweit lagen die Anteile höher: 90,6 % bei den Vätern (+0,7 Prozentpunkte) und 68,5 % bei den Müttern (+1,4 Prozentpunkte).

Mehr männliche und weniger weibliche Erwerbstätige in Teilzeit

In Niedersachsen blieb 2014 die Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeit gegenüber dem Vorjahr mit einem Minus von

Anteil der männlichen Leistungsbeziehenden am Elterngeld 2015 für im Jahre 2013 geborene Kinder in Prozent



0,1 % fast unverändert bei rund 1,1 Mio. Menschen. In der Hälfte der Länder nahm die Zahl ab – bis zu 4,0 % in Thüringen. In der anderen Hälfte stieg die Zahl bis zu 2,8 % in Schleswig-Holstein (Deutschland: +0,2 %). Deutschlandweit gab es zwischen 2009 und 2014 einen Anstieg um 7,9 % auf rund 10,8 Mio. Erwerbstätigen in Teilzeit, in Niedersachsen um 9,3 %. Dieser mittelfristige Vergleich ist jedoch aufgrund der methodischen Umstellungen im Mikrozensus ab 2011 eingeschränkt.

Gemessen an allen Erwerbstätigen arbeiteten in Niedersachsen 30,2 % in Teilzeit, der Bundesdurchschnitt lag mit 28,2 % niedriger. Vier von fünf Teilzeitkräften waren in Niedersachsen Frauen (80,4 % bzw. 882 000). Der Anteil verringerte sich 2014 gegenüber dem Vorjahr jedoch etwas um 1,2 Prozentpunkte, was einem absoluten Rückgang um 14 000 entsprach. Gleichzeitig impliziert diese Verringerung einen Anstieg bei den männlichen Teilzeitkräften um rund 13 000, da der Gesamtrückgang nur rund 1 000 Personen betrug. Die niedrigsten Anteile gab es in den Stadtstaaten und in Ostdeutschland (Deutschland: 78,4 %; -0,3 Prozentpunkte gegenüber 2013).

Zahl der Alleinerziehenden rückläufig

Von 2013 zu 2014 sank die Zahl der Alleinerziehenden in Niedersachsen entgegen dem Bundestrend (+1,2 %) um 0,7 % auf rund 238 000 (Tab. 10). Auch mittelfristig gab

es einen Rückgang, der sich auf 2,9 % bezifferte. Im Gegensatz dazu stieg im gleichen Zeitraum in Deutschland die Zahl um 2,9 Prozent. Der Frauenanteil unter den Alleinerziehenden geht nur langsam auf hohem Niveau zurück. 2014 lag er in Niedersachsen mit 85,4 % auf dem Bundesniveau (85,6 %). Fünf Jahre zuvor waren es jeweils 86,6 %.

Mehr Eheschließungen und weniger Scheidungen

Im Jahr 2014 haben sich in Niedersachsen 38 792 Paare standesamtlich trauen lassen, das waren rund 1 400 oder 3,7 % mehr als im Vorjahr (Tab. 4). Bis auf Hamburg (-9,0 %) hatten alle Länder Zuwächse zu verzeichnen, im Durchschnitt um 3,3 %.

Gemessen an 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern wurden in Niedersachsen rund 50 Ehen geschlossen, bundesweit waren es 48.

Während die Eheschließungszahlen stiegen, ging die Zahl der Ehescheidungen zurück: In Niedersachsen um 3,1 % im Vergleich 2014 zu 2013 auf 16 776. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag der Wert in Niedersachsen mit 21,5 im oberen Drittel der Länder (Bundesdurchschnitt: 20,5). Auf 14 Eheschließungen kamen 2014 etwa sechs Scheidungen, 2009 waren es noch rund sieben.

Weiterhin positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Weniger Arbeitslose, mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die positive Entwicklung der letzten Jahre auf dem Arbeitsmarkt setzte sich auch 2014 fort. Zwar stiegen die Erwerbstätigenzahlen prozentual weniger stark an. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm dagegen wieder deutlicher zu als im Vorjahr. Auch die Arbeitslosenzahlen sanken wieder nach einem leichten Anstieg im Vorjahr.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus stieg in Niedersachsen die Zahl der Erwerbstätigen von 2013 auf 2014 leicht um 0,4 % auf 3,8 Mio. an (Tab. 11, Zuordnung nach dem Wohnortprinzip). Im Vorjahr war der Zuwachs noch dreimal so hoch. Auf Bundesebene reduzierte sich das Plus etwas weniger und war mit 0,8 % doppelt so hoch wie in Niedersachsen. Die stärksten Zuwächse verzeichneten die Stadtstaaten, die alle um 2,5 % lagen. In sechs Ländern, darunter vier ostdeutsche, gab es weniger Erwerbstätige als ein Jahr zuvor. Bundesweit waren rund 40 Mio. Frauen und Männer erwerbstätig.

Mittelfristig nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen im Zeitraum 2009 bis 2014 um 4,3 % bzw. 157 000 zu. Damit lag das Land einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt. In Ostdeutschland sank die Zahl hingegen um 0,6 % (Westdeutschland: +4,3 %). Die Selbstständigenquote sank erneut leicht um zwei Zehntelprozentpunkte auf 9,6 % in Niedersachsen. Das entsprach dem bundesdeutschen Trend (-0,2 Prozentpunkte auf 10,5 %). Beim Anteil der Frauen gab es keine merkliche Bewegung, er belief sich in Niedersachsen auf 46,3 %, im Bundesdurchschnitt auf 46,6 %. Die Spannweite betrug nur 2,5 Prozentpunkte und reichte von 45,7 % im Saarland bis 48,2 % in Berlin. In den Stadtstaaten und in Ostdeutschland lag er etwas höher als in den westdeutschen Flächenländern.

Im mittelfristigen Vergleich konnten die Frauen von 2009 bis 2014 bei der Erwerbstätigenquote deutlicher zulegen als die Männer (Tab. 12). Die frauenspezifische Quote misst den Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen gleichaltrigen Frauen, die männer-spezifische wird entsprechend berechnet. Bei den Frauen war die Steigerung der Erwerbstätigenquote in Niedersachsen mit 5,4 Prozentpunkten auf 68,7 % doppelt so hoch wie bei den Männern mit 2,7 Prozentpunkten auf 77,9 %. Bundesweit lag die Quote der Männer einen Zehntelprozentpunkt unter dem entsprechenden Niedersachsenwert, bei der weiblichen Bevölkerung 0,6 Prozentpunkte darüber.

In Niedersachsen waren Ende Juni 2014 mit 2 722 274 Personen so viele wie noch nie sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr lag bei 2,1 % und war damit leicht überdurchschnittlich (Bund:

+1,9 %). In allen Ländern legte die Steigerungsrate zu. Mittelfristig zeigten sich deutliche Unterschiede: Das Plus lag im Vergleich 2009 zu 2014 zwischen 2,6 % in Sachsen-Anhalt und 14,4 % in Berlin. Niedersachsen (+11,6 %) wies mit Bayern (+11,7 %) unter den westlichen Flächenländern die höchste Steigerungsrate auf. Bundesweit waren es +9,3 %.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt weiterhin langsam zu. Wie bereits im Vorjahr stieg er um einen Zehntelprozentpunkt, sowohl in Niedersachsen auf 45,3 % als auch in Deutschland insgesamt auf 46,2 %. Im Saarland war der Anteil mit 44,3 % am niedrigsten. In Mecklenburg-Vorpommern (51,6 %) und in Berlin (51,1 %) stellten die Frauen sogar mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Leichter Anstieg bei der geringfügig entlohnten Beschäftigung

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung, ein sogenannter Minijob, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt hieraus regelmäßig im Monat 450 Euro (bis 2012: 400 Euro) nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnten Beschäftigten wurden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob gezählt. Kurzfristig Beschäftigte fallen nicht darunter.

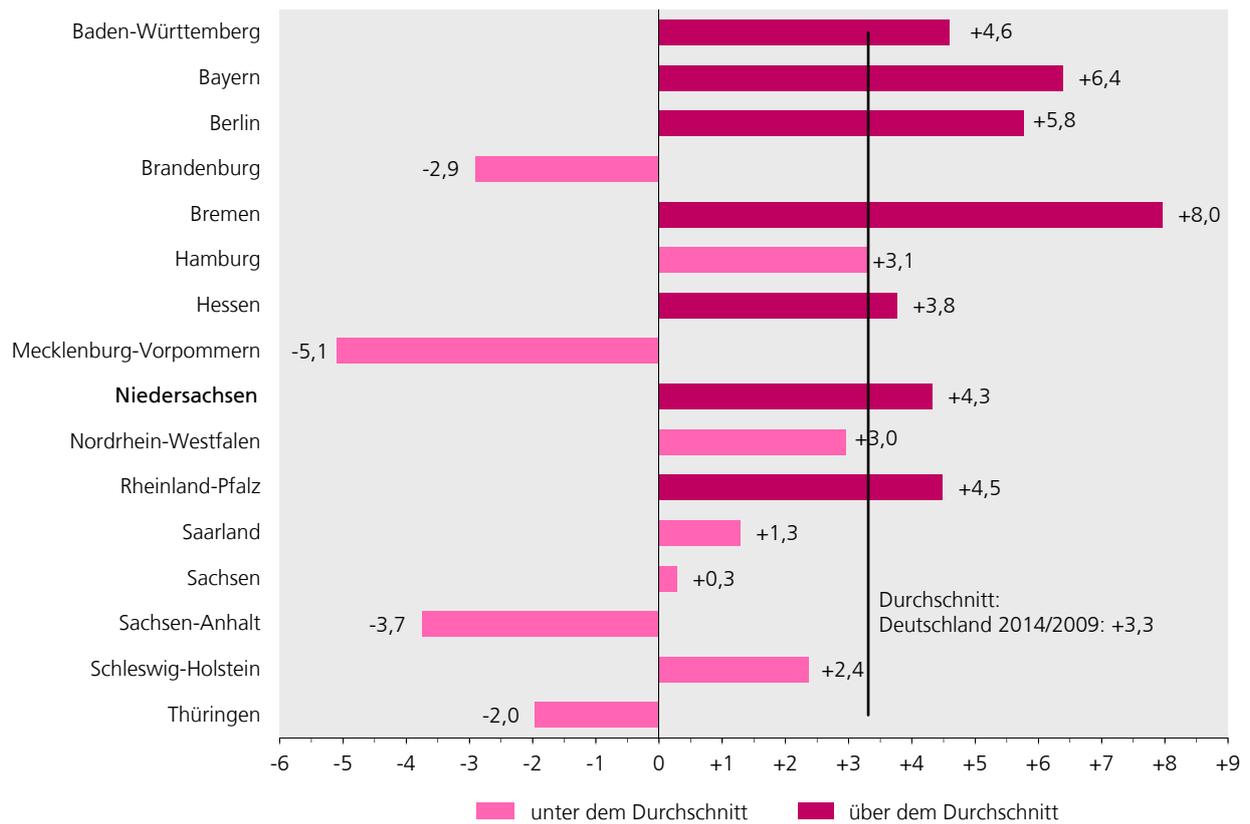
Am 30. Juni 2014 gingen in Niedersachsen 530 204 Personen einer solchen Beschäftigung nach (Tab. 14). Bundesweit waren es 5,1 Mio. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Wert in Niedersachsen um rund 2 800 Personen bzw. um ein halbes Prozent, das entsprach in etwa der bundesweiten Steigerungsrate (+0,4 %). In sechs Ländern nahm die Zahl der „Minijobber“ ab, in Brandenburg mit 2,3 % am deutlichsten. In Bremen stieg sie am stärksten um 2,7 % an. Gegenüber 2009 gab es in Niedersachsen einen Rückgang um 0,8 %, bundesweit blieb die Zahl nahezu unverändert.

Der Anteil der Frauen an den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten lag in Niedersachsen bei 65,8 %, im Bundesdurchschnitt waren es 64,2 %. Der Ost-West-Unterschied war hier weiterhin sehr deutlich und betrug rund 9 Prozentpunkte (Westdeutschland: 65,3 %; Ostdeutschland: 56,4 %).

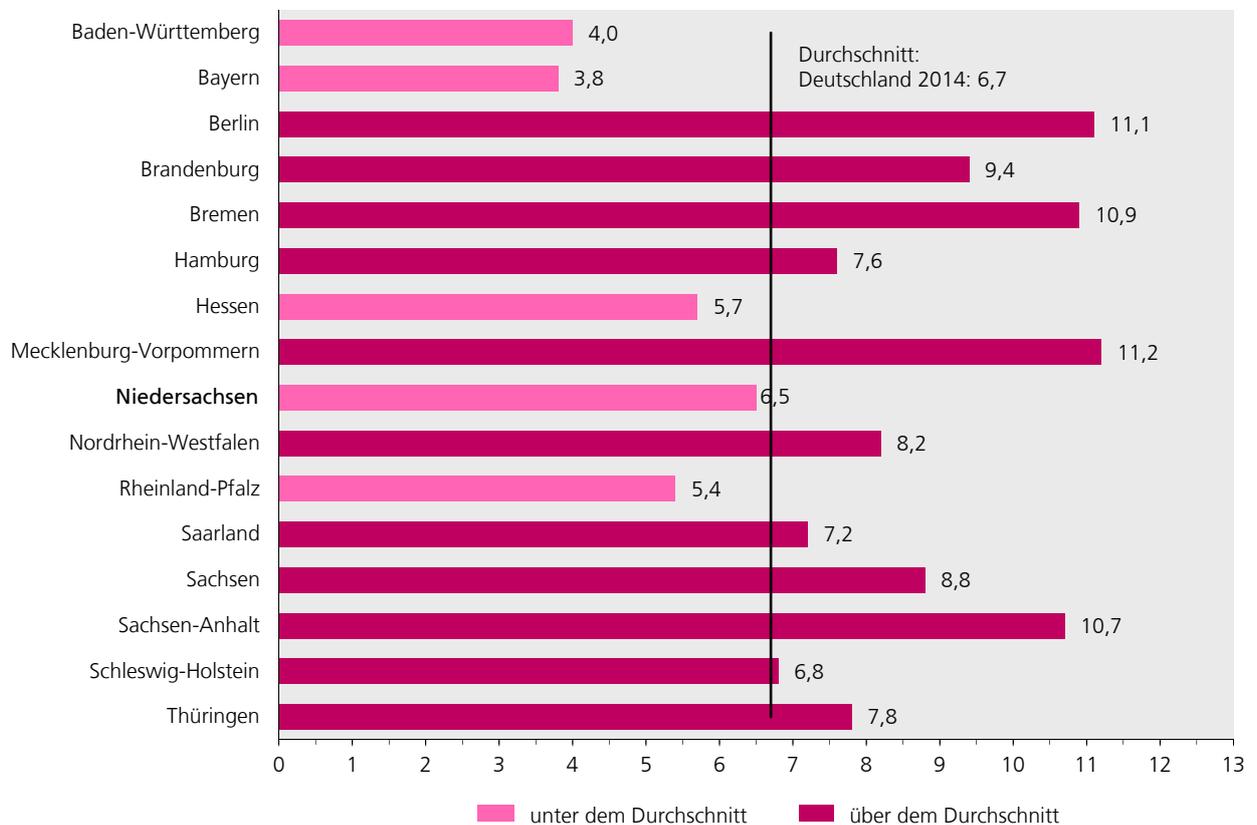
Anteil der Hochqualifizierten weiterhin unterdurchschnittlich

Erneut stieg die Zahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen stärker als die Zahl aller Erwerbstätigen an (vgl. Tab. 15 und 11). Die Gründe dafür liegen in den erhöhten Anforderungen des Arbeitsmarktes und an dem höheren Qualifizierungsniveau jüngerer Erwerbstätiger gegenüber älteren bzw. ausgeschiedenen Beschäftigten.

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2009 bis 2014 in Prozent



Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2014 in Prozent



In Deutschland war 2014 etwa jede bzw. jeder fünfte Erwerbstätige (19,7 %) hochqualifiziert. In Niedersachsen war dies etwa jeder bzw. jede sechste (17,0 %), d. h. rund 644 000 Beschäftigte verfügten über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss oder über eine Promotion (Tab. 15). Gegenüber dem Vorjahr stieg der Anteil in Niedersachsen um 0,3 Prozentpunkte, gegenüber 2009 um 0,8 Prozentpunkte. In Deutschland insgesamt nahm der Anteil um 1,3 Prozentpunkte bzw. im Fünfjahresvergleich um einen halben Prozentpunkt zu.

Bei der Gesamtzahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen blieb Niedersachsen sowohl kurzfristig mit +2,0 % als auch mittelfristig mit +9,4 % hinter der bundesdeutschen Steigerung (gegenüber 2013: +3,7 %; 2009: 11,0 %) zurück. Nur in Brandenburg (-1,5 %) gab es mittelfristig Rückgänge, von 2013 auf 2014 war dies lediglich mit -3,3 % im Saarland der Fall. Die Stadtstaaten und Bayern hatten von 2009 bis 2014 die höchsten Anstiege zu verzeichnen.

Der Frauenanteil unter den hochqualifizierten Erwerbstätigen lag in Niedersachsen bei 43,8 %, was dem Bundesniveau (43,9 %) entsprach.

Arbeitslosenzahl und -quote leicht rückläufig

Im Jahresdurchschnitt waren 2014 in Niedersachsen 267 624 Personen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das bedeutete gegenüber 2013 einen Rückgang von 0,6 % bzw. rund 1 600 Frauen und Männern, nachdem es im Vorjahr noch eine Zunahme von fast 2 % gab. In Deutschland war der prozentuale Rückgang von 2013 zu 2014 um 1,8 % dreimal so hoch wie in Niedersachsen. Ausgehend vom Jahr 2009 ging die Zahl der Arbeitslosen hier um rund 40 000 Menschen zurück, das entsprach 12,9 %. Deutschlandweit betrug der Rückgang im selben Zeitraum 13,6 %, etwa eine halbe Million Frauen und Männer, auf 2,9 Mio. Arbeitslose. Während in Ostdeutschland von einem hohen Niveau kommend die Zahlen mittelfristig um ein Viertel zurückgingen, waren es in Westdeutschland rund 10 %.

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl in Niedersachsen 2014 gegenüber dem Vorjahr schlug sich auch in einer um einen Zehntelprozentpunkt auf 6,5 % gesunkenen Arbeitslosenquote nieder. Im Bundesdurchschnitt lag die Quote mit 6,7 % (2013: 6,9 %) etwas höher.

Während in den süddeutschen Ländern Bayern (3,8 %) und Baden-Württemberg (4,0 %) nur ca. 4 % aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet waren, lag die Quote in Ostdeutschland bei 9,8 %. In Mecklenburg-Vorpommern (11,2 %) und in Berlin (11,1 %) waren die Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt am höchsten.

Wer in der Arbeitslosenstatistik z. B. aufgrund einer Teilnahme an einer Trainingsmaßnahme nicht als arbeitslos gezählt wird, wird in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen. Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote. Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie Teilnehmer einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die regionale Struktur der Arbeitslosenquote spiegelt auch jene der Unterbeschäftigungsquote wider. In Niedersachsen lag die Unterbeschäftigungsquote 2014 bei 8,2 %, bundesweit bei 8,6 %.

Erste Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung für das Jahr 2015 befinden sich in Tabelle 73.

Weniger jugendliche Arbeitslose

Im Jahresdurchschnitt 2014 waren in Niedersachsen rund 840 Jugendliche unter 25 Jahren weniger als noch 2013 arbeitslos gemeldet (Tab. 17). Die Abnahme auf 26 592 Arbeitslose in dieser Altersgruppe betrug damit 3,1 %. In Deutschland insgesamt war der Rückgang um 6,5 % noch deutlicher. Gegenüber 2009 verringerte sich die Zahl in Niedersachsen um ein Fünftel (-20,0 %), deutschlandweit beinahe um ein Drittel (-31,3 %). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag 2014 in Niedersachsen mit 5,9 % einen Zehntelprozentpunkt unter dem Vorjahreswert. Bundesweit sank sie stärker – und zwar um 0,3 Prozentpunkte auf 5,7 %. Die Arbeitslosenquote der männlichen lag weiterhin mit 6,3 % über dem Wert der weiblichen Jugendlichen (5,4 %). Bundesweit waren beide Quoten etwas niedriger, aber die männliche auch hier höher als die weibliche. Nur in Thüringen gab es diesbezüglich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Wirtschaftsleistung wächst wieder stärker

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2014 in Niedersachsen im Vergleich zu 2013 real um 1,3 % (Tab. 18). Damit konnte die niedersächsische Wirtschaft wieder stärker zulegen als noch ein Jahr zuvor (+0,4 %). Das Wachstum lag knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 1,6 %. Die Entwicklung war in sämtlichen Ländern positiv, west- und ostdeutsche Länder legten gleich stark zu. Baden-Württemberg (+2,4 %) konnte die relativ höchsten Zuwächse verzeichnen. Das gesamtdeutsche BIP (in jeweiligen Preisen) erreichte einen Wert von 2,9 Billionen Euro. Davon entfielen 8,7 % auf Niedersachsen (knapp 254 Mrd. Euro). Nordrhein-Westfalen (Anteil 21,5 %), Bayern (18,0 %) und Baden-Württemberg (15,1 %) waren 2014 die wirtschaftlich stärksten Länder.

Mittelfristig wuchs das BIP in Niedersachsen von 2009 bis 2014 real um 11,6 %, im Bundesdurchschnitt betrug der Zuwachs 10,1 %. Nur Baden-Württemberg (+16,0 %) und Bayern (+14,9 %) zeigten im gleichen Zeitraum eine stärkere Entwicklung. Bei diesem Fünfjahresvergleich sei auf den Konjunkturbruch im Bezugsjahr 2009 hingewiesen, von dem sich die deutsche Wirtschaft schnell wieder erholte.

Das BIP je Erwerbstätigen lag 2014 in Niedersachsen bei rund 65 000 Euro. Am höchsten war es in Hamburg mit 86 000 Euro, gefolgt von Hessen mit 76 000 Euro.

Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm auch 2014 weiter zu, im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % auf 3,9 Mio. (Tab. 19). Bundesweit gab es einen Zuwachs um 0,9 %.

Von 2009 bis 2014 stieg die Erwerbstätigenzahl in Niedersachsen um 5,6 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (+4,3 %). Die Berechnung bezieht sich auf alle erwerbstätigen Personen am Arbeitsort des betreffenden Landes. Knapp drei Viertel aller Erwerbstätigen waren in Niedersachsen im Bereich der Dienstleistungen beschäftigt.

Zunahme der Bruttowertschöpfung (BWS) in allen Sektoren

Im primären Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei wurde 2014 ein Wachstum bei der Bruttowertschöpfung (real) von 4,0 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet (Tab. 20). Bundesweit lag der Zuwachs bei 5,8 %. Der niedersächsische Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten BWS lag 2014 bei 1,5 %. Zur Gesamt-BWS im primären Sektor trug Niedersachsen mit einem Anteil von 16,7 % bei, nur Bayern lag mit 19,5 % höher.

Im Vergleich zum Vorjahr legte die BWS im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) um 2,1 % zu, das waren

0,4 Prozentpunkte mehr als die bundesdurchschnittliche Zuwachsrate (Tab. 21).

Der Anteil der in Niedersachsen im Produzierenden Gewerbe erwirtschafteten BWS an der gesamtdeutschen BWS in diesem Sektor machte 2014 weniger als ein Zehntel (9,2 %) aus. Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg trugen jeweils rund ein Fünftel bei.

Das Produzierende Gewerbe in Niedersachsen trug mit 32,4 % und damit etwas mehr als im Bundesdurchschnitt zur gesamtdeutschen BWS bei.

Die BWS in den dienstleistenden Wirtschaftsbereichen (tertiärer Sektor) in Niedersachsen wuchs 2014 ebenfalls und erreichte ein Plus von 0,6 % gegenüber dem Vorjahr (Tab. 22). Bundesweit lag der Zuwachs bei 1,4 %. Die höchsten Zunahmen gab es in Berlin (+2,0 %) und Nordrhein-Westfalen (+1,9 %). Niedersachsen trug mit einem Anteil von 8,4 % zur gesamtdeutschen BWS bei. Hier war Nordrhein-Westfalen mit 22,3 % das bedeutendste Land.

Die dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in Niedersachsen hatten einen Anteil von 66,1 % an der gesamtdeutschen BWS und lagen damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter rückläufig

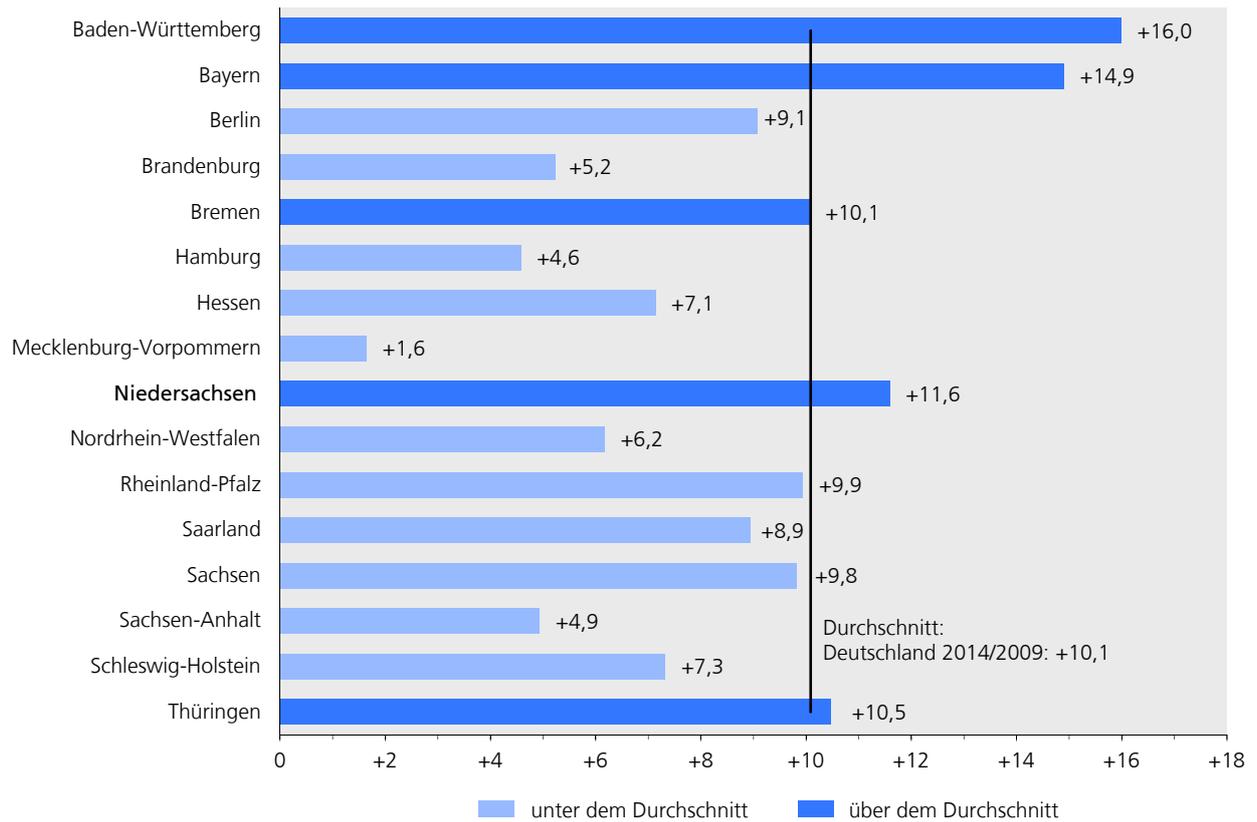
Wie im Vorjahr ging auch 2014 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen weiter zurück (Tab. 23). Die 2 186 Insolvenzen bedeuten einen Rückgang um 1,8 %, was im Vergleich zum bundesweiten Wert von -7,3 % stark unterdurchschnittlich war. Auch mittelfristig war der gesamtdeutsche Rückgang von 2009 bis 2014 mit 26,3 % gegenüber dem Rückgang in Niedersachsen (-16,5 %) deutlicher.

Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz weiter gesunken

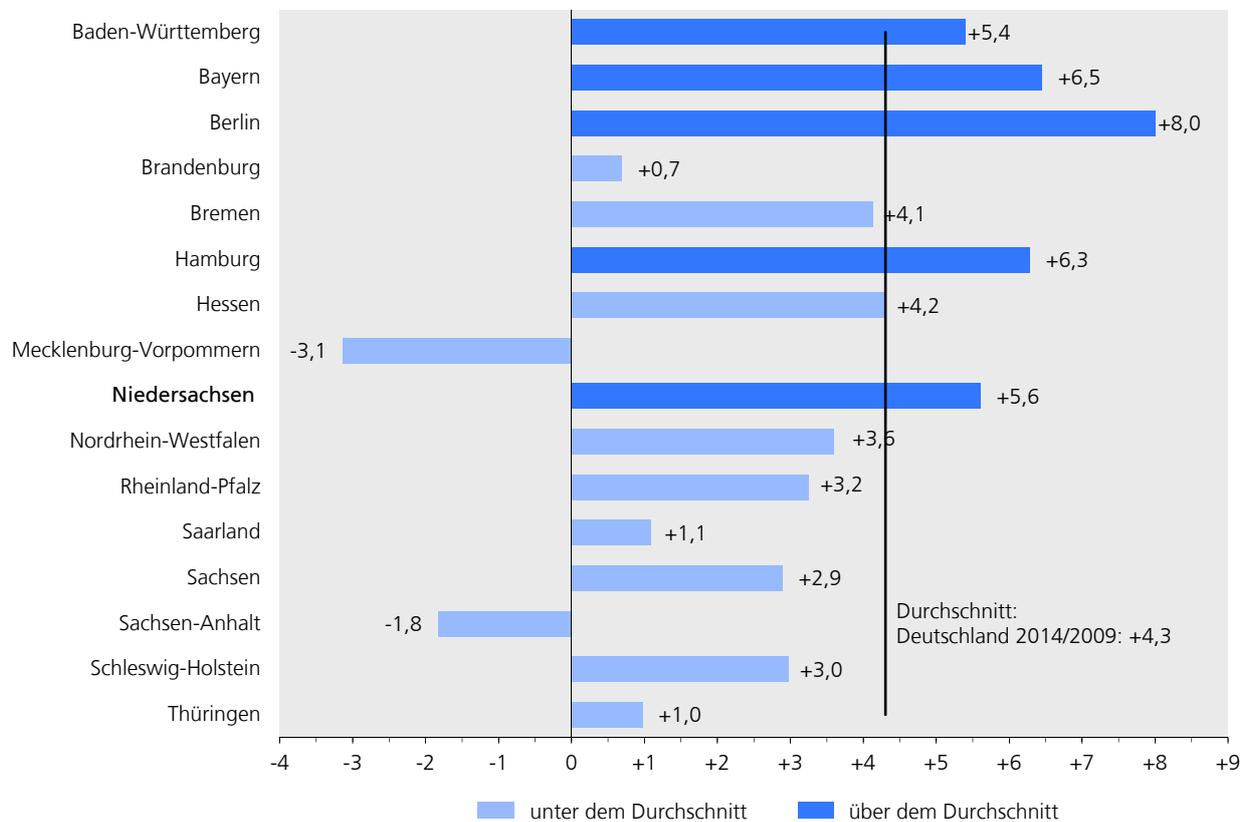
Tabelle 24 zeigt Anzahl und Gewicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), hier definiert über die Höhe der Lieferungen und Leistungen mit weniger als 50 Mio. Euro. Eine Teilmenge davon sind Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Lieferungen und Leistungen.

2013 gab es in Niedersachsen 273 748 KMU, rund 94 % waren Kleinstunternehmen. Niedersachsens KMU erzielten Umsätze von 197,2 Mrd. Euro. Das war ein Anteil von 37,8 % (2012: 38,5 %) an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen. Kleinstunternehmen hatten einen Anteil von 12,6 %, was dem Bundesdurchschnitt (12,5 %) entsprach. In den ostdeutschen Ländern betrug dieser Wert mit 21,5 % mehr als ein Fünftel (Westdeutschland: 11,5 %).

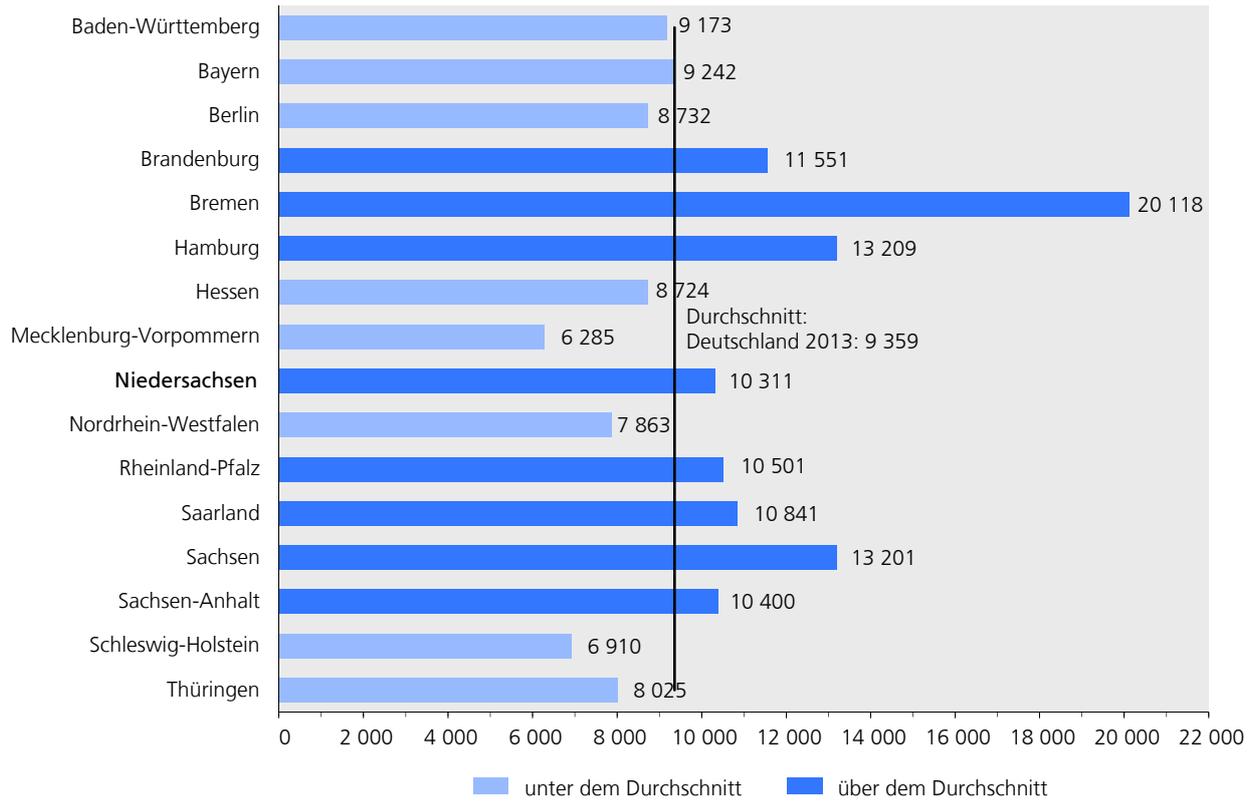
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2009 bis 2014 in Prozent



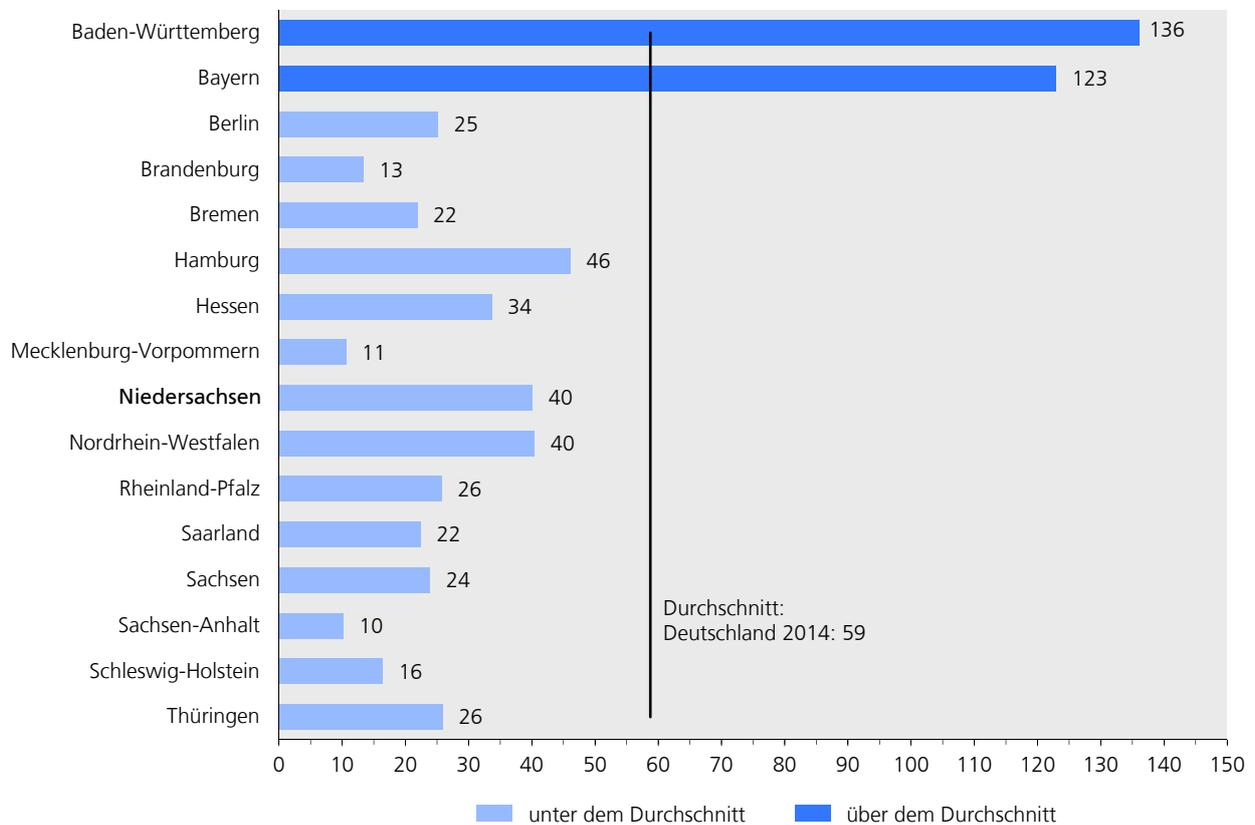
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2009 bis 2014 in Prozent



Investitionen je tätige Person 2013 in Euro - Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2014



Mittelfristig sank der KMU-Anteil in Niedersachsen um einen halben Prozentpunkt: 2008 betrug er noch 38,2 %. Im Bundesvergleich (36,9 %) ist Niedersachsens KMU-Anteil dagegen immer noch leicht überdurchschnittlich. Im Ländervergleich ist vor allem der hohe KMU-Anteil von 56,4 % (2013) in Ostdeutschland auffällig.

Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe wieder steigend ...

Der Gesamtumsatz der Unternehmen im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden erhöhte sich 2014 im Vergleich zu 2013 um 2,6 % und erreichte ein Volumen von 196 Mrd. Euro (Tab. 25). Bundesweit lag der Zuwachs bei 0,6 %. Der niedersächsische Anteil am Bundesergebnis betrug 11,2 %. Auf jeden niedersächsischen Beschäftigten entfiel rechnerisch ein Umsatz von knapp 371 000 Euro, rund 81 000 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt.

... und auch das Bauhauptgewerbe legt weiter zu

Der Gesamtumsatz im niedersächsischen Bauhauptgewerbe legte von 2013 bis 2014 um 4,0 % auf fast 11,2 Mrd. Euro zu, der prozentuale Zuwachs entsprach dem bundesdeutschen Niveau, das +4,1 % betrug (Tab. 26). Mittelfristig (2009 zu 2014) war der Anstieg in Niedersachsen mit 27,9 % hingegen deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (+20,7 %).

Übernachtungen: 40-Millionen-Grenze wieder überschritten

Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2013 stieg die Zahl der Übernachtungen in Niedersachsen 2014 wieder an, und zwar um 1,3 % auf 40,4 Mio. Damit wurde seit Einführung der Statistik die 40-Millionen-Grenze zum zweiten Male überschritten (Tab. 27). In Deutschland insgesamt betrug der Anstieg 3,0 %.

Von 100 Übernachtungen kamen in Niedersachsen rund neun von ausländischen Gästen, bundesweit waren es mit etwa 18 doppelt so viele. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag bei 3,1 Tagen. Nur in den anderen beiden Küstenländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern war sie länger, und zwar um rund einen Tag. Im Bundesdurchschnitt buchten die Gäste ihre Unterkünfte für 2,6 Tage.

Verfügbares Einkommen wächst weiter

Das den niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohnern 2013 zur Verfügung stehende Einkommen betrug

19 566 Euro, 2,1 % mehr als im Vorjahr (Tab. 28). Bundesweit lag das Einkommen, das durchschnittlich um 1,6 % wuchs, um rund 900 Euro höher. Im mittelfristigen Vergleich stieg das verfügbare Einkommen in Niedersachsen um 11,2 %, im Bundesdurchschnitt um 9,4 %.

Bruttoverdienste weiter im Plus – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern gestiegen

Die Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen erhöhten sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % auf durchschnittlich 43 822 Euro (Tab. 29). Bundesweit stiegen sie im gleichen Zeitraum um 2,3 % und erreichten einen Durchschnittswert von 46 575 Euro. Am höchsten war der Verdienst in Hamburg mit durchschnittlich 52 950 Euro.

Zwischen Frauen und Männern klafft weiterhin ein großer Verdienstabstand: In Niedersachsen verdienten 2014 die Frauen gemessen am Bruttostundenverdienst (Voll- und Teilzeit) rund 22 % weniger als die Männer. Bundesweit war dieser unbereinigte Gender Pay Gap genauso hoch. Gegenüber dem Vorjahr gab es in Niedersachsen allerdings einen Anstieg um gerundet 2 Prozentpunkte, während es im Bundesdurchschnitt keine Veränderung gab. In sechs Ländern wurde der Gender Pay Gap kleiner, in vier blieb er unverändert. Mittelfristig wurde er bundesweit rund einen Prozentpunkt kleiner, in Niedersachsen war der Wert 2009 mit dem von 2014 identisch. In Berlin gab es den stärksten Rückgang mit 5 Prozentpunkten auf 10 %, in Sachsen-Anhalt stieg er um diesen Wert am steilsten an auf 8 % (näheres im Kapitel Gleichstellung).

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe rückläufig

Das Verarbeitende Gewerbe sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden verzeichneten im Jahr 2013 einen Rückgang bei den Investitionen (Tab. 30). Er betrug im Vergleich zum Vorjahr 2,4 % auf knapp 5,4 Mrd. Euro. Auch auf Bundesebene sank die Investitionstätigkeit um -0,8 % auf rund 55,9 Mrd. Euro. Je tätiger Person wurden in Niedersachsen 10 311 Euro investiert, bundesweit waren es fast 1 000 Euro weniger.

Mehr Patentanmeldungen

Nach zwei Jahren mit rückläufigen Patentanmeldungszahlen konnte 2014 eine Zunahme um 7,2 % auf 3 137 im Vergleich zu 2013 verzeichnet werden (Tab. 31). Nur Hamburg hatte mit einem Plus von 8,8 % auf 807 Anmeldungen einen relativ höheren Zuwachs. Bundesweit stiegen die Anmeldungen um 1,7 % auf 48 144.

Leichte Zuwächse bei der Ausfuhr

Der Rückgang im Export im Jahr 2013 konnte 2014 gestoppt werden. Im Vergleich zu 2013 stieg der Wert der exportierten Güter in Niedersachsen leicht an, um 0,4 % auf 77,7 Mrd. Euro (Tab. 32). Damit lag die Entwicklung in Niedersachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, dessen Steigerung 3,7 % auf 1,1 Billionen Euro betrug. Die stärksten Zuwächse verzeichneten Bremen (+18,1 %) und Sachsen (+14,6 %). Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern trugen jeweils zu rund einem Fünftel zum gesamtdeutschen Export (regional zuordenbar) bei und waren damit die bedeutendsten Ausfuhrländer. Der Anteil Niedersachsens lag bei 8,5 %.

Im Vergleich der letzten fünf Jahre wuchs das niedersächsische Exportvolumen um mehr als ein Drittel (+36,5 %). Im Bundesdurchschnitt wurde in diesem Zeitraum eine Zunahme von 41,1 % erzielt. Hierbei fiel die Entwicklung in Ostdeutschland mit +50,6 % noch stärker aus als in Westdeutschland (+39,3 %). Der Anteil am regional zuordenbaren Gesamtausfuhrvolumen lag in Ostdeutschland aber nur bei 10,7 %.

Einfuhr sinkt weiter

Nach 2013 ging das Volumen eingeführter Güter auch im Jahr 2014 weiter zurück. Der Rückgang belief sich in Niedersachsen auf 5,0 % und erreichte einen Wert von 78,3 Mrd. Euro (Tab. 33). Diese Entwicklung verlief entgegen dem bundesweiten Trend. Im Bundesdurchschnitt stieg der Import von Waren um 2,1 % auf ein Volumen von 922 Mrd. Euro im Jahr 2014. Neben Niedersachsen waren die Importe in drei weiteren Ländern ebenfalls rückläufig. Die höchsten Anteile an der gesamtdeutschen Einfuhr hatten Nordrhein-Westfalen (23,1 %) sowie Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 16,8 %. Auf Niedersachsen entfielen 8,8 %.

Von 2009 bis 2014 wuchs die niedersächsische Einfuhr um knapp ein Drittel (+29,2 %). Im Bundesdurchschnitt gab es im gleichen Zeitraum ein Plus von 38,2 %, wobei sämtliche Länder zweistellige Zuwachsraten verzeichnen konnten. Am höchsten waren sie in Sachsen-Anhalt (+72,6 %) und Brandenburg (+57,6 %).

Auslandsinvestitionen – methodische Änderungen

Die in den Tabellen 34 und 35 hinterlegten Daten basieren auf dem Zahlenmaterial der Deutschen Bundesbank. Gegenüber den zuletzt veröffentlichten Daten gibt es bedeutende methodische Änderungen, die den zeitlichen Vergleich einschränken. Daher wird im Folgenden nur die kurzfristige Entwicklung aufgezeigt.

Die Direktinvestitionsbestände auf Länderebene für die Jahre 2012 und 2013 wurden erstmals auf Grundlage neuer

international harmonisierter Berechnungsvorgaben der OECD Benchmark Definition of Foreign Direkt Investment, 4. Auflage sowie des Balance of Payments Manual, sixth edition (BPM6) berechnet. Die Harmonisierung hat die bessere Vergleichbarkeit mit den Daten anderer Staaten zum Ziel. *„Abweichend von der bis dahin angewandten Bruttodarstellung werden Kapitalbeziehungen innerhalb multinationaler Konzerne saldiert, Kredite an Kapitalgeber in Abzug gebracht und grenzüberschreitende Schwesterkredite in Abhängigkeit vom Sitz der Konzernzentrale zugeordnet. Danach zählen Schwesterkreditbeziehungen eines deutschen Unternehmens, dessen Konzernzentrale ebenfalls in Deutschland ist, zu den positiven Direktinvestitionen (bei Kreditgewährung) bzw. negativen Direktinvestitionen (bei Kreditaufnahme) im Ausland (sog. Aktive Direktinvestitionen). Hat die Konzernspitze ihren Sitz im Ausland, so werden die Schwesterkredite der Unternehmen in Deutschland als positive (Kreditgewährung) Direktinvestitionen in Deutschland verbucht (sog. Passive Direktinvestitionen). Insbesondere die Berücksichtigung der grenzüberschreitenden, konzerninternen Forderungen der Investitionsobjekte führt zu einer deutlichen Verringerung der Direktinvestitionsbestände.“* (Deutsche Bundesbank, *Methodische Erläuterungen zu den Bestandsangaben über Direktinvestitionen*, 2015).

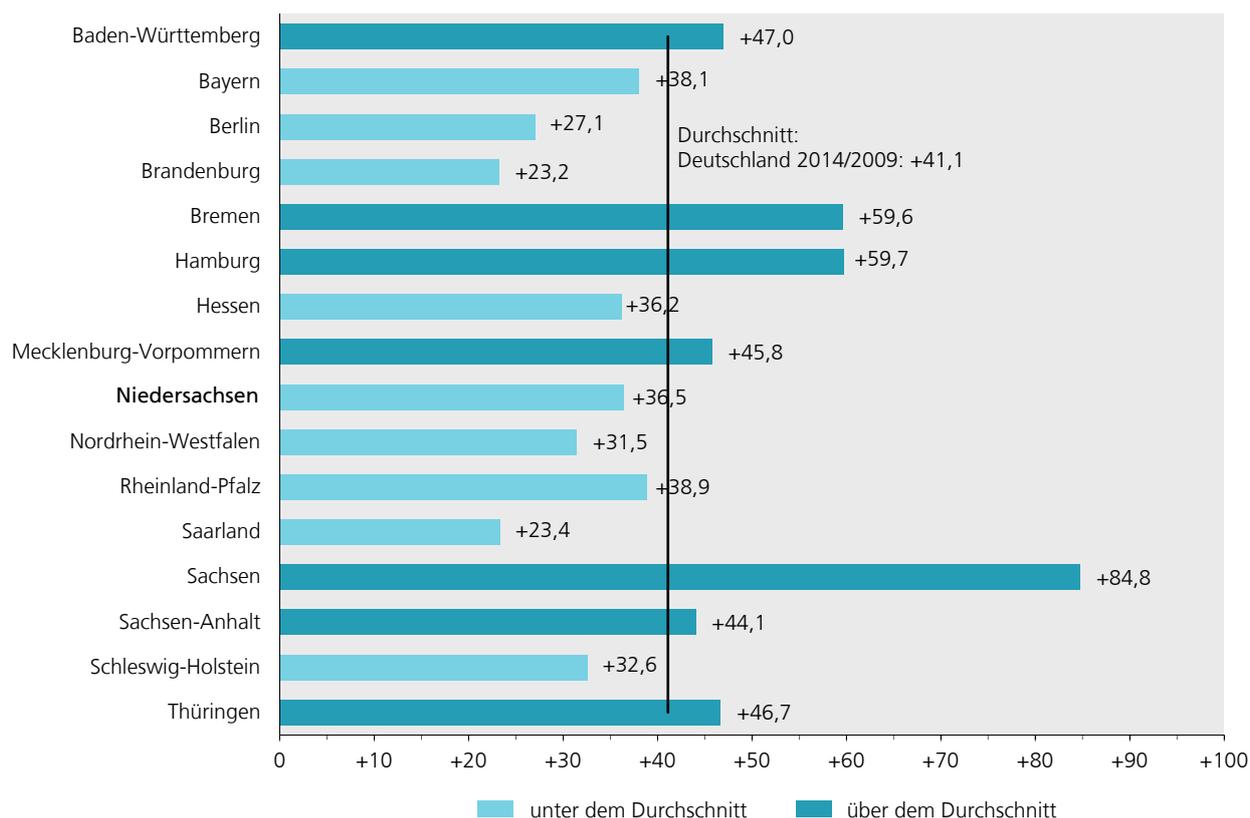
Nach den aktuellen Berechnungen der Deutschen Bundesbank lag 2013 der Wert der Auslandsinvestitionen niedersächsischer Unternehmen bei 63,3 Mrd. Euro. Gegenüber 2012 entsprach dies einem Plus von 9,0 %. Bundesweit lag die Wertsteigerung bei insgesamt 0,8 % (Tab. 34). Der Wert der unmittelbaren Direktinvestitionen ausländischer Investoren in Niedersachsen belief sich 2013 hingegen auf 22,9 Mrd. Euro, eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 14,8 % (Tab. 35). Bundesweit betrug der Anstieg 0,9 %.

Die Höhe der Auslandsinvestitionen wird in erster Linie durch strategische Entscheidungen großer Industrieunternehmen und kapitalstarker Beteiligungsgesellschaften beeinflusst. Die im Ländervergleich sehr hohen Zuwachsraten Niedersachsens gehen unter anderem darauf zurück, dass der Investitionsbestand niedersächsischer Unternehmen in China, den USA und in den Niederlanden im Jahr 2013 stark anwuchs. In umgekehrter Richtung erhöhten vor allem Unternehmen aus den Niederlanden und den USA ihr Engagement in Niedersachsen erheblich.

Steigender Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe

Der Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg 2014 um 4,1 % gegenüber dem Vorjahr und erreichte einen Wert von 88,4 Mrd. Euro (Tab. 36). Die Zunahme lag damit über dem durchschnittlichen Bundeszuwachs von 1,9 %. Der Anteil am Gesamtumsatz erreichte in Niedersachsen 2014 einen Wert von 45,0 %, bundesdurchschnittlich waren es 45,5 %. Hessen, Bayern,

Veränderung der Ausfuhr 2009 bis 2014 in Prozent



Rheinland-Pfalz, Berlin, Baden-Württemberg und Bremen erzielten über die Hälfte (rund 51 % bis 56 %) ihres Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Ausland.

Von 2009 bis 2014 legte der Auslandsumsatz in Niedersachsen um fast die Hälfte zu (+48,4 %) zu. Die höchsten Zuwächse hatte Baden-Württemberg mit 62,0 %. Der Bundesdurchschnitt lag bei +39,8 %. Relativiert wird der starke Anstieg mit Blick auf den weltweiten Konjunkturerinbruch 2009, der sich gegenüber 2008 in einem Rückgang des Auslandsumsatzes um ein Viertel niederschlug.

Deutliche Zunahme des Wanderungssaldos mit dem Ausland

Auch 2014 hatten alle 16 Länder mehr Zuzüge als Fortzüge aus dem bzw. in das Ausland zu verzeichnen (Tab. 37) als im Vorjahr. Zudem stieg dieser Saldo überall – mit Ausnahme von Hamburg – weiter an. Insgesamt umfasste die Nettozuwanderung in Niedersachsen mit dem Ausland 54 043 Menschen. Die Zahl lag mit 19 108 Personen über der von 2013, was im Ländervergleich den zweitgrößten Anstieg bedeutete, danach folgte Baden-Württemberg mit +18 517 auf 90 004 Personen. Den höchsten Zuwachs gab es in Nordrhein-Westfalen mit +26 576 auf 107 840 Personen.

Im Vergleich der Jahre 2011 zu 2014 gab es in sämtlichen Ländern einen Anstieg des Wanderungssaldos. Für Nieder-

sachsen war er um 30 373 Personen höher als 2011. Auf den üblichen mittelfristigen Fünfjahresvergleich (2014 mit 2009) wird an dieser Stelle verzichtet, da die Daten für 2009 und 2010 wenig aussagekräftig sind. Grund dafür ist, dass die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden 2008 bis 2010 zahlreiche Melderegisterbereinigungen beinhalten, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt wurden.

Bezieht man den Wanderungssaldo auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Landes, zeigt sich, dass vor allem die Stadtstaaten relativ am stärksten von der Außenwanderung betroffen waren. In Bremen kamen 2014 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner rund elf (10,6) nettozugewanderte Personen, in Berlin waren es genau 10,0. In Niedersachsen betrug dieser Wert 6,9 und entsprach dem Bundesniveau (+6,8). Im Jahr 2013 waren es noch +4,5 (Bund: +5,4) Personen. Die geringste Intensität gab es 2014 in Brandenburg (+3,7).

Grund für die positiven Salden waren vermutlich insbesondere die günstige Arbeitsmarktsituation und die guten Verdienstmöglichkeiten in Deutschland, die Menschen aus anderen EU-Ländern mit diesbezüglich schlechterer Lage anzog. Insgesamt speiste sich 2014 der Außenwanderungssaldo in Deutschland zu 55 % aus den EU-Mitgliedstaaten und zu zwei Dritteln aus dem gesamten europäischen Ausland. Dazu kamen viele Menschen, die vor Krieg und Vertreibung flohen wie zum Beispiel aus Syrien oder Afghanistan.

Darstellungsweise

Die betrachteten Finanzgrößen in den nachfolgenden Tabellen 38 bis 44 werden, um die Daten unter den Ländern vergleichbar zu machen, für die Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen unter Aufsicht des jeweiligen Landes zusammengefasst dargestellt. Die Darstellung umfasst nicht nur die unmittelbaren Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen (Kernhaushalte), sondern auch die Extrahaushalte.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, kurz FEU, die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). Eine Teilmenge der FEU bilden die Extrahaushalte. Finanziert sich hingegen die Einheit zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u.ä., wie beispielsweise ein kommunales Versorgungsunternehmen, handelt es sich um einen sogenannten Marktproduzenten und damit keinen Extrahaushalt.

Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den **öffentlichen Gesamthaushalt**, wie er in den Tabellen 38 bis 44 für Länder, Kommunen und Sozialversicherungen zusammengefasst dargestellt ist. Tabelle 45 hingegen bildet den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Unterdurchschnittlicher Anstieg der Gesamteinnahmen und der Steuereinnahmen

Bundesweit stiegen im Jahr 2014 die Gesamteinnahmen (vgl. Tab. 38) der Haushalte in den Ländern um insgesamt 3,9 % an, gegenüber 2010 sogar um fast ein Viertel (+23,0 %). In Niedersachsen wurde 2014 ein im Vorjahresvergleich leicht unterdurchschnittliches Wachstum von 2,2 % verzeichnet. In Schleswig-Holstein und Brandenburg sanken die Gesamteinnahmen sogar um 0,5 % und 0,3 %. Die mit deutlichem Abstand stärksten Steigerungen konnten in den Stadtstaaten Bremen (+11,3 %) und Hamburg (+10,4 %) erzielt werden. Beide Länder hatten zusammen mit dem dritten Stadtstaat Berlin die höchsten Pro-Kopf-Gesamteinnahmen: Hamburg 8 704 Euro, Bremen 8 087 Euro und Berlin 7 482 Euro. Niedersachsen lag hier mit 5 256 Euro deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 5 879 Euro. Anhand der Steuereinnahmequote als Quotient aus Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen lässt sich ablesen, welcher Anteil an den Gesamteinnahmen durch eigene Steuerquellen erzielt werden konnte. Die höchsten Steuerquoten konnten für Baden-Württemberg (71,9 %), Bayern (71,5 %) und Hessen (69,5 %) berechnet werden; die geringsten für Bremen (48,3 %) und Berlin (51,1 %). Für Niedersachsen belief sich die Steuereinnahmequote auf 68,1 %.

Die Steuereinnahmen (Tab. 39) sind 2014 gegenüber dem Vorjahr über alle Länder gesehen um +4,2 % gestiegen. Niedersachsen konnte hier nur ein Wachstum um +1,8 % erreichen. Nur das Wachstum in Brandenburg war mit +0,5 % niedriger, und Schleswig-Holstein musste sogar rückläufige Steuereinnahmen (-1,3 %) hinnehmen. Die höchsten Zuwächse ergaben sich in Berlin (+10,0 %) und Hamburg (+9,0 %). Die höchsten Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner wurden in Hamburg (5 663 Euro), Hessen (4 400 Euro) und Bayern (4 398 Euro) erzielt, die geringsten in Sachsen-Anhalt (3 190 Euro), Thüringen (3 201 Euro) und Brandenburg (3 230 Euro).

Die höchsten Anteile der Steuereinnahmen am BIP konnten durchgängig in den ostdeutschen Flächenländern berechnet werden: Mecklenburg-Vorpommern 13,5 %, Sachsen-Anhalt und Brandenburg jeweils 12,8 %, Thüringen 12,7 %, Sachsen 12,1 %. Die geringsten Anteile ergaben sich in den Stadtstaaten Bremen (8,5 %) und Hamburg (9,6 %). Niedersachsen lag bei dieser Quote mit 11,0 % am Durchschnitt von 10,8 % (Tab. 39).

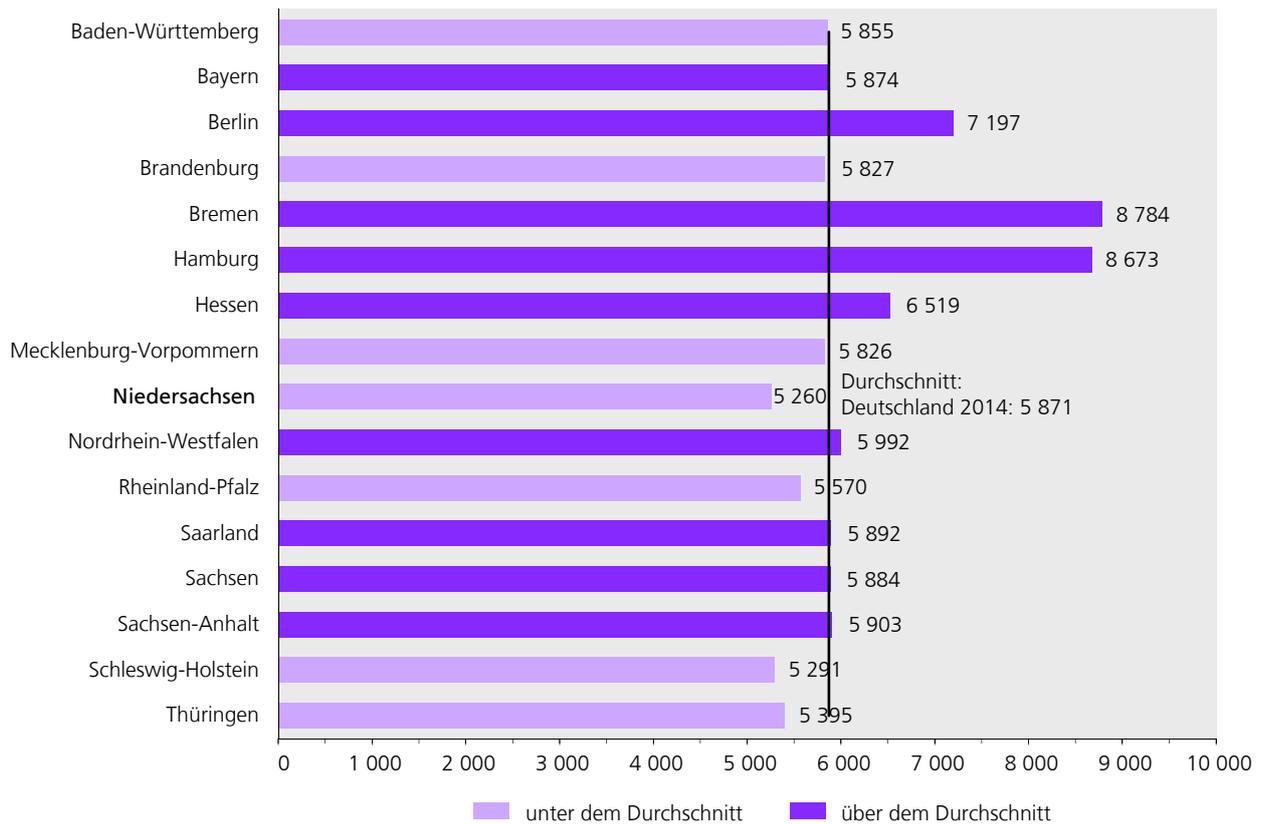
Anstieg der Gesamtausgaben niedriger als im Bundesvergleich

Bundesweit gaben Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 5 871 Euro pro Kopf aus. Die geringsten Gesamtausgaben je Einwohnerin und Einwohner verzeichnete 2014 Niedersachsen mit 5 260 Euro (Tab. 40), gefolgt von Schleswig-Holstein (5 291 Euro). Die höchsten Ausgaben tätigten Bremen (8 784 Euro), Hamburg (8 673 Euro) und Berlin (7 197 Euro). Die stärksten Ausgabenzuwächse gegenüber 2013 hatten mit +8,8 % Bremen und Sachsen (+7,1 %). Geringe Ausgabenzuwächse gab es in Hamburg (+0,2 %), Schleswig-Holstein (+1,4 %) und Thüringen (+1,9 %). Niedersachsen lag hier mit +3,3 % unterhalb des Durchschnittswertes von +3,9 %.

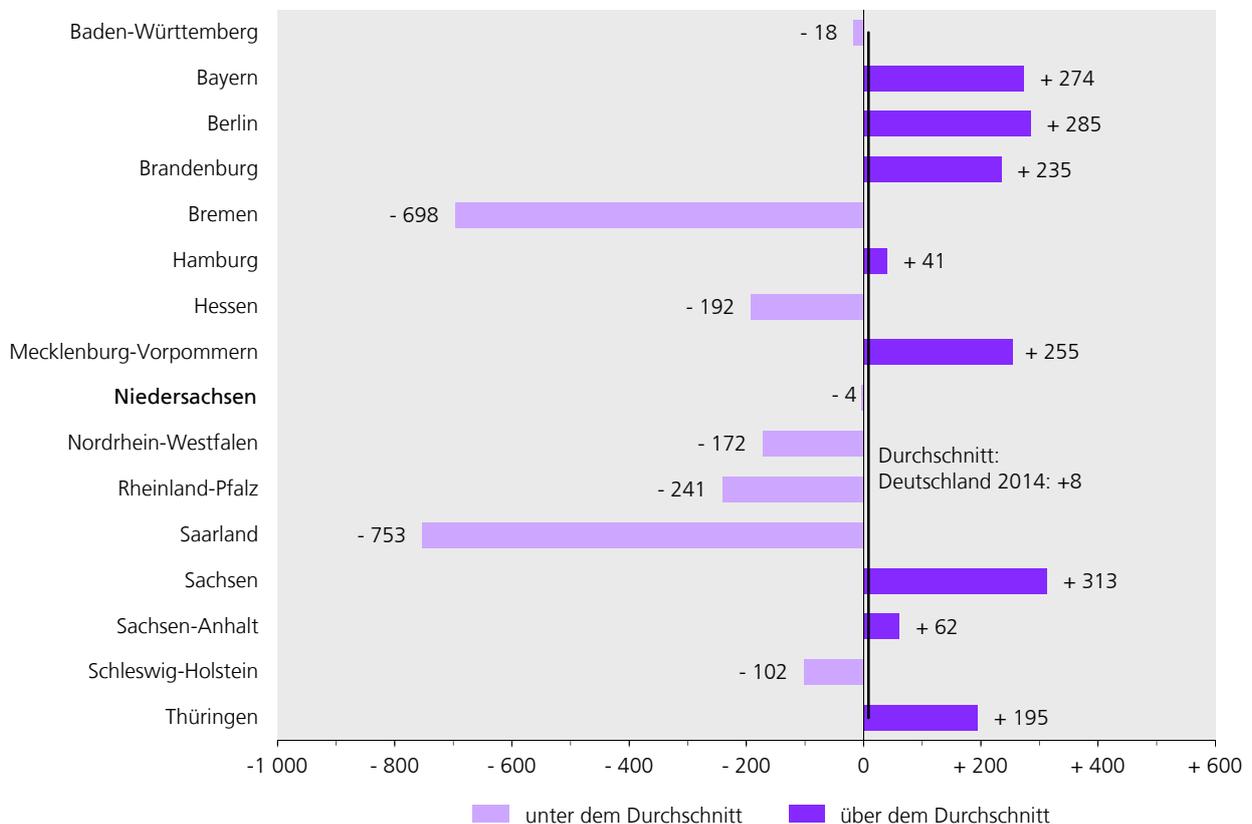
Höchste Personalausgabenquote

Für Personal gab Niedersachsen 43,5 % seiner bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2014 aus (Tab. 41). Das Land erreichte damit wie 2013 im Vergleich aller Länder die höchste Personalausgabenquote. Danach folgten das Saarland mit 42,1 % und Rheinland-Pfalz mit 41,8 %. Den geringsten Wert erzielte Bremen mit 33,8 %, gefolgt von Hamburg (34,6 %). Bremen war auch das einzige Land, das seine Personalausgaben 2014 gegenüber 2013 reduzieren konnte (-1,1 %). Deutliche Zuwächse gab es in Sachsen (+8,0 %), Sachsen-Anhalt (+6,1 %) und Bayern (+5,8 %). Pro Kopf gerechnet hatten Hamburg (2 998 Euro), Bremen (2 965 Euro) und Berlin (2 574 Euro) die höchsten und Mecklenburg-Vorpommern (2 052 Euro), Brandenburg (2 092 Euro) und Thüringen (2 098 Euro) die niedrigsten Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag mit einem Anstieg um 4,3 % auf 2 286 Euro je Einwohnerin und Ein-

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen je Einwohner/-in 2014 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohner/-in 2014 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



wohner unter dem Durchschnitt aller Länder von +4,7 % und 2 342 Euro.

Zinsausgaben pro Kopf unter dem Bundesdurchschnitt

Im Schnitt aller Länder gaben 2014 die öffentlichen Gesamthaushalte 272 Euro pro Kopf für Zinsen aus (Tab. 42). Niedersachsen lag hier mit 242 Euro darunter. Die höchsten Ausgaben fielen in Bremen (929 Euro), dem Saarland (564 Euro) und Hamburg (538 Euro) an; die geringsten in Sachsen (92 Euro), Bayern (107 Euro) und Brandenburg (223 Euro). Alle Länder bis auf Hamburg (+7,7 %) reduzierten ihre Zinszahlungen gegenüber dem Vorjahr, am deutlichsten Baden-Württemberg (-20,4 %) und Sachsen (-12,6 %). Niedersachsens Zinszahlungen gingen um 7,2 % zurück, was leicht unterdurchschnittlich war (-7,9 %). Bildet man einen Quotienten aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen, erhält man die Zins-Steuer-Quote. Bremen hatte 2014 die höchste Zins-Steuer-Relation (23,8 %) vor dem Saarland (16,1 %) und Berlin (13,4 %). Die niedrigsten Quoten wurden in Bayern (2,4 %), Sachsen (2,8 %) und Baden-Württemberg (5,7 %) gemessen. Niedersachsen verzeichnete einen Wert von 6,8 % nahe dem Durchschnitt von 7,0 %.

Finanzierungssaldo wieder negativ

Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushaltes ergibt sich aus der Differenz der bereinigten Einnahmen und der bereinigten Ausgaben über Land, Kommunen und Sozialversicherungen der Kern- und Extrahaushalte. Für acht Länder, darunter für alle Länder Ostdeutschlands, ergab sich 2014 ein positiver Finanzierungssaldo. Am höchsten war er in Bayern mit +3,5 Milliarden Euro und am niedrigsten in Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von rund 3 Milliarden Euro. Nach 2013, als der Finanzierungssaldo Niedersachsens einen positiven Wert von fast 390 Mio. Euro hatte, war er 2014 wieder mit -29 Mio. Euro negativ. Pro Kopf waren das -4 Euro. Die Spanne reichte von -753 Euro im Saarland bis +313 Euro in Sachsen. Über alle Länder gerechnet ergab sich ein Finanzierungsüberschuss des öffentlichen Gesamthaushaltes von 8 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Bezogen auf das BIP wiesen das Saarland mit -2,2 % und Bremen mit -1,5 % die größten Defizite aus; die größten Überschüsse fielen in Sach-

sen mit +1,2 % und Mecklenburg-Vorpommern mit +1,1 % an (Tab. 43).

In der Hälfte der Länder sank 2014 die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes gegenüber 2013. In den anderen Ländern, einschließlich Niedersachsen, nahm sie zu (Tab. 44). Die deutlichsten Zuwächse gab es in Hamburg (+12,6 %), Hessen (+7,8 %) und dem Saarland (+4,4 %), die stärksten Reduzierungen in Sachsen (-11,4 %), Baden-Württemberg (-8,4 %) und Bayern (-4,8 %). In Niedersachsen betrug der Schuldenanstieg +1,1 % auf 69 667 Mio. Euro oder 8 917 Euro pro Kopf. Die höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen verzeichneten Bremen (31 299 Euro), das Saarland (17 647 Euro) und Berlin (17 347 Euro), die geringsten Sachsen (1 846 Euro), Bayern (3 026 Euro) und Baden-Württemberg (6 058 Euro).

Mehr Mittel aus dem Finanzausgleich

In Tabelle 45 sind die Beträge abgebildet, die die Länder in den Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen. Es handelt sich dabei um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Der horizontale Länderfinanzausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, wo von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Der Quotient aus LFA und BEZ geteilt durch die bereinigten Einnahmen zeigt die Bedeutung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Bayern (-6,2 %), Hessen (-4,6 %), Baden-Württemberg (-3,8 %) und Hamburg (-0,4 %) zahlen in den Finanzausgleich ein. Die höchsten Beiträge an den Gesamteinnahmen bildete 2014 der bundesstaatliche Finanzausgleich in Berlin (22,3 %) und Bremen (16,1 %); danach folgten die Flächenländer Ostdeutschlands mit Thüringen (14,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (14,6 %), Sachsen-Anhalt (14,5 %), Sachsen (12,9 %) und Brandenburg (11,9 %). Niedersachsen profitiert hier mit einem Wert von 1,0 % insgesamt wenig vom bundesstaatlichen Finanzausgleich, wengleich sich die Summe im Vergleich zum Vorjahr von 107 Mio. Euro auf 402 Mio. Euro fast vervierfacht hat.

Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher erneut gesunken

Im Jahr 2013 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 372 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 46). Im Vergleich zum Vorjahr waren das 401 bzw. 8,4 % Schülerinnen und Schüler weniger. Im bundesweiten Durchschnitt wurde ein Rückgang von 2,7 % auf 46 295 verzeichnet. In fünf Ländern gab es hingegen einen Anstieg der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss, darunter Thüringen (+14,9 %) und Sachsen (+13,6 %) mit zweistelligen Raten. Mittelfristig im Zeitraum von 2008 bis 2013 ist die Zahl der sogenannten Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher jedoch in allen Ländern mit zweistelligen Werten zurückgegangen, der Bundesdurchschnitt betrug 28,6 %. Der mittelfristige Rückgang in Niedersachsen betrug mit 35,5 % mehr als ein Drittel und lag damit über dem Bundesdurchschnitt. Die Spanne reichte von -15,3 % in Bremen bis zur Halbierung der Zahl (-48,3 %) in Hamburg. In den ostdeutschen Flächenländern war der Rückgang der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss um rund 5 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland (-27,5 %).

Die „Schulabbrecherquote“ lag 2013 in Niedersachsen bei 5,0 % und war damit im Vergleich zu 2012 um 0,4 Prozentpunkte niedriger. Nur Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen (zwischen 4,6 % und 4,9 %) hatten 2013 einen geringeren Anteil der „Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher“. Bundesweit betrug der Rückgang 0,2 Prozentpunkte auf 5,7 %.

Die „Schulabbrecherquote“ wird nach dem Quotensummenverfahren berechnet, in dem zunächst die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger jedes Geburtsjahrgangs zur Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs in Beziehung gesetzt wird. Anschließend werden alle Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert.

Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger nur leicht gesunken

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ fasst Personen zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind (Tab. 47). Die Berechnung erfolgt ebenfalls nach dem Quotensummenverfahren. Es handelt sich um einen internationalen Bildungsindikator. Quelle ist in Deutschland der Mikrozensus. Die hier an dieser Stelle erfolgte Auswertung entstammt der Berechnung des Europäischen Amtes für Statistik.

10,6 % der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen waren 2014 frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach einem leichten Rückgang von 0,2 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr (-2,0 Prozentpunkte gegenüber 2009). Im Bundesdurchschnitt betrug die Quote 9,5 % (2013: 9,8 % und 2009: 11,1 %).

In sechs Ländern stieg 2014 der Anteil im Vorjahresvergleich an: Die Werte reichten von +0,1 Prozentpunkte in Hamburg bis +2,6 Prozentpunkte in Schleswig-Holstein. Den größten Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gab es mit 14,0 % in Bremen, den niedrigsten in Bayern (6,3 %).

Weiterhin bestehen Unterschiede bei den Geschlechtern, und zwar in sämtlichen Ländern dahingehend, dass die Quote der frühen Schulabgängerinnen niedriger war als die der frühen Schulabgänger: In Niedersachsen lag erstere 2014 bei 9,8 %, bei den frühen Schulabgängern (männlich) hingegen bei 11,3 % (Bundesdurchschnitt: 8,9 % bzw. 10,0 %). In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen war der Abstand der Quoten nach Geschlecht mit 0,4 Prozentpunkten am niedrigsten. In Hamburg klafften die Werte mit 4,5 Prozentpunkten am weitesten auseinander.

Leichter Rückgang bei der Abiturientenquote

Im Jahr 2013 erlangten 31 822 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife (Tab. 48). Damit sank die Zahl der Absolventinnen und Absolventen um 1 165 im Vergleich zu 2012.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche werden Abiturientenquoten berechnet – auch hier wie bei der Schulabbrecherquote anhand des Quotensummenverfahrens.

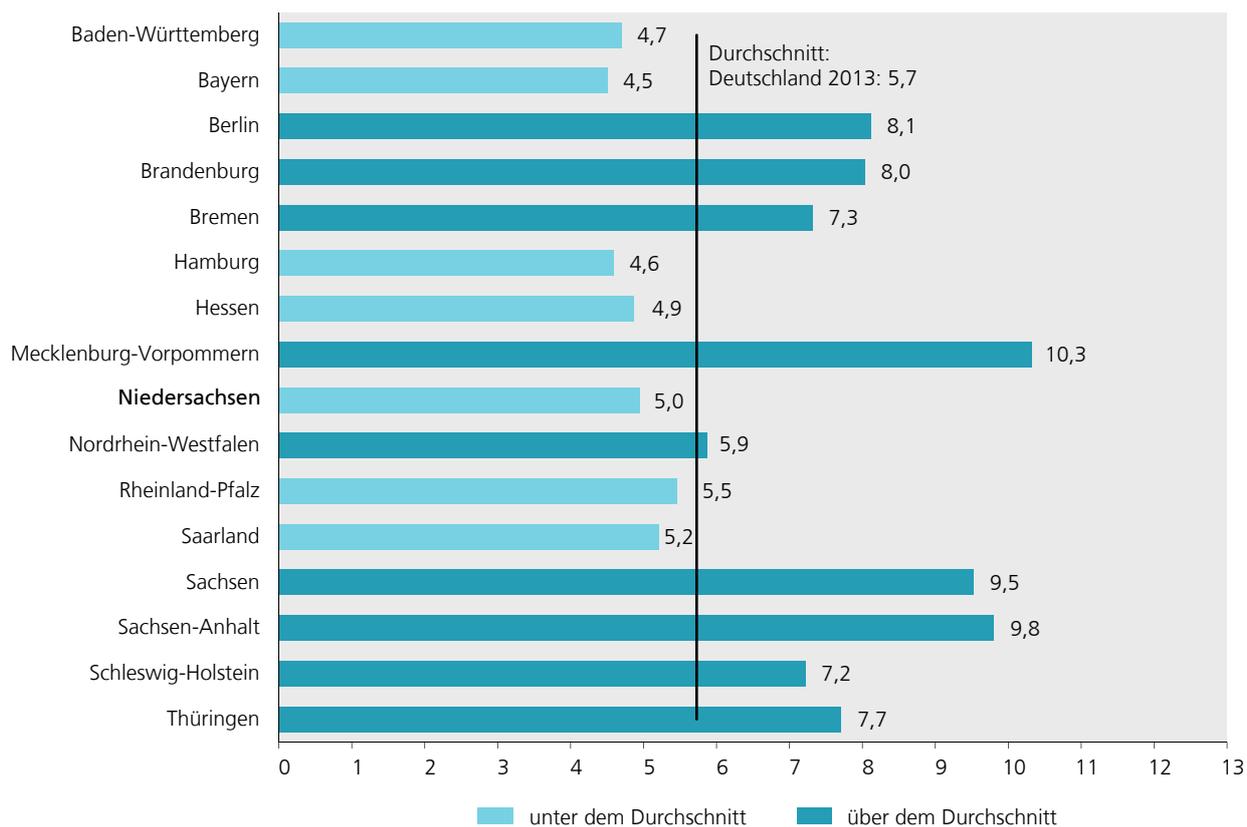
In Niedersachsen lag danach die Abiturientenquote 2013 bei 36,4 %, was einem Rückgang um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2012 entsprach. Der Wert lag damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 46,1 %. Aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs in Nordrhein-Westfalen und des 1,5-fachen in Hessen 2013 (Einführung des G8-Gymnasiums in drei Schritten 2004 bis 2006) ist der Bundesdurchschnitt indes geringfügig verzerrt. Im Vergleich von 2009 zu 2013 gab es einen Anstieg der Abiturientenquote um 8,8 Prozentpunkte in Niedersachsen, bundesweit betrug er mit 14,4 Prozentpunkten weit mehr.

Anteil der Studienberechtigungen außerhalb des Abiturs überdurchschnittlich hoch

Die Studienberechtigtenquote (Quotensummenverfahren) gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung ist. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife (Tab. 48).

Die Studienberechtigtenquote betrug 2013 in Niedersachsen 51,3 %. Sie lag damit 6,6 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Der Abstand ist also deutlich kleiner

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss 2013 - Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in Prozent



als bei der Abiturientenquote, woraus zu schließen ist, dass in Niedersachsen stärker als im Bundesdurchschnitt Studienberechtigungen auf anderem Wege als dem Abitur erlangt werden. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen die aufgrund der doppelten bzw. 1,5-fachen Abitur-

jahrgänge nicht vergleichbaren Quoten Nordrhein-Westfalens (75,1 %) und Hessens (68,6 %). Hamburg folgte mit 63,4 %. Eine Studienberechtigtenquote von unter 40 % hatten Sachsen-Anhalt (37,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (39,2 %).

Zahl der Erstsemester leicht steigend

Im Sommersemester 2013 und darauffolgendem Wintersemester begannen insgesamt 36 331 Hochschulzugangsberechtigte erstmals ein Studium in Niedersachsen (Tab. 49). Das waren wie bereits im Vorjahr rund 7,1 % der bundesweit 508 621 Erstsemester. Im Vergleich dazu betrug der Anteil der niedersächsischen Schulentlassenen mit allgemeiner oder berufsbildender Hochschulzugangsberechtigung an allen Abiturienten 2013 in Deutschland 8,6 % (Tab. 48).

Gegenüber dem Vorjahr stieg 2013 die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger sowohl in Niedersachsen (+1 027) als auch im gesamten Bundesgebiet (+13 533) wieder an. Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Ländern unterschiedlich. So waren 2013 in der Hälfte der Länder rückläufige Zahlen der Studienanfänger und Studienanfängerinnen zu verzeichnen. In Baden-Württemberg, Brandenburg und Bremen liegt die Ursache an dem Rückgang unter anderem an den erhöhten Zahlen von 2012 aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge im Jahr 2012. Von der Umstellung der Gymnasialschulzeit von neun auf acht Jahre ebenfalls betroffen waren 2013 Nordrhein-Westfalen und Hessen, was wiederum in diesem Berichtsjahr erhöhte Werte zur Folge hatte.

Betrachtet man nicht nur die absoluten Werte, sondern auch die Studienanfängerquote, so zeigt sich ein ähnliches wenn auch nicht ganz identisches Bild. Diese Quote wird, wie die Schulqualifikation, nach dem Quotensummverfahren berechnet, durch welches Strukturbrüche in der Altersgliederung der Bevölkerung besser berücksichtigt werden können. Für die Berechnung wird zunächst die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger jedes Geburtsjahrgangs zur Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs in Beziehung gesetzt. Anschließend werden alle Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert.

Die Studienanfängerquote betrug 2013 in Niedersachsen 40,4 % und lag damit 1,7 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt stieg die Quote jedoch um 2,9 Prozentpunkte auf 57,4 %. Damit erreichte Niedersachsen wie schon 2012 nach Schleswig-Holstein (31,9 %) den zweitniedrigsten Wert unter allen Ländern. Ein Grund ist der negative Saldo von Schulentlassenen mit Hochschulzugangsberechtigung mit anderen Ländern innerhalb Deutschlands von rund 7 000 Absolventinnen und Absolventen. In den Stadtstaaten liegen die Quoten aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktionen für ihre Nachbarländer höher. Die Werte für Bremen (86,7 %), Berlin (86,1 %) und Hamburg (81,7 %) waren daher mit deutlichem Abstand zu den restlichen Ländern am höchsten.

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer unverändert

Der Anteil von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern an allen Studierenden kann als ein Gradmesser der

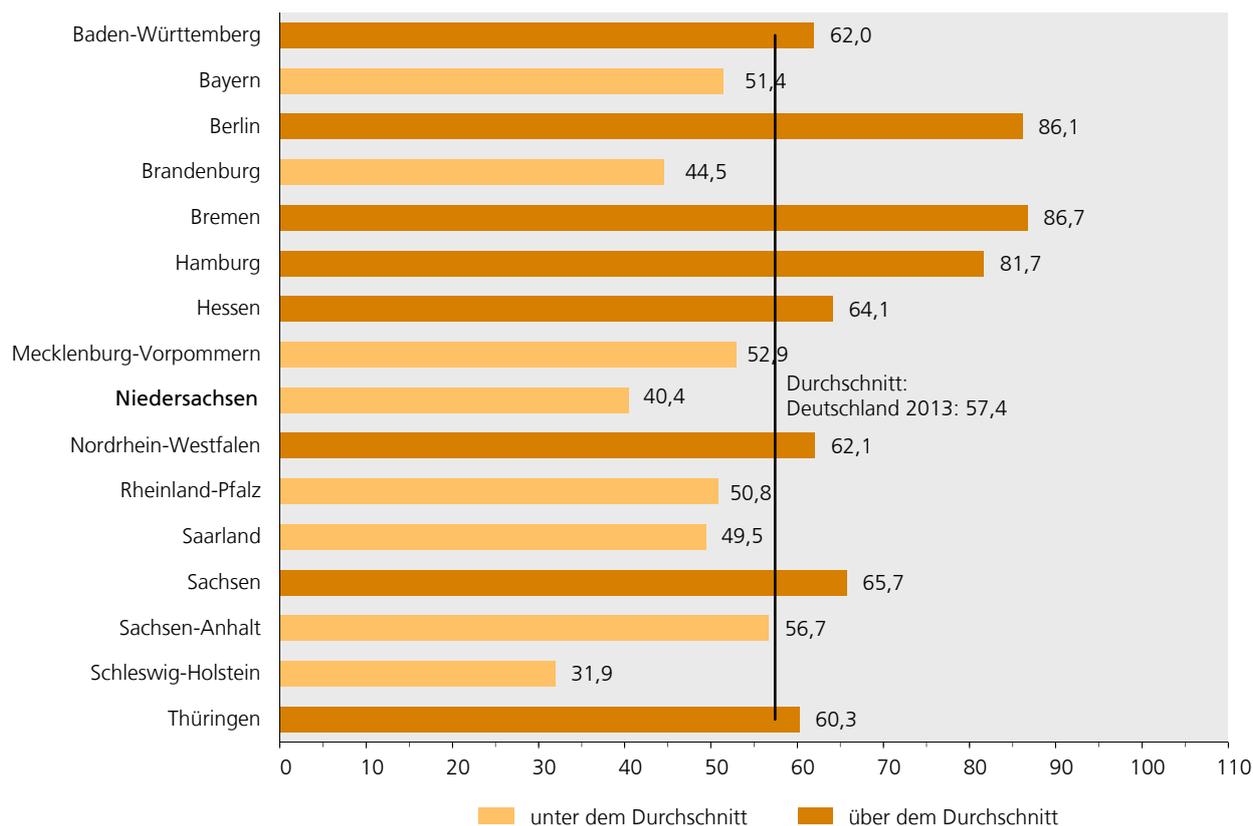
Internationalisierung und Attraktivität von (Fach-) Hochschulstandorten herangezogen werden. Darunter fallen Studierende, die ihre (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben. In Niedersachsen lag der Anteil 2013 wie bereits im Vorjahr bei 7,0 % und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,3 % (Tab. 50). Die höchsten Anteile an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern wiesen Berlin (13,4 %) und das Saarland auf (11,7 %). Die niedrigsten Werte verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (5,2 %) und Schleswig-Holstein (5,5 %). Mittelfristig betrachtet sank der Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern in Deutschland leicht (2013/2008: -0,5 Prozentpunkte). In Niedersachsen fiel dieser Rückgang mit 1,7 Prozentpunkten noch deutlicher aus. Prozentuale Zuwächse konnten nur wenige und ausschließlich ostdeutsche Länder sowie Berlin verzeichnen. Bei der Betrachtung der Entwicklung der Anteile sei auf den stärkeren Anstieg der Gesamtzahl der Studierenden hingewiesen, als es bei der Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer der Fall war.

Wieder mehr Absolventinnen und Absolventen an den Hochschulen

2013 beendeten in Niedersachsen 23 142 Studentinnen und Studenten erfolgreich ein Erststudium (Tab. 51). Das waren 7,1 % mehr als noch im Jahr zuvor, was nach dem Saarland (+32,3 %) den höchsten Zuwachs unter allen Ländern darstellt. Bundesweit blieb die Zahl der Absolventinnen und Absolventen mit 309 932 so gut wie unverändert. Mittelfristig stieg sie zwischen 2008 und 2013 jedoch deutlich um 19,0 % an. In den Ländern reichten die Zuwächse von 0,1 % in Niedersachsen bis 56,9 % im Saarland. Betrachtet man den Anteil der Absolventinnen und Absolventen niedersächsischer Hochschulen an allen Absolventinnen und Absolventen in Deutschland, zeigte sich 2013 ebenfalls ein Rückgang im Vergleich zu fünf Jahren zuvor – und zwar um rund anderthalb Prozentpunkte auf 7,5 %. Die zeitliche Vergleichbarkeit der Zahlen ist jedoch zum Teil eingeschränkt, da bis 2009 auch der Erwerb eines Masterabschlusses als Erststudium gezählt wurde. Dies hat einen Einfluss auf die dargestellten Veränderungsraten, da die Angebote an Masterstudiengängen an den Universitäten und je nach Studiengang zeitlich versetzt ausgebaut wurden.

Von den insgesamt 27 707 in Deutschland 2013 abgelegten von den Hochschulen registrierten Promotionen wurden 2 159 bzw. 7,8 % in Niedersachsen durchgeführt (Tab. 52). Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der bestandenen Promotionen sowohl kurzfristig (2013/2012: +3,4 %) als auch mittelfristig an (+10,0 %), in Niedersachsen verringerte sich die Zahl dagegen gegenüber 2012 um 3,6 % und gegenüber 2008 um 3,5 %. Die Zahl der Professoren stieg hingegen sowohl in Niedersachsen als auch in Deutschland insgesamt im Vergleich zu den Vorjahren (Tab.

Studienanfängerquote 2013 in Prozent



53). Im Jahr 2013 gab es in Niedersachsen 3 644 Professuren, ein Plus von 2,4 %. Das entsprach dem Anstieg des Bundesdurchschnitts (+2,6 %), an allen deutschen Hochschulen auf insgesamt 45 013. Ein Vergleich mit Tabelle 50 zeigt, dass von jeder Professur damit im Schnitt rechnerisch 58 Studenten betreut wurden. An niedersächsischen Hochschulen waren es lediglich knapp 49. Nur Thüringen hatte mit einem Studenten-Professuren-Verhältnis von 46 zu 1 einen geringeren Wert. Die meisten Studierenden pro Professur wurden in Nordrhein-Westfalen (75) und Hessen (65) betreut, wobei Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen im Allgemeinen einen Einfluss auf das Betreuungsverhältnis haben. So sind die Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Kulturwissenschaften dagegen deutlich höher.

Anstieg des Frauenanteils bei den Promotionen und des Anteils der Professorinnen

Das Geschlechterverhältnis bei den Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums war in allen Ländern nahezu ausgeglichen. Insgesamt schlossen etwas mehr Frauen (51,5 %) als Männer ein Studium erfolgreich ab. In Niedersachsen war der Wert mit 53,0 % noch etwas höher (Tab. 51). Auch die Zahl der Promotionen von Frauen nimmt seit Jahren stetig zu (Tab. 52). Ihr Anteil lag 2013 in Niedersachsen bei 44,7 % gemessen an allen bestandenen Promotionen (2 159). Die Anteile in den einzelnen

Ländern schwankten von 39,8 % in Bremen bis hin zu 54,9 % in Schleswig-Holstein, dem einzigen Land, in dem mehr Frauen als Männern der akademische Grad des „Doktors“ verliehen wurde.

Der Anteil an Professorinnen ist ebenfalls steigend, allerdings sind diese nach wie vor unterrepräsentiert. Von den insgesamt 3 644 Professuren war zwar nur jede vierte (24,8 %) von Frauen besetzt (Tab. 53). Im Ländervergleich war dies allerdings schon der dritthöchste Wert nach Berlin (31,0 %) und Hamburg (26,8 %). Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil bei 21,3 %. Der Anteil an Professorinnen nahm jedoch in allen Ländern in den letzten Jahren zu.

Öffentliche Ausgaben für Kultur gesunken

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen beliefen sich in Niedersachsen nach den zum Redaktionsschluss aktuell verfügbaren Zahlen für das Jahr 2011 auf rund 543 Millionen Euro. Gegenüber dem Berichtsjahr 2009 bedeutete dies einen Rückgang um 8,0 %, bundesweit betrug er 8,7 %. Pro Kopf entsprachen die Ausgaben in Niedersachsen etwa 70 Euro (Bund: 102 Euro). Niedriger waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Schleswig-Holstein (62 Euro), dem Saarland und Rheinland-Pfalz (jeweils 68 Euro). Die höchsten Ausgaben wurden in Berlin (190 Euro) und Sachsen (164 Euro) getätigt. Beeinflusst werden die Ausgaben typischerweise

von dem Vorhandensein von größeren Städten, deren kulturelle Angebote überregionale Strahlkraft haben. So besuchen viele Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Bremen oder Hamburg. Darüber hinaus fällt auf, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner und Einwohnerin mit 143 Euro in den ostdeutschen Ländern deutlich höher waren als in den westdeutschen Ländern mit rund 91 Euro.

Ausgaben für Hochschulen 2011 insgesamt gestiegen – je Studierenden gesunken

In Niedersachsen lagen die Ausgaben je Studierenden 2011 bei 17 900 Euro (Bund: 14 300 Euro). Ein Jahr zu-

vor waren es zwar noch 400 Euro mehr. Allerdings waren dies weiterhin mit Abstand die höchsten Ausgaben je Studierenden vor Baden-Württemberg mit 16 300 Euro. Begründet ist dies u. a. in dem hohen Anteil kostenintensiver Studiengänge (MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik sowie Medizin und Agrarwissenschaften).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen 2011 in Niedersachsen um 2,6 % auf 2,72 Milliarden Euro. Die bundesweite Steigerung war mit 5,2 % prozentual doppelt so hoch. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt entsprachen die niedersächsischen Ausgaben 1,3 %. Das Land lag damit im Mittelfeld (Bund: 1,2 %).

Aufkommen an Haushaltsabfällen stärker gesunken als im Bundesdurchschnitt – Recycling-Quote hoch

In Niedersachsen ist das Aufkommen an Haushaltsabfällen 2013 auf 3,9 Mio. Tonnen gesunken. Unter diese Abfälle fallen Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle und getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung, wie z. B. Verpackungen, Glas und Papier bzw. Pappe und Karton. Der Bevölkerungsgröße entsprechend lag Niedersachsen bei der Höhe an vierter Stelle (hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg, vgl. Tab. 59). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Abfallmenge um 1,1 % zurück, stärker als im Bundesdurchschnitt (Abnahme um 0,3 % auf 36,6 Mio. Tonnen).

Aufgrund der regional unterschiedlichen Organisation der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung enthalten die Haushaltsabfälle in unterschiedlichem Maße hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (sogenannten Geschäftsmüll). Dies erklärt zumindest zum Teil die große Spannweite des spezifischen Aufkommens an Haushaltsabfällen von 190 kg Abfällen pro Kopf (Sachsen: 322 kg, Rheinland-Pfalz: 512 kg). In Niedersachsen war die Gesamtabfallmenge von 502 Kilogramm je Einwohnerin und Einwohner, bedingt durch das hohe Aufkommen an Bioabfällen und Wertstoffen, relativ hoch (Bund: 454 kg).

Ein wesentlicher Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen findet sich in der stark ausgeprägten Erfassung von Bioabfällen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, Bioabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Diese Verpflichtung ist weitgehend umgesetzt, und daher wurden 2013 in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit 147 und 148 Kilogramm je Einwohnerin bzw. Einwohner die meisten Bioabfälle gesammelt und einer Verwertung zugeführt. Bundesweit war es mit 112 kg pro Kopf knapp ein Viertel weniger.

Bei den übrigen Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. lag das niedersächsische Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner mit 164 kg um 11 % höher als im Bundesdurchschnitt (148 kg).

Demgegenüber lag das niedersächsische Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) pro Kopf mit 189 kg sehr nahe am Bundesdurchschnitt von 192 kg und genau im Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Wasserverbrauch zurückgegangen

Die Wasserabgabe (an Haushalte und Kleingewerbe) ging 2013 gegenüber der letzten Erfassung 2010 und gegenüber 2007 (-13 Mio. m³ bzw. -3,6 %) in Niedersachsen zurück auf nun 357 Mio. m³ (Tab. 58). Pro Kopf betrug der Verbrauch 126 Liter und lag rund fünf Liter über dem Bundesdurchschnitt. Die Spanne reichte von 86 Liter in Sachsen bis 138 Liter in Hamburg.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch gestiegen

Der Primärenergieverbrauch (Tab. 60) ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) vor der

Umwandlung beispielsweise in Strom. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch erneuerbarer Energien (Wind, Wasser, Biomasse) stieg in Niedersachsen stetig an. Im Jahr 2012 (für das 2015 die Zahlen vorlagen) wurden rund 54 000 Mio. kWh verbraucht. Da für 2007 in Niedersachsen keine Zahlen berechnet wurden, wird für den mittelfristigen Vergleich das Jahr 2008 herangezogen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch stieg seitdem von 10,3 % auf 14,7 % im Jahr 2012. In Deutschland stieg der Wert im selben Zeitraum weniger stark von 7,9 % auf 10,3 %. Der gesamte Primärenergieverbrauch sank in Niedersachsen mittelfristig um 9,4 % und von 2011 zu 2012 um 1,3 % (bundesweit um -5,2 bzw. -1,3 %).

Jede dritte erzeugte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien

Im Stromexportland Niedersachsen wurden 2012 rund 23 000 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt (Tab. 61). Im Vergleich zu 2011 war dies ein Anstieg um +17,7 %. Ein Drittel (33,6 %) der gesamten Stromproduktion entstammte 2012 in Niedersachsen aus erneuerbaren Energien, eine deutliche Steigerung um +5,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt waren es mit 22,8 % weniger als ein Viertel. Die absolute Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lag 2012 nach vorläufigen Zahlen nur im flächenmäßig größeren Bayern (rund 30 000 Mio. kWh) höher als in Niedersachsen.

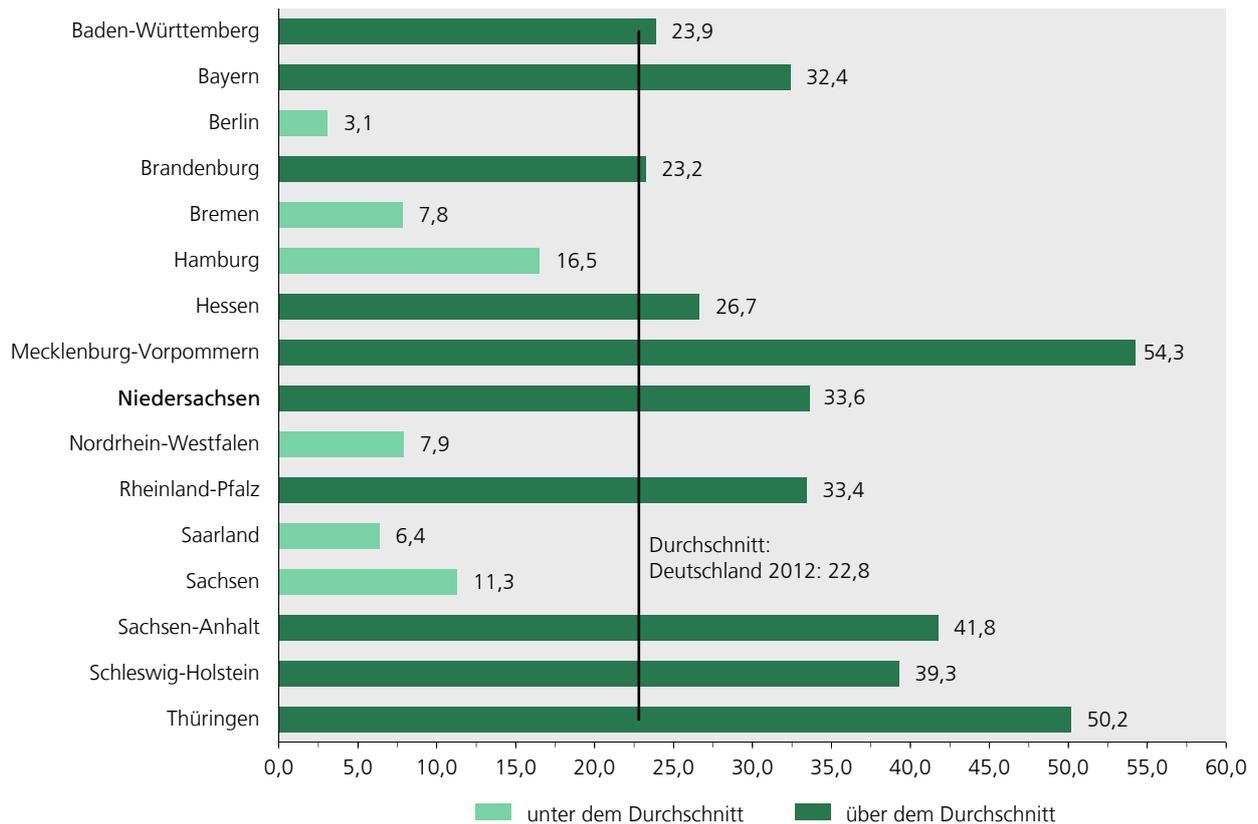
Energiebedingte CO₂-Emissionen weiter gesunken

Tabelle 62 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch entstehen. Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt.

Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von der Konjunktur sowie den Witterungsverhältnissen ab.

Die Gesamtmenge der energiebedingten effektiven CO₂-Emissionen belief sich 2012 in Niedersachsen auf rund 64,5 Mio. Tonnen, je Einwohnerin und Einwohner waren dies 8,3 Tonnen. Im Vergleich zu 2011 ging die Gesamtmenge um 3,3 % zurück. Niedersachsen gehörte mit dieser Veränderungsrate neben Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz zu den fünf Ländern, welche Rückgänge aufwiesen. In Deutschland insgesamt nahmen die freigesetzten energiebedingten Kohlendioxid ausstöße um knapp 1 Prozent (+0,8 %) auf rund 766 000 Mio. Tonnen zu, wobei der Pro-Kopf-Wert unverändert bei 9,5 Tonnen blieb. An dem Gesamtanstieg hatten die ostdeutschen Länder einen relativ starken Anteil. Dort nahm der Ausstoß ausnahmslos zu.

Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2012 in Prozent



Flächenverbrauch rückläufig

Ende 2013 wurden rund 14 % bzw. 6 588 km² der gesamten Fläche Niedersachsens als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 56). Darunter fallen die Gebäude- und Freifläche (z. B. Sport- und Grünanlagen), die Betriebsfläche, die Erholungsfläche oder die Verkehrs- und Friedhofsfläche. Im Vergleich zum Vorjahr stieg diese Fläche um einen halben Prozentpunkt, was exakt dem Bundesdurchschnitt entsprach.

Der „Flächenverbrauch“ eines Jahres, d. h. die Umwidmung von landwirtschaftlich genutzter oder naturbelassener Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche, errechnet sich aus der Differenz dieser Fläche am 31.12. des Berichtsjahres und der Fläche am 31.12. des Vorjahres. Er lag 2013 in Niedersachsen bei 9,2 Hektar pro Tag. Ein Jahr zuvor waren es noch 9,8 Hektar (2008: 11,0). Bundesweit betrug 2013 der Flächenverbrauch insgesamt 70,6 Hektar pro Tag (2012: 69,4 Hektar; 2008: 95,1 Hektar).

Waldzustand: jeder fünfte Baum geschädigt

In dieser Ausgabe des *Niedersachsen-Monitors* wird erstmals auf den Waldzustand eingegangen, über den Aussagen zur Luft- und Bodenqualität gemacht werden können (Tab. 63). Als Ursache für die neuartigen Waldschäden gelten insbesondere der Schadstoffeintrag aus der Luft sowie Depositionen im Niederschlag. Sie führen letztendlich zur Versauerung der Böden. Hinzu kommt der Klimawandel

mit entsprechenden Wetterextremen. Daneben sind auch natürliche Ursachen wie Insektenfraß verantwortlich für Baumschäden. Quelle für die Ergebnisse über den Waldzustand ist der jährliche Waldzustandsbericht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1) schwach geschädigt: Warnstufe; 2) bis 4) deutlich geschädigt: mittelstark (2) und stark beschädigt (3) sowie abgestorben (4). Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Auch fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Im Jahr 2014 war danach in Niedersachsen mit 19 % aller Waldbäume etwa jeder fünfte Baum deutlich geschädigt. Bundesweit war es mit 26 % etwa jeder vierte Baum. In Baden-Württemberg gab es mit 42 % den höchsten Anteil deutlich geschädigter Bäume und in Bremen (8 %) und Brandenburg (10 %) den niedrigsten. Gegenüber 2013 blieb die Zahl in Niedersachsen unverändert, 2009 lag der Anteil bei 18 %. Bundesweit stieg sie gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Prozentpunkte an, gegenüber 2009 sank der Anteil um 1 Prozentpunkt.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche weiter rückläufig

Im Jahr 2014 gab es 7 895 Schwangerschaftsabbrüche von Frauen aus Niedersachsen (Tab. 64). Erstmals sank diese Zahl unter den Wert von 8 000. Fünf Jahre zuvor wurden noch 9 134 Abbrüche gemeldet, was einen Rückgang von fast einem Fünftel (-19,0 %) bedeutet, gegenüber dem Vorjahr waren es -8,4 %. Derselbe Trend trat auch bundesweit auf: In sämtlichen Ländern sank kurz- wie mittelfristig die Zahl der Abbrüche.

Die Häufigkeitszahl „Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene“ macht die Daten auf Länderebene und in einer Zeitreihe vergleichbar. 2014 kamen in Niedersachsen 119 Abbrüche auf 1 000 Geburten. Fünf Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei 147. Der Rückgang der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche dürfte also nicht auf demographische Entwicklungen, sondern auf Verhaltensänderungen zurückzuführen sein. Die Häufigkeitszahl von 119 liegt, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem Bundeswert von 139. Relativ hohe Häufigkeitszahlen gab es in den Stadtstaaten und in einigen ostdeutschen Flächenländern; niedrige Werte gab es außer in Niedersachsen in den süddeutschen Ländern Bayern (106), Baden-Württemberg (109) und Rheinland-Pfalz (114).

Armutsgefährdung gesunken

Die Armutsgefährdung nahm 2014 in Niedersachsen ab – darauf deuten die Ergebnisse mehrerer voneinander unabhängiger Statistiken hin (Tab. 66 bis 68). Die Armutsgefährdungsquote (Tab. 66) sank in Niedersachsen im Jahresvergleich um 0,5 Prozentpunkte auf 15,3 %. Als armutsgefährdet gelten in der Statistik alle Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Durchschnitts beträgt. Auch die Zahl der Leistungsbeziehenden nach SGB II („Hartz IV“, Tab. 68) nahm 2014 um 0,4 % im Jahresvergleich ab. Die 571 312 Empfängerinnen und Empfänger bedeuteten einen Anteil von 9,3 % an der Bevölkerung unter 65 Jahre. Ebenfalls sank die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (Tab. 69) von 12 727 Fällen im Jahr 2013 auf 11 613 im Jahr 2014 und damit um 8,8 %. Ein Vergleich der kurzfristigen Veränderungsdaten von 2013 auf 2014 zeigt, dass Niedersachsens Entwicklung in allen drei genannten Punkten in etwa gleichgerichtet, aber überall etwas günstiger als die Bundesentwicklung verläuft.

Die Tabelle 66 zeigt detailliert, welche sozialen Gruppen vor allem von Armut gefährdet sind. 2014 waren dies in Niedersachsen 57,0 % der Erwerbslosen, 41,6 % der Alleinerziehenden und 36,6 % der Ausländerinnen und Ausländer. Auch in den anderen Ländern waren diese Personengruppen am stärksten von Armut bedroht.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bleibt aber eine herausragende staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe. Dies sieht man vor allem an den mit-

telfristigen Veränderungsdaten der Armutsberichterstattung (Tab. 66), aber auch den erst bis 2013 vorliegenden Daten der Mindestsicherungsstatistik (Tab. 67). Gegenüber dem Jahr 2010 stieg nämlich die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen um 0,8 Prozentpunkte; bundesweit um 0,9 Prozentpunkte. Auch die Mindestsicherungsstatistik gibt bei mittelfristiger Betrachtung keinen Grund zur Entwarnung. Diese umfasst nicht nur die SGB II-Leistungen, sondern auch die Empfängerinnen und Empfänger anderer staatlicher Mindestsicherungsleistungen: Sozialhilfe, Leistungen für Asylbewerber, Kriegsofferfürsorge und Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 2013 gab es in Niedersachsen insgesamt 712 840 Menschen, die solche Mindestsicherungsleistungen empfangen. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 9,2 %; bundesweit waren es 9,1 %. Die Empfängerzahlen stiegen im Vergleich zu 2012 in Niedersachsen um 1,8 %, bundesweit um 1,9 %.

Dieser Anstieg kann trotz zurückgehender Arbeitslosenzahlen und SGB II-Empfängerzahlen damit erklärt werden, dass zugleich die Zahl der Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Sozialhilfe oder Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen, zum Teil kräftig stieg.

Immer mehr Pflegebedürftige

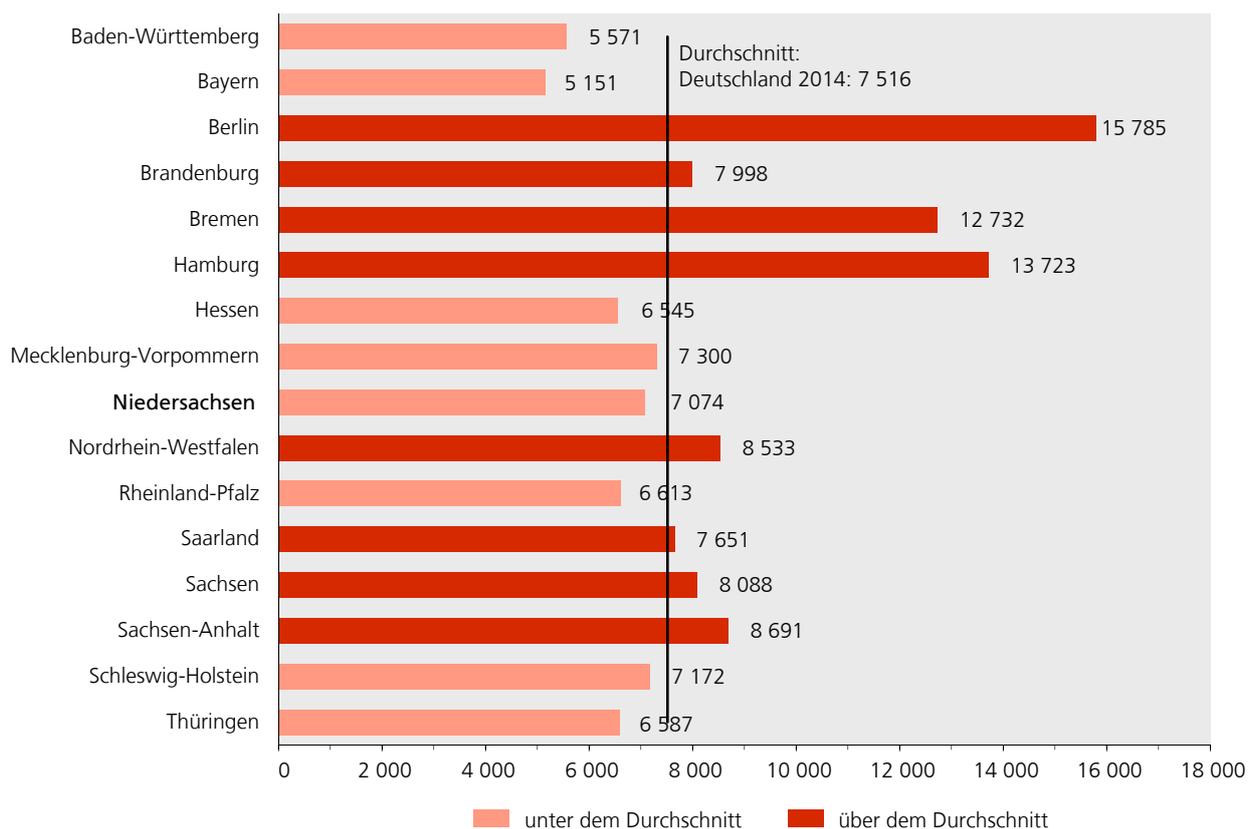
Der zeitliche Vergleichsmaßstab der Tabelle 70 ist, da die zugrundeliegende Statistik nur alle zwei Jahre durchgeführt wird, gegenüber den anderen Tabellen leicht verändert, indem ein Zwei- bzw. Vierjahreszeitraum dargestellt wird. 2013 gab es in Niedersachsen 288 296 pflegebedürftige Personen. Aufgrund der demographischen Entwicklung mit einem immer höheren Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nahm die Zahl der Pflegebedürftigen gegenüber dem Jahr 2011 um 6,6 % und gegenüber 2009 sogar um 12,6 % zu. Der mittelfristige Zuwachs Niedersachsens war damit etwas stärker als der bundesweit ermittelte von 12,3 %. Besonders hohe Veränderungen von einem Fünftel oder mehr gab es in Baden-Württemberg (+21,4 %) und in Brandenburg (+20,0 %).

Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung betrug im Jahr 2013 in Niedersachsen 3,7 % und lag damit höher als der bundesweit ermittelte von 3,3 %. Gegenüber dem Jahr 2009 stieg deren Bevölkerungsanteil um 0,7 Prozentpunkte (Niedersachsen) bzw. 0,6 Prozentpunkte (Deutschland). Der Anteil der Pflegebedürftigen lag 2013 in den Flächenländern Ostdeutschlands relativ hoch, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern mit 4,5 %. Am niedrigsten war er in Bayern (2,6 %), Baden-Württemberg und Hamburg (beide 2,8 %).

Aktueller Anstieg bei den Straftaten – weniger als in anderen Ländern

Die Polizei registrierte im Jahr 2014 insgesamt 552 730 Straftaten (Tab. 71), 1,3 % mehr als im Vorjahr. Bundes-

Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2014



weit betrug die Zunahme sogar 2,0 %. Auf der einen Seite sank die Zahl der Straftaten in fünf Ländern, am stärksten mit 3,2 % in Mecklenburg-Vorpommern. Auf der anderen Seite gab es Länder wie Berlin (+7,9 %), Sachsen (+4,7 %) und das Saarland (+4,4 %) mit deutlichen Zuwächsen. Auch im mittelfristigen Vergleich 2009 zu 2014 schnitt Niedersachsen im Ländervergleich recht gut ab: Während hier die Zahl der Straftaten um 6,4 % sank, gab es bundesweit einen Zuwachs von 0,5 %.

Mittels der Häufigkeitszahl „Straftaten je 100 000 Einwohner“ kann die Kriminalitätsbelastung der Länder verglichen werden. In Niedersachsen lag dieser Wert bei 7 074 und damit erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 7 516. Die Kriminalitätsbelastung ist in den drei Stadtstaaten erheblich höher als in den Flächenländern: Einem Wert von 15 785 in Berlin steht ein Wert von 5 151 in Bayern gegenüber – nicht einmal ein Drittel des Berliner Werts.

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier ist die „Dunkelziffer“ relativ gering, und zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl des Einbruchsoffers und dessen Nachbarschaft tief beeinträchtigt. 14 654 Einbrüche wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2014 registriert, das sind rund 40 pro Tag. Niedersachsens Häufigkeitszahl von 188 lag 2014 genau im Bundesdurchschnitt. Die relativ meisten Einbrüche gab es in Bremen und Hamburg mit Häufigkeitszahlen von 540 bzw. 428.

Die wenigsten gemeldeten Wohnungseinbruchdiebstähle gab es in Thüringen mit einer Häufigkeitszahl von nur 45.

Mehr Verunglückte im Straßenverkehr

Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr lag 2014 in Niedersachsen bei 43 418 und damit um 6,5 % höher als 2013 (Tab. 72). Unter „Verunglückten“ werden getötete und verletzte Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verstanden. Die Zahl von 43 418 bedeutete den höchsten Stand seit 2009, als 44 060 Verunglückte registriert werden mussten. Verglichen mit diesem Jahr nahm die Zahl der Verunglückten um 1,5 % ab. Bundesweit war die Entwicklung ähnlich: Gegenüber dem Vorjahr musste ein Plus von 4,1 % verbucht werden, gegenüber 2009 gab es eine mittelfristige Abnahme um 2,2 %. Hohe Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr gab es vor allem in Berlin (+6,9 %) und Nordrhein-Westfalen (+6,7 %). Nur in Mecklenburg-Vorpommern gab es mit -2,2 % einen Rückgang.

Die Häufigkeitszahl „Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen“ lag 2014 in Niedersachsen bei 556 und damit deutlich höher als im Vorjahr (524) und im Bundesdurchschnitt (486). Nur im Nachbarland Bremen gab es mit 599 einen noch höheren Wert. Der Grund könnte darin liegen, dass es im Flächenland Niedersachsen viele gut ausgebaut, aber vergleichsweise gering frequentierte Landstraßen gibt. Diese „verführen“ manche Verkehrsteilnehmerinnen

und Verkehrsteilnehmer zu überhöhten Geschwindigkeiten. Der warme und trockene Frühling 2014 und das insgesamt milde Wetter des vergangenen Jahres dürften dazu noch einmal besonders beigetragen haben. Besonders stark stiegen übrigens, u. a. ebenfalls bedingt durch das

milde Wetter, die Zahl der verunglückten Radfahrerinnen und Radfahrer von 8 193 (2013) auf 9 105 (2014) sowie die Zahl der verunglückten Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer von 2 538 auf 2 974 (vgl. LSN-Online-Regionaldatenbank, Tab. K 7611011).

Gleichstellung von Frauen und Männern

Verdienstabstand stieg zum Nachteil der Frauen

Eine nachhaltige Strategie zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern benötigt als Grundlage objektive, zuverlässige und aktuelle statistische Informationen über die Situation der Frauen und Männer und ihre Entwicklung. Die amtliche Statistik ist in der Lage, für dieses äußerst komplexe Politikfeld sehr viel empirisches Wissen beizusteuern, denn nahezu alle statistischen Basisinformationen, die sich auf Menschen beziehen, werden nach den beiden Geschlechtern differenziert erhoben und nachgewiesen. In diesem Kapitel werden daher einige grundlegende Informationen über Stand und Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit im Länder- und auch im europäischen Vergleich zusammengefasst. Die Darstellung konzentriert sich auf solche Merkmale, wo es auch im Ländervergleich signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, ansonsten wird auf eine Differenzierung verzichtet.

Ausgangs- und Mittelpunkt der Betrachtung ist dabei der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG), die wichtigste Maßzahl über den Verdienstabstand von Männern und Frauen (vgl. Tab. 29). In dieser einen Maßzahl sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern und auch Benachteiligungen konzentriert.

Der GPG ist definiert als der prozentuale Unterschied des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes (ohne Sonderzahlungen) von Männern und Frauen, wobei der Verdienst der Frauen an dem der Männer gemessen wird. Die Berechnung erfolgt, indem vom durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer derjenige der Frauen subtrahiert wird. Dieser Wert wird dann durch den Bruttostundenverdienst der Männer dividiert und – um das Ergebnis in Prozent auszudrücken – mit Hundert multipliziert. Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Wenn man den GPG um prägende Einflussfaktoren wie Branche, Alter, Qualifikation und Leistungsgruppe „bereinigt“, erhält man den „bereinigten GPG“, der insofern ein Maß für die „reine“ geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung ist. Die entsprechenden Berechnungen sind aber methodisch äußerst aufwendig und zuletzt für das Berichtsjahr 2010 und nur auf Bundesebene durchgeführt worden. Der bereinigte GPG beträgt, das zeigen die älteren Berechnungen aus 2006 und 2010, etwa ein Drittel des unbereinigten GPG, was zeigt, dass Frauen auch bei vergleichbarer Qualifikation, Leistungsgruppe und Branchenzugehörigkeit gegenüber den Männern verdienstmäßig benachteiligt sind. Bei der Berechnung wird aber der GPG auch um Strukturen „bereinigt“, die ihrerseits schon das Ergebnis gesellschaftlicher Benachteiligungen sind. Daher wird an dieser Stelle nur der unbereinigte GPG analysiert.

Entgegen dem Trend der vergangenen Jahre nahm der GPG in Niedersachsen 2014 wieder zu. Er stieg binnen Jahresfrist von 20 auf 22 % und lag damit im Ergebnis wieder auf dem Niveau des Jahres 2009. Frauen verdienten im vergangenen Jahr pro Stunde durchschnittlich 14,60 Euro und Männer 18,75 Euro. Der GPG Niedersachsens lag, ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, genau im Bundesdurchschnitt. In den ostdeutschen Ländern fiel der Verdienstunterschied deutlich niedriger aus, am geringsten war er in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit jeweils nur 5 %.

Frauen nahmen an Verdienststeigerungen nicht teil

Im Jahr 2014 stiegen in Niedersachsen die Verdienste der Männer um 2,2 %, während zugleich die Verdienste der Frauen sogar leicht abnahmen (-0,2 %; siehe Pressemitteilung 20/15 des LSN vom 19. März 2015). Woran lag das?

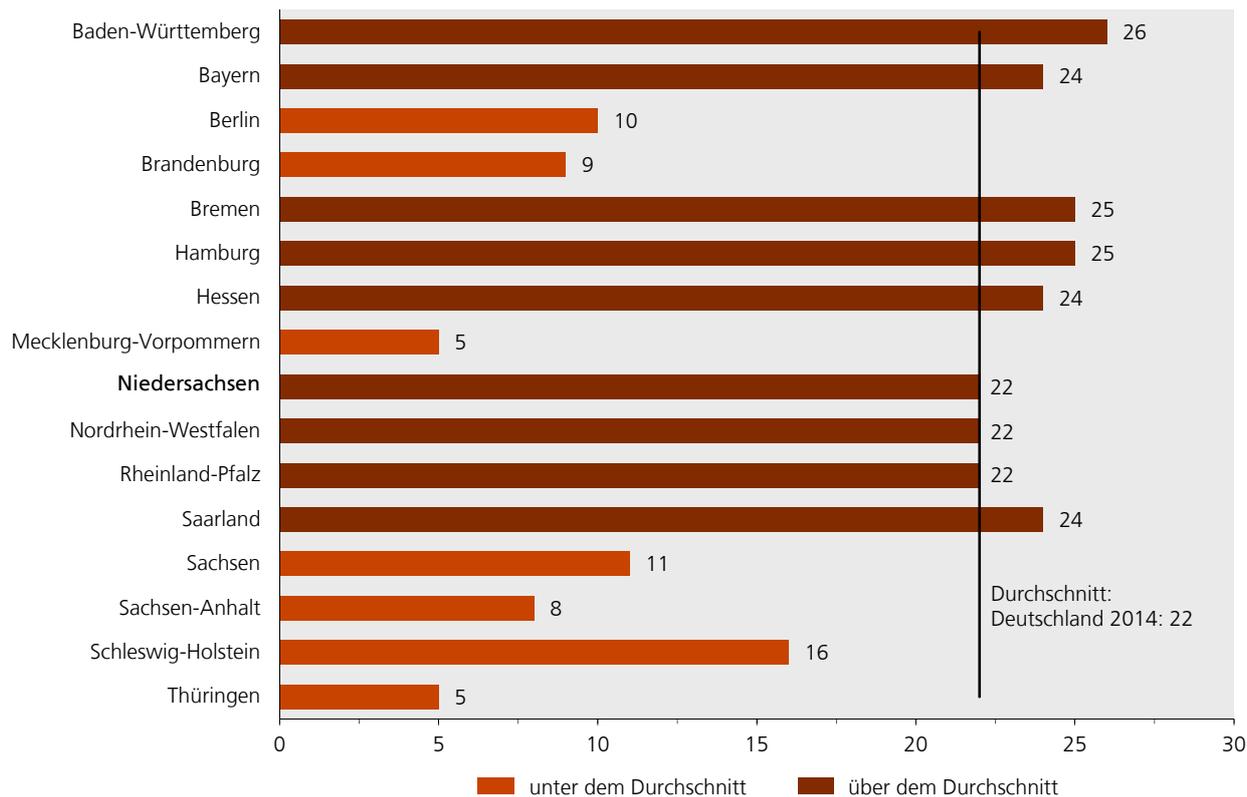
Frauen arbeiteten öfter als Männer in eher niedrig bezahlten Tätigkeiten der unteren Leistungsgruppen. Diese Leistungsgruppen wiesen im Vorjahresvergleich rückläufige Bruttostundenverdienste auf. Demgegenüber befanden sich Männer stärker in den besser bezahlten höheren Leistungsgruppen, die gegenüber 2013 zudem noch überdurchschnittliche Verdienstzuwächse aufwiesen.

1. Frauen waren in den Dienstleistungsbranchen, in denen es oft relativ niedrige und gegenüber 2013 zum Teil auch sinkende Bruttostundenverdienste gibt, deutlich überrepräsentiert. Demgegenüber wies das Verarbeitende Gewerbe einen hohen Männeranteil und zugleich relativ hohe Verdienste und Verdienststeigerungen auf.
2. Frauen sind häufiger als Männer in Teilzeitjobs tätig, und in diesen werden im Schnitt niedrigere Stundenverdienste als bei Vollzeitstellen gezahlt.
3. Ganz allgemein ist der auch im europäischen Vergleich nach wie vor hohe GPG Niedersachsens und Deutschlands überwiegend darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger als Männer Lücken in ihrer Erwerbsbiographie aufweisen: Kindererziehung, vor allem im frühkindlichen Alter, und familiäre Pflege- und Betreuungsaufgaben sind nach wie vor eher Frauen- als Männersache. Die größeren familiären Verpflichtungen führen zu einer Reduzierung oder zeitweiligen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.

Kein Spitzenplatz für Frauen im Europa-Vergleich

Im europäischen Vergleich ist der GPG Niedersachsens hoch. Im EU-Durchschnitt lag er 2013 bei 16 gegenüber 20 in Niedersachsen (Tab. 75). Nur Estland und Österreich hatten einen höheren GPG als Niedersachsen. In mit Niedersachsen vom wirtschaftlichen Entwicklungsniveau

Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) 2014 in Prozent



her durchaus vergleichbaren Staaten wie Frankreich (15), den Niederlanden (16), Schweden (15) und Belgien (10) liegt der Wert niedriger als hierzulande. Diese sind offenbar auf dem Weg der Gleichstellung der Geschlechter weiter fortgeschritten als Niedersachsen.

Positive Entwicklungen trotz struktureller Nachteile

Es gab im Themenfeld der Gleichstellung der Geschlechter aber auch erfreuliche Fortschritte:

1. Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen in öffentlich geförderten Kindertagesstätten stieg von 11,9 % im Jahr 2009 auf 27,9 % im Jahr 2014 (vgl. Tab. 6).
2. Dies schuf günstige Voraussetzungen für eine Ausdehnung der Erwerbstätigkeit der Frauen. 68,7 % der Frauen im Erwerbsalter waren 2014 tatsächlich erwerbstätig (Vgl. Tab. 12). Das waren 0,3 Prozentpunkte mehr als 2013. Allerdings liegt diese Quote immer noch deutlich unter der der Männer von 77,9 %. Fast die Hälfte, nämlich 46,3 %, der Erwerbstätigen mit Wohnort in Niedersachsen waren 2014 Frauen. Bei geringfügig und Teilzeitbeschäftigten waren die Frauen allerdings nach wie vor überrepräsentiert (vgl. Tab. 9 und 14).

3. Im Themenfeld der Qualifikation sehen die Daten für die Frauen zunehmend günstig aus. 2013 war jede vierte Professur (24,8 %) von einer Frau besetzt. Fünf Jahre zuvor waren er erst 21,6 % (Tab. 53). Bei den Promotionen lag der Frauenanteil 2013 bei 44,7 % gegenüber 41,3 % im Jahr 2008 (Tab. 52). 53 % aller Menschen, die ein Hochschulstudium abschlossen, waren 2013 weiblichen Geschlechts (Tab. 51). Umgekehrt gab es im Bereich der geringen Qualifikationen, hier abgebildet durch die „frühen Schulabgänger“ 2014 (Tab. 47), mit einem Anteil von 9,8 % deutlich günstigere Werte für die Frauen als für die jungen Männer (11,3 %).

Diese Fortschritte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch tiefe strukturelle Benachteiligungen der Frauen gibt. Dazu einige Hinweise auf problematische Lebenslagen und Beschäftigungsverhältnisse, in denen in Niedersachsen die Frauen gegenüber den Männern deutlich überrepräsentiert sind: Während 51 % der Bevölkerung und 46 % der Erwerbstätigen 2014 weiblichen Geschlechts waren, betrug der Frauenanteil

- 85,4 % bei den Alleinerziehenden;
- 65,8 % bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten;
- 80,4 % bei den Teilzeitbeschäftigten.

In dieses Bild passt auch, dass 77 % der Elterngeldbeziehenden Frauen waren.

In den Tabellen 74 bis 82 wird die Position Niedersachsens im europäischen Vergleich sichtbar. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat>). Unterteilt wird das EU-Gebiet nach der NUTS-Systematik, der Grundlage der EU-Regionalstatistik. Es wird der aktuellste Datenstand für die Analyseebenen NUTS 0 (Mitgliedsstaaten), NUTS I (für Deutschland: Länder) und NUTS II (für Niedersachsen: ehemalige Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen) ausgewiesen. Dabei befassen sich die Tabellen 74 bis 76 mit dem Vergleich auf Ebene der Mitgliedsstaaten und der Länder Deutschlands, die übrigen Tabellen stellen den Vergleich der niedersächsischen Statistischen Regionen im gesamteuropäischen Kontext dar. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen mit statistischen Daten gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück. Die Europaangaben beziehen sich immer auf alle 28 Mitgliedsstaaten, so auch bei Angaben vor dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013.

Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

In Bezug auf die Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist das Land Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 74 und 75). Es hat in etwa so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Bulgarien oder Österreich und würde an 16. Stelle unter den EU-Mitgliedsstaaten liegen. Die Wirtschaftsleistung ist ähnlich hoch wie die Dänemarks.

Schwächerer Bevölkerungszuwachs als im EU-Durchschnitt

Mit seinen knapp acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern macht das Land Niedersachsen 1,5 % der über eine halbe Milliarde Menschen zählenden EU aus (Tab. 74). Während der Anstieg der Bevölkerungszahl 2013 im Vergleich zum Vorjahr in der gesamten Europäischen Union 0,3 % betrug, waren es in Niedersachsen 0,1 %.

Mit Blick auf die Entwicklung in den Statistischen Regionen Niedersachsens zeigt sich dabei folgendes Bild: Der Anstieg der Bevölkerungszahl der Statistischen Region Braunschweig war mit einem Zuwachs von weniger als einem Zehntelprozent am weitesten von der durchschnittlichen Entwicklung in der EU entfernt. Die drei anderen Statistischen Regionen lagen nur rund einen Prozentpunkt darunter (Tab. 77).

Bei der Interpretation der Bevölkerungsentwicklung insbesondere bei der mittelfristigen Betrachtung ist zu beachten, dass die EU-Volkszählungsrunde 2010/11 zu Korrekturen der Bevölkerungszahl in vielen Mitgliedsstaaten und somit auch für die EU insgesamt führte, was die Vergleichbarkeit beeinträchtigt.

Im Fünfjahresvergleich 2008 zu 2013 zeigt sich in der EU weiterhin häufig ein Ost-West-Gegensatz: Während in der gesamten Europäischen Union die Bevölkerungszahl um 0,9 % stieg, wuchs sie nur in wenigen osteuropäischen Staaten (Slowenien, Slowakei und Tschechische Republik). Daneben verlor das von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Griechenland überdurchschnittlich viele Einwohnerinnen und Einwohner (-2,4 %) wie auch Portugal (-1,3 %). In Zypern, das den stärksten Zuwachs verzeichnete, lebten im Jahr 2013 hingegen 7,7 % mehr Menschen als fünf Jahre zuvor, auch Spanien wies ein Plus auf. Der Rückgang in Deutschland (-1,5 %) und in Niedersachsen (-2,0 %) war stark beeinflusst von der Korrektur der Einwohnerzahl im Jahre 2011 durch den Zensus. Lettlands und Litauens Bevölkerungszahlen schrumpften mit 7,5 % bzw. 7,6 % am stärksten.

Durchschnittlich waren im Jahr 2013 in der EU 18,5 % der Menschen 65 Jahre und älter (Tab. 74). In Niedersachsen lag der Seniorenanteil mit 21,2 % deutlich höher. Irland hatte die jüngste Bevölkerung: Nur jeder bzw. jede Achte (12,6 %) hatte bereits mindestens das 65. Lebensjahr vollendet. Höher als in Deutschland (20,8 %) war der Seniorenanteil nur in Italien (21,4 %).

Niedersachsens Wirtschaftsleistung stärker gestiegen als im EU-Durchschnitt

Der Anstieg der Wirtschaftsleistung Niedersachsens von 2012 zu 2013, gemessen am Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP; nominal), um +2,4 % war wie bereits in den Vorjahren deutlich stärker als der im EU-Durchschnitt um +0,7 % (Tab. 75). Auf regionaler Ebene lagen bis zum Redaktionsschluss nur Daten bis 2012 vor (Tab. 78): Die Statistische Region Weser-Ems war dabei in diesem Jahr nicht nur die Statistische Region Niedersachsens mit dem höchsten BIP (knapp 75 Milliarden Euro), sondern auch diejenige mit dem nominal stärksten Anstieg um +3,1 % gegenüber dem Vorjahr. Das BIP pro Kopf war allerdings weiterhin in der Statistischen Region Braunschweig mit rund 35 000 Euro am höchsten, in der Statistischen Region Lüneburg war dieser Indikator mit etwa 24 000 Euro am niedrigsten (Tab. 79).

Zu beachten ist beim BIP pro Kopf wie auch im Folgenden beim BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), dass diese Indikatoren bei großen Pendlerströmen über die Grenzen einer NUTS II-Region ein verzerrtes Bild geben, da sie die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die Bevölkerung am Wohnort beziehen. Insbesondere in Norddeutschland mit seinen Stadtstaaten und Einpendlerzentren Berlin, Hamburg und Bremen ist dies zu berücksichtigen. Letztere Städte haben z. B. gesteigerten Einfluss auf die Höhe des BIP pro Kopf in der Statistischen Region Lüneburg.

Der Indikator BIP in Kaufkraftstandard (KKS) je Einwohner bzw. Einwohnerin ist wie das BIP pro Kopf ein Indikator für

die wirtschaftliche Leistung eines Landes bzw. einer Region (Tab. 75 und 80). Mit Hilfe einer fiktiven Geldeinheit werden hier jedoch die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern rechnerisch aufgehoben. So kann man mit einem KKS in allen Mitgliedsstaaten dieselbe Menge Waren und Dienstleistungen kaufen. Das BIP pro Kopf in KKS ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der Regionen (NUTS II) im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union. Es wird hier normiert dargestellt am Durchschnitt des BIP pro Kopf in KKS der Europäischen Union (=100). Regionen mit einem Wert über 100 haben ein entsprechendes BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt, liegt der Wert unter 100, ist es niedriger als im EU-Durchschnitt.

Für 2013 erreichte Niedersachsen einen Wert von 111 (Tab. 75). Das heißt, dass die wirtschaftliche Leistung preisbereinigt 11 % über dem EU-Durchschnitt lag. Deutschlandweit lag der Wert bei 122. Bulgariens und Rumäniens Produktionstätigkeit war nur halb so hoch (45 % und 54 %) wie im EU-Durchschnitt. Hamburg hatte mit 195 den höchsten Wert unter den Ländern Deutschlands. Auf NUTS II-Ebene waren bei Redaktionsschluss erst Zahlen bis 2012 verfügbar (Tab. 80). In diesem Jahr lag das BIP pro Kopf in KKS in Niedersachsen (111) in den Statistischen Regionen Braunschweig (127) und Hannover (121) mehr als ein Fünftel über dem EU-Durchschnitt und in der Statistischen Region Weser-Ems 10 % darüber. In Lüneburg erreichte es nur 86 % des EU-Durchschnitts. Für Niedersachsen ergab sich 2012 gegenüber dem Vorjahr insgesamt eine Verbesserung um einen Prozentpunkt.

Positive Arbeitsmarktentwicklung setzt sich fort

Grundlage für die Daten der Tabellen 81 und 82 ist die EU-Arbeitskräftestichprobe, die für alle Mitgliedsstaaten europaweit vergleichbare Daten liefert. Sie sind mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel. Die Erwerbstätigenquoten (Tab. 81) beziehen sich auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Erwerbslosenquoten (Tab. 82) beziehen sich auf die 15-Jährigen und älter. Alle Angaben sind wohnortbezogen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg 2014 die Erwerbstätigenquote EU-weit seit der Wirtschafts- und Finanzkrise seit langem wieder relativ deutlich um 0,8 Prozentpunkte auf 64,8 % (2009: 64,4 %) an. In Niedersachsen war auf Fünfjahressicht dagegen ein Anstieg um 4,1 Prozentpunkte zu beobachten. Im Jahr 2014 betrug er gegenüber dem Vorjahr 1,2 Prozentpunkte, die Quote lag bei 73,4 %. In der Statistischen Region Lüneburg war die Erwerbstätigenquote mit 75,7 % am höchsten und in der Statistischen Region Braunschweig mit 70,5 % am niedrigsten.

Wie auch in den Jahren zuvor war die Erwerbstätigenquote der Männer in Niedersachsen mit 78,0 % höher als die der Frauen mit 68,8 %. Der Abstand der Quote zwischen den Geschlechtern war in der Statistischen Region Weser-Ems mit 10,2 Prozentpunkten am höchsten. EU-weit ist der Unterschied jedoch noch größer (10,6 Prozentpunkte).

Die Entwicklung der Erwerbslosenquoten (Tab. 82) Niedersachsens und der EU verlief über die vergangenen fünf Jahre bis 2014 unterschiedlich: Während in der EU die Erwerbslosenquote bis 2013 anstieg und seitdem auf 10,2 % fiel, war nach einer zwischenzeitlichen Stagnation in Niedersachsen ein jährlicher Rückgang auf 4,6 % bis ins Jahr 2014 zu beobachten. Die niedrigste Erwerbslosenquote hatte die Statistische Region Lüneburg mit 4,0 %, die höchste die Statistische Region Braunschweig mit 5,5 %. Nur in der Statistischen Region Weser-Ems (+0,1 Prozentpunkte auf 4,1 %) stieg die Quote minimal. Während EU-weit die Erwerbslosenquoten der Frauen um 0,2 Prozentpunkte über der Quote der Männer lagen, waren sie in den Statistischen Regionen Niedersachsens durchweg niedriger.

Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger: nahe am EU 2020 Ziel

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ misst den Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, an der gleichaltrigen Bevölkerung (Tab. 76). Er kann Aussagen darüber machen, wie erfolgreich junge Menschen den Übergang vom Bildungssystem zum Erwerbsleben bewältigen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis zum Jahr 2020 auf weniger als 10 % zu senken. Während Deutschland diesen Wert bereits 2013 unterschritten hatte, lag das Land Niedersachsen 2014 noch etwas darüber: Allerdings ist ein kontinuierlicher Rückgang im Laufe der vergangenen Jahre zu beobachten auf 10,6 %. EU-weit lag der Anteil mit 11,1 % darüber. Die höchsten Werte hatten weiterhin südeuropäische Staaten sowie Rumänien (18,1 %). In Spanien gab es 21,9 % frühe Schulabgängerinnen bzw. frühe Schulabgänger; auf Malta waren es 20,4 % und in Portugal 17,4 %. Kroatien wies mit einem Anteil von nur 2,7 % die wenigsten frühen Schulabgängerinnen und -abgänger auf. Außer in Bulgarien, wo der Anteil der Frauen an den frühen Schulabgängerinnen und -abgängern um einen Zehntelprozentpunkt höher war als bei den Männern, waren die Anteile der männlichen frühen Abgänger überall höher. Im EU-Durchschnitt betrug der Abstand 3,2 Prozentpunkte, in Niedersachsen war er etwa halb so hoch.

Tabellen

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der 65-Jährigen und älter ¹⁾	Anteil der Ausländer/-innen ¹⁾	Einwohner/-innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2009	2013	2014					2014/2009 ³⁾	2014/2013
	Anzahl			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 744 921	10 631 278	10 716 644	13,2	19,8	12,6	300	- 0,3	+ 0,8
Bayern	12 510 331	12 604 244	12 691 568	15,6	20,0	10,3	180	+ 1,4	+ 0,7
Berlin	3 442 675	3 421 829	3 469 849	4,3	19,1	14,3	3 891	+ 0,8	+ 1,4
Brandenburg	2 511 525	2 449 193	2 457 872	3,0	23,0	2,6	83	- 2,1	+ 0,4
Bremen	661 716	657 391	661 888	0,8	21,3	13,4	1 578	+ 0,0	+ 0,7
Hamburg	1 774 224	1 746 342	1 762 791	2,2	18,8	13,9	2 334	- 0,6	+ 0,9
Hessen	6 061 951	6 045 425	6 093 888	7,5	20,3	13,0	289	+ 0,5	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 651 216	1 596 505	1 599 138	2,0	22,7	2,6	69	- 3,2	+ 0,2
Niedersachsen	7 928 815	7 790 559	7 826 739	9,6	21,4	6,7	164	- 1,3	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	17 872 763	17 571 856	17 638 098	21,7	20,6	10,5	517	- 1,3	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	4 012 675	3 994 366	4 011 582	4,9	20,9	8,2	202	- 0,0	+ 0,4
Saarland	1 022 585	990 718	989 035	1,2	22,8	7,9	385	- 3,3	- 0,2
Sachsen	4 168 732	4 046 385	4 055 274	5,0	24,9	2,9	220	- 2,7	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	2 356 219	2 244 577	2 235 548	2,8	24,9	2,6	109	- 5,1	- 0,4
Schleswig-Holstein	2 832 027	2 815 955	2 830 864	3,5	22,5	5,3	179	- 0,0	+ 0,5
Thüringen	2 249 882	2 160 840	2 156 759	2,7	24,0	2,5	133	- 4,1	- 0,2
Deutschland	81 802 257	80 767 463	81 197 537	100	21,0	9,3	227	- 0,7	+ 0,5
Westdeutschland	65 422 008	64 848 134	65 223 097	80,3	20,5	10,3	263	- 0,3	+ 0,6
Ostdeutschland	16 380 249	15 919 329	15 974 440	19,7	23,0	5,2	147	- 2,5	+ 0,3

1) Vorläufige Angaben.

2) Fläche 2013.

3) Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2009 (Volkszählung 1987) und 2014 (Zensus 2011) ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen			Geburten-/Sterbesaldo je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014		2014/2009	2014/2013
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	89 678	91 504	95 632	8,3	8,6	9,0	- 0,5	+ 6,6	+ 4,5
Bayern	103 710	109 577	113 935	8,3	8,7	9,0	- 0,8	+ 9,9	+ 4,0
Berlin	32 104	35 038	37 368	9,4	10,3	10,9	+ 1,5	+ 16,4	+ 6,6
Brandenburg	18 537	18 355	19 339	7,4	7,5	7,9	- 3,9	+ 4,3	+ 5,4
Bremen	5 481	5 749	6 211	8,3	8,8	9,4	- 1,9	+ 13,3	+ 8,0
Hamburg	16 779	18 138	19 039	9,4	10,4	10,9	+ 1,3	+ 13,5	+ 5,0
Hessen	50 744	52 187	54 631	8,4	8,7	9,0	- 1,1	+ 7,7	+ 4,7
Mecklenburg-Vorpommern	13 014	12 560	12 830	7,9	7,9	8,0	- 3,8	- 1,4	+ 2,1
Niedersachsen	62 228	62 879	66 406	7,8	8,1	8,5	- 2,7	+ 6,7	+ 5,6
Nordrhein-Westfalen	145 029	146 428	155 102	8,1	8,3	8,8	- 2,1	+ 6,9	+ 5,9
Rheinland-Pfalz	30 881	31 989	33 427	7,7	8,0	8,4	- 2,7	+ 8,2	+ 4,5
Saarland	6 927	6 848	7 328	6,8	6,9	7,4	- 5,3	+ 5,8	+ 7,0
Sachsen	34 093	34 800	35 935	8,2	8,6	8,9	- 3,8	+ 5,4	+ 3,3
Sachsen-Anhalt	17 144	16 797	17 064	7,2	7,5	7,6	- 6,2	- 0,5	+ 1,6
Schleswig-Holstein	21 923	21 822	22 793	7,7	7,8	8,1	- 3,1	+ 4,0	+ 4,4
Thüringen	16 854	17 426	17 887	7,5	8,1	8,3	- 4,2	+ 6,1	+ 2,6
Deutschland	665 126	682 097	714 927	8,1	8,5	8,8	- 1,9	+ 7,5	+ 4,8
Westdeutschland	533 380	547 121	574 504	8,1	8,5	8,8	- 1,6	+ 7,7	+ 5,0
Ostdeutschland	131 746	134 976	140 423	8,0	8,5	8,8	- 3,1	+ 6,6	+ 4,0

3. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Wanderungssaldo			Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Saldos	
	2011	2013	2014	2011	2013	2014	2014/2011	2014/2013
	Anzahl							
Baden-Württemberg	+ 41 458	+ 70 172	+ 89 606	+ 4,0	+ 6,6	+ 8,4	+ 48 148	+ 19 434
Bayern	+ 76 065	+ 97 647	+ 92 707	+ 6,1	+ 7,8	+ 7,3	+ 16 642	- 4 940
Berlin	+ 39 421	+ 41 892	+ 37 113	+ 12,0	+ 12,3	+ 10,8	- 2 308	- 4 779
Brandenburg	+ 1 847	+ 10 636	+ 18 014	+ 0,8	+ 4,3	+ 7,3	+ 16 167	+ 7 378
Bremen	+ 2 708	+ 4 542	+ 5 070	+ 4,2	+ 6,9	+ 7,7	+ 2 362	+ 528
Hamburg	+ 12 235	+ 11 959	+ 13 376	+ 7,2	+ 6,9	+ 7,6	+ 1 141	+ 1 417
Hessen	+ 32 455	+ 37 663	+ 52 522	+ 5,4	+ 6,3	+ 8,7	+ 20 067	+ 14 859
Mecklenburg-Vorpommern	- 1 694	+ 2 869	+ 8 486	- 1,1	+ 1,8	+ 5,3	+ 10 180	+ 5 617
Niedersachsen	+ 19 236	+ 36 475	+ 54 376	+ 2,5	+ 4,7	+ 7,0	+ 35 140	+ 17 901
Nordrhein-Westfalen	+ 42 643	+ 64 564	+ 93 627	+ 2,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 50 984	+ 29 063
Rheinland-Pfalz	+ 7 847	+ 17 092	+ 27 320	+ 2,0	+ 4,3	+ 6,8	+ 19 473	+ 10 228
Saarland	+ 1 023	+ 2 296	+ 3 078	+ 1,0	+ 2,3	+ 3,1	+ 2 055	+ 782
Sachsen	+ 3 652	+ 13 429	+ 23 402	+ 0,9	+ 3,3	+ 5,8	+ 19 750	+ 9 973
Sachsen-Anhalt	- 8 370	- 848	+ 4 269	- 3,7	- 0,4	+ 1,9	+ 12 639	+ 5 117
Schleswig-Holstein	+ 13 013	+ 18 067	+ 22 796	+ 4,6	+ 6,4	+ 8,1	+ 9 783	+ 4 729
Thüringen	- 4 209	+ 152	+ 4 721	- 1,9	+ 0,1	+ 2,2	+ 8 930	+ 4 569
Deutschland	+ 279 330	+ 428 607	+ 550 483	+ 3,5	+ 5,3	+ 6,8	+ 271 153	+ 121 876
Westdeutschland	+ 248 683	+ 360 477	+ 454 478	+ 3,9	+ 5,6	+ 7,0	+ 205 795	+ 94 001
Ostdeutschland	+ 30 647	+ 34 306	+ 96 005	+ 1,9	+ 2,2	+ 6,0	+ 65 358	+ 61 699

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

Familie und Beruf

4. Eheschließungen

Land	Eheschließungen			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 378	48 426	50 751	45,0	45,7	47,6	+ 4,9	+ 4,8
Bayern	58 812	59 623	62 327	47,1	47,5	49,3	+ 6,0	+ 4,5
Berlin	12 557	12 963	13 373	36,6	38,2	38,9	+ 6,5	+ 3,2
Brandenburg	12 066	12 245	12 812	48,0	50,0	52,3	+ 6,2	+ 4,6
Bremen	2 905	2 619	2 800	44,0	40,0	42,6	- 3,6	+ 6,9
Hamburg	7 231	6 746	6 142	40,7	38,7	35,1	- 15,1	- 9,0
Hessen	27 248	26 894	28 009	45,0	44,6	46,2	+ 2,8	+ 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 493	10 269	10 678	63,3	64,3	66,8	+ 1,8	+ 4,0
Niedersachsen	38 116	37 405	38 792	48,0	48,0	49,6	+ 1,8	+ 3,7
Nordrhein-Westfalen	81 861	79 895	82 322	45,7	45,5	46,8	+ 0,6	+ 3,0
Rheinland-Pfalz	19 867	19 223	19 627	49,4	48,2	49,1	- 1,2	+ 2,1
Saarland	4 874	4 502	4 702	47,5	45,4	47,5	- 3,5	+ 4,4
Sachsen	17 585	17 323	17 883	42,1	42,9	44,2	+ 1,7	+ 3,2
Sachsen-Anhalt	10 346	10 083	10 146	43,7	44,8	45,3	- 1,9	+ 0,6
Schleswig-Holstein	16 345	15 861	15 922	57,8	56,5	56,4	- 2,6	+ 0,4
Thüringen	9 755	9 578	9 666	43,2	44,3	44,8	- 0,9	+ 0,9
Deutschland	378 439	373 655	386 134	46,2	46,4	47,7	+ 2,0	+ 3,3
Westdeutschland	305 637	301 194	311 576	46,7	46,6	47,9	+ 1,9	+ 3,4
Ostdeutschland	72 802	72 461	74 558	44,4	45,6	46,8	+ 2,4	+ 2,9

5. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen			Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	21 542	20 933	20 328	20,0	19,8	19,0	- 5,6	- 2,9
Bayern	25 427	24 797	24 463	20,3	19,8	19,4	- 3,8	- 1,3
Berlin	7 395	6 628	6 405	21,5	19,5	18,6	- 13,4	- 3,4
Brandenburg	5 323	5 003	4 887	21,2	20,4	19,9	- 8,2	- 2,3
Bremen	1 590	1 404	1 382	24,1	21,4	21,0	- 13,1	- 1,6
Hamburg	3 970	3 199	3 265	22,3	18,4	18,7	- 17,8	+ 2,1
Hessen	14 896	13 180	13 149	24,6	21,9	21,7	- 11,7	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 221	2 903	3 054	19,4	18,2	19,1	- 5,2	+ 5,2
Niedersachsen	19 181	17 307	16 776	24,1	22,2	21,5	- 12,5	- 3,1
Nordrhein-Westfalen	45 978	40 450	39 489	25,7	23,1	22,4	- 14,1	- 2,4
Rheinland-Pfalz	10 609	9 377	9 022	26,4	23,5	22,6	- 15,0	- 3,8
Saarland	2 639	2 237	2 133	25,7	22,6	21,6	- 19,2	- 4,6
Sachsen	7 687	7 272	6 928	18,4	18,0	17,1	- 9,9	- 4,7
Sachsen-Anhalt	4 729	4 220	4 199	20,0	18,8	18,8	- 11,2	- 0,5
Schleswig-Holstein	7 286	6 683	6 686	25,7	23,8	23,7	- 8,2	+ 0,0
Thüringen	4 344	4 240	4 033	19,2	19,6	18,7	- 7,2	- 4,9
Deutschland	185 817	169 833	166 199	22,7	21,1	20,5	- 10,6	- 2,1
Westdeutschland	153 118	139 567	136 693	23,4	21,6	21,0	- 10,7	- 2,1
Ostdeutschland	32 699	30 266	29 506	19,9	19,0	18,5	- 9,8	- 2,5

6. Kindertagesbetreuung von unter Dreijährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014			2014/2009	2014/2013
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	44 022	67 948	76 295	15,8	24,9	27,8	9,8	3,1	+ 73,3	+ 12,3
Bayern	50 424	79 714	88 700	15,7	24,8	27,1	9,6	3,8	+ 75,9	+ 11,3
Berlin	38 235	43 890	46 984	41,5	43,7	46,0	30,8	5,9	+ 22,9	+ 7,0
Brandenburg	27 287	30 960	33 164	48,3	53,6	57,8	38,2	6,3	+ 21,5	+ 7,1
Bremen	2 234	3 776	4 447	13,7	23,2	26,9	15,4	3,4	+ 99,1	+ 17,8
Hamburg	10 846	19 337	21 939	22,2	38,4	43,0	21,8	5,1	+ 102,3	+ 13,5
Hessen	25 359	40 134	45 078	16,3	25,7	28,8	16,9	3,8	+ 77,8	+ 12,3
Mecklenburg-Vorpommern	19 037	21 251	21 562	49,5	54,5	56,1	40,6	6,0	+ 13,3	+ 1,5
Niedersachsen	23 328	46 134	52 830	11,9	24,4	27,9	10,4	4,1	+ 126,5	+ 14,5
Nordrhein-Westfalen	52 092	87 185	104 781	11,5	19,9	23,8	11,7	3,6	+ 101,1	+ 20,2
Rheinland-Pfalz	16 971	27 039	29 617	17,5	28,2	30,6	15,0	3,5	+ 74,5	+ 9,5
Saarland	3 264	5 181	5 646	15,1	24,6	27,0	19,4	3,6	+ 73,0	+ 9,0
Sachsen	40 402	49 527	52 297	40,1	47,2	49,9	41,0	6,5	+ 29,4	+ 5,6
Sachsen-Anhalt	28 529	29 577	29 677	55,1	57,7	58,3	47,0	6,4	+ 4,0	+ 0,3
Schleswig-Holstein	9 951	17 700	20 290	14,3	26,3	30,3	12,4	3,7	+ 103,9	+ 14,6
Thüringen	21 726	26 936	27 443	42,8	51,4	52,4	47,3	5,3	+ 26,3	+ 1,9
Deutschland	413 707	596 289	660 750	20,2	29,3	32,3	17,5	4,4	+ 59,7	+ 10,8
Westdeutschland	238 491	394 148	449 623	14,4	24,2	27,4	12,0	...	+ 88,5	+ 14,1
Ostdeutschland	175 216	202 141	211 127	45,9	49,8	52,0	39,6	...	+ 20,5	+ 4,4

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Ganztägige Kindertagesbetreuung von Drei- bis unter Sechsjährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	33 753	49 877	55 750	11,6	17,7	19,8	+ 65,2	+ 11,8
Bayern	71 729	95 213	103 506	21,5	29,2	31,6	+ 44,3	+ 8,7
Berlin	45 667	56 963	59 154	54,6	60,2	61,0	+ 29,5	+ 3,8
Brandenburg	30 163	36 799	37 738	52,6	60,9	61,4	+ 25,1	+ 2,6
Bremen	3 343	4 893	5 293	21,3	30,2	32,7	+ 58,3	+ 8,2
Hamburg	14 531	19 779	20 572	32,0	41,5	42,8	+ 41,6	+ 4,0
Hessen	52 284	69 998	74 205	32,5	44,3	46,8	+ 41,9	+ 6,0
Mecklenburg-Vorpommern	21 119	25 485	26 513	55,9	64,8	65,9	+ 25,5	+ 4,0
Niedersachsen	26 601	42 887	48 219	12,6	21,6	24,3	+ 81,3	+ 12,4
Nordrhein-Westfalen	144 498	180 416	188 561	30,7	39,8	41,6	+ 30,5	+ 4,5
Rheinland-Pfalz	28 975	45 683	47 088	28,4	46,6	48,0	+ 62,5	+ 3,1
Saarland	5 159	8 423	9 154	22,6	39,2	42,6	+ 77,4	+ 8,7
Sachsen	68 462	80 410	83 289	70,3	78,1	79,3	+ 21,7	+ 3,6
Sachsen-Anhalt	28 465	33 926	42 195	56,5	65,1	80,4	+ 48,2	+ 24,4
Schleswig-Holstein	10 831	17 453	18 645	14,6	24,4	26,1	+ 72,1	+ 6,8
Thüringen	43 414	45 584	47 864	86,1	88,1	91,1	+ 10,3	+ 5,0
Deutschland	628 994	813 789	867 746	29,9	39,3	41,7	+ 38,0	+ 6,6
Westdeutschland	391 704	534 622	570 993	22,7	32,0	34,1	+ 45,8	+ 6,8
Ostdeutschland	237 290	279 167	296 753	63,0	69,6	72,6	+ 25,1	+ 6,3

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge insgesamt		Anteil männlicher Elterngeldbeziehender		Durchschnittl. Elterngeldbezugsdauer bei Vätern für im Jahre 2013 geb. Kinder	Anteil der beendeten Leistungsbezüge, deren Bezieher vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren			
	für im Jahre 2010 geborene Kinder	für im Jahre 2013 geborene Kinder	für im Jahre 2010 geborene Kinder	für im Jahre 2013 geborene Kinder		2012		2015	
	2012	2015	2012	2015	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
	Anzahl		%		Monate	%			
Baden-Württemberg	110 697	123 140	21,5	27,0	2,8	89,1	62,1	91,0	67,9
Bayern	134 587	150 592	25,1	28,9	2,7	90,4	67,5	93,2	72,6
Berlin	41 063	44 648	24,8	28,1	3,9	79,0	57,2	86,8	66,2
Brandenburg	23 204	24 115	22,1	26,1	2,9	85,5	67,8	89,5	75,9
Bremen	6 116	6 744	16,8	21,1	4,2	79,4	50,7	86,8	56,3
Hamburg	20 913	23 438	22,4	27,0	3,3	87,4	64,6	91,6	70,7
Hessen	61 715	65 613	20,3	23,8	3,2	86,8	60,4	90,6	66,9
Mecklenburg-Vorpommern	15 733	15 376	19,4	21,2	3,3	82,6	64,4	88,4	74,1
Niedersachsen	73 982	79 011	18,9	23,0	3,2	82,5	59,3	88,0	66,0
Nordrhein-Westfalen	165 915	176 108	16,6	20,8	3,6	81,0	53,5	90,2	64,0
Rheinland-Pfalz	36 323	39 032	17,9	21,7	3,1	84,6	58,8	89,4	65,2
Saarland	7 670	7 973	14,3	17,5	3,3	82,8	56,3	87,4	63,5
Sachsen	45 084	48 164	24,9	29,5	2,9	87,9	68,7	91,7	76,3
Sachsen-Anhalt	19 223	20 449	17,1	20,8	3,3	84,9	61,0	89,9	70,0
Schleswig-Holstein	26 134	26 718	18,2	21,6	3,3	87,3	64,5	92,0	71,7
Thüringen	21 872	23 457	22,8	27,2	2,8	85,5	68,4	89,1	75,9
Deutschland	810 231	874 578	20,7	24,9	3,1	85,8	61,0	90,6	68,5
Westdeutschland	644 052	698 369	20,2	24,4	...	86,3	60,2	90,9	66,5
Ostdeutschland	166 179	176 209	22,8	26,6	...	84,2	64,4	89,3	70,9

9. Erwerbstätige in Teilzeitarbeit¹⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauen			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen ²⁾	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014		2014/2009	2014/2013
	1 000						%		
Baden-Württemberg	1 427	1 585	1 592	1 175	1 274	1 271	29,8	+ 11,6	+ 0,4
Bayern	1 615	1 772	1 792	1 335	1 450	1 468	27,9	+ 10,9	+ 1,1
Berlin	426	448	449	268	284	282	28,1	+ 5,4	+ 0,2
Brandenburg	245	262	261	184	199	196	22,5	+ 6,6	- 0,1
Bremen	90	98	96	66	71	70	32,5	+ 7,1	- 1,5
Hamburg	223	239	245	163	170	171	28,0	+ 9,7	+ 2,4
Hessen	803	867	857	631	681	661	29,8	+ 6,8	- 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	165	166	161	123	123	122	22,6	- 2,2	- 2,9
Niedersachsen	1 004	1 099	1 098	841	896	882	30,2	+ 9,3	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	2 180	2 321	2 326	1 774	1 846	1 849	29,3	+ 6,7	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	526	562	567	428	453	458	29,8	+ 7,9	+ 1,0
Saarland	120	130	126	99	106	99	28,7	+ 4,9	- 3,3
Sachsen	408	424	426	304	310	318	22,7	+ 4,5	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	220	226	225	170	176	175	22,2	+ 2,3	- 0,6
Schleswig-Holstein	386	390	401	301	308	313	30,8	+ 3,8	+ 2,8
Thüringen	211	229	220	166	174	167	21,4	+ 4,5	- 4,0
Deutschland	10 049	10 819	10 842	8 028	8 521	8 502	28,2	+ 7,9	+ 0,2
Westdeutschland	8 375	9 064	9 099	6 813	7 255	7 242	29,3	+ 8,6	+ 0,4
Ostdeutschland	1 674	1 755	1 742	1 215	1 266	1 260	23,6	+ 4,1	- 0,7

1) Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

2) Ohne Auszubildende.

Quelle: Mikrozensus. Daten bis 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

10. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Darunter Frauen		Alleinerziehende je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden		
	2009	2013	2014	2009	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013	
	1 000			%		Anzahl			%		
Baden-Württemberg	298	324	329	86,1	84,8	277	28	31	31	+ 10,6	+ 1,7
Bayern	383	397	397	85,2	84,3	334	31	32	31	+ 3,8	+ 0,0
Berlin	151	150	155	88,8	87,3	135	44	44	45	+ 2,3	+ 2,8
Brandenburg	105	98	101	86,9	87,8	87	42	40	41	- 3,8	+ 2,9
Bremen	27	27	28	85,7	90,0	24	41	42	42	+ 3,9	+ 2,3
Hamburg	64	69	70	89,6	87,1	62	36	40	40	+ 8,9	+ 1,0
Hessen	190	186	197	86,2	85,6	169	31	31	33	+ 3,9	+ 6,1
Mecklenburg-Vorpommern	60	57	61	90,2	87,2	54	36	36	38	+ 2,1	+ 7,0
Niedersachsen	245	240	238	86,6	85,4	199	31	31	30	- 2,9	- 0,7
Nordrhein-Westfalen	540	569	577	86,4	86,0	492	30	32	33	+ 6,9	+ 1,3
Rheinland-Pfalz	135	130	134	84,1	82,7	110	33	33	33	- 0,7	+ 2,9
Saarland	36	37	34	83,9	80,0	28	36	37	34	- 6,7	- 7,4
Sachsen	135	135	137	89,6	86,2	116	32	33	34	+ 1,5	+ 2,0
Sachsen-Anhalt	93	82	81	90,5	88,1	72	39	36	36	- 12,5	- 1,0
Schleswig-Holstein	89	92	90	86,1	86,9	77	32	33	32	+ 0,9	- 2,4
Thüringen	84	85	82	84,2	86,9	70	37	39	38	- 2,3	- 3,4
Deutschland	2 635	2 679	2 712	86,6	85,6	2 307	32	33	34	+ 2,9	+ 1,2
Westdeutschland	2 007	2 072	2 095	86,0	85,2	1 773	31	32	32	+ 4,4	+ 1,1
Ostdeutschland	628	607	617	88,4	87,2	534	38	38	39	- 1,7	+ 1,6

Quelle: Mikrozensus. Daten bis 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige¹⁾

Land	Erwerbstätige insgesamt			Frauenanteil	Selbstständigenquote		Veränderung insgesamt	
	2009	2013	2014		2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	5 332	5 513	5 577	46,3	10,2	9,9	+ 4,6	+ 1,2
Bayern	6 277	6 590	6 677	46,4	11,2	11,0	+ 6,4	+ 1,3
Berlin	1 555	1 605	1 644	48,2	16,7	16,6	+ 5,8	+ 2,5
Brandenburg	1 232	1 201	1 196	47,7	11,0	10,6	- 2,9	- 0,5
Bremen	284	299	307	47,5	10,2	10,5	+ 8,0	+ 2,6
Hamburg	880	886	907	47,7	13,7	13,2	+ 3,1	+ 2,4
Hessen	2 882	3 007	2 990	46,4	11,3	10,9	+ 3,8	- 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	777	743	738	47,8	8,5	9,1	- 5,1	- 0,7
Niedersachsen	3 637	3 779	3 794	46,3	9,8	9,6	+ 4,3	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	8 047	8 196	8 285	46,1	10,0	9,9	+ 3,0	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	1 900	1 966	1 986	46,2	10,0	9,9	+ 4,5	+ 1,0
Saarland	451	465	457	45,7	7,7	7,4	+ 1,3	- 1,8
Sachsen	1 926	1 908	1 931	47,0	11,1	10,8	+ 0,3	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	1 082	1 050	1 042	47,1	8,5	8,4	- 3,7	- 0,8
Schleswig-Holstein	1 323	1 339	1 355	47,0	11,6	11,4	+ 2,4	+ 1,2
Thüringen	1 077	1 071	1 056	46,9	9,7	9,8	- 2,0	- 1,4
Deutschland	38 662	39 618	39 942	46,6	10,7	10,5	+ 3,3	+ 0,8
Westdeutschland	31 013	32 040	32 335	46,4	10,5	10,3	+ 4,3	+ 0,9
Ostdeutschland	7 649	7 578	7 607	47,5	11,5	11,4	- 0,6	+ 0,4

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus bis 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

12. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbs- tätigenquote von Frauen	Veränderung der Erwerbs- tätigenquote von Männern
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2013	
	%						Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	67,9	71,6	72,0	78,7	80,9	81,0	+ 0,4	+ 0,1
Bayern	67,6	71,9	72,7	79,7	82,0	82,0	+ 0,8	+ 0,0
Berlin	62,9	65,9	66,8	66,8	71,1	71,0	+ 0,8	- 0,0
Brandenburg	69,4	72,8	72,5	74,0	76,4	76,3	- 0,3	- 0,1
Bremen	61,8	64,0	65,3	66,7	70,9	71,1	+ 1,3	+ 0,2
Hamburg	67,0	70,7	70,9	75,1	76,6	78,1	+ 0,2	+ 1,5
Hessen	65,2	68,9	68,1	76,4	78,3	77,6	- 0,7	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	67,1	68,1	69,3	71,2	72,5	72,6	+ 1,2	+ 0,1
Niedersachsen	63,3	68,4	68,7	75,1	77,8	77,9	+ 0,3	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	61,1	64,5	65,3	73,7	75,1	75,7	+ 0,8	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	65,0	68,2	68,9	76,7	78,8	78,7	+ 0,7	- 0,1
Saarland	59,5	63,9	63,8	71,9	75,8	75,2	- 0,1	- 0,6
Sachsen	67,4	71,7	72,1	72,6	76,4	76,8	+ 0,4	+ 0,3
Sachsen-Anhalt	67,1	70,0	70,7	71,0	75,3	74,1	+ 0,7	- 1,2
Schleswig-Holstein	65,1	68,4	69,9	75,8	77,5	77,6	+ 1,4	+ 0,1
Thüringen	68,5	72,3	72,6	73,4	77,9	77,3	+ 0,3	- 0,6
Deutschland	65,1	68,8	69,3	75,3	77,7	77,8	+ 0,5	+ 0,1
Westdeutschland	64,7	68,5	69,1	76,3	78,4	78,5	+ 0,5	+ 0,1
Ostdeutschland	66,8	70,0	70,5	71,3	74,9	74,7	+ 0,5	- 0,2

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus bis 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen	Veränderung insgesamt	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014		2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	3 873 890	4 173 813	4 266 000	1 721 127	1 877 096	1 921 852	45,1	+ 10,1	+ 2,2
Bayern	4 535 301	4 952 048	5 065 073	2 048 021	2 255 088	2 310 617	45,6	+ 11,7	+ 2,3
Berlin	1 109 360	1 228 276	1 269 147	571 388	630 240	648 778	51,1	+ 14,4	+ 3,3
Brandenburg	749 490	785 472	795 830	365 586	380 270	385 506	48,4	+ 6,2	+ 1,3
Bremen	284 864	301 317	306 414	123 320	131 644	134 582	43,9	+ 7,6	+ 1,7
Hamburg	808 367	873 665	892 508	371 939	406 029	415 585	46,6	+ 10,4	+ 2,2
Hessen	2 180 570	2 314 263	2 359 956	977 798	1 050 694	1 071 001	45,4	+ 8,2	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	533 947	543 429	549 479	274 973	280 209	283 542	51,6	+ 2,9	+ 1,1
Niedersachsen	2 439 265	2 666 978	2 722 274	1 094 124	1 204 263	1 234 424	45,3	+ 11,6	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	5 811 126	6 192 635	6 284 700	2 550 769	2 765 292	2 817 900	44,8	+ 8,1	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	1 212 369	1 299 299	1 321 470	552 408	599 018	610 911	46,2	+ 9,0	+ 1,7
Saarland	349 826	369 657	372 487	150 154	162 542	165 018	44,3	+ 6,5	+ 0,8
Sachsen	1 400 968	1 484 329	1 511 499	692 662	729 608	741 323	49,0	+ 7,9	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	753 873	769 214	773 556	375 479	381 692	383 933	49,6	+ 2,6	+ 0,6
Schleswig-Holstein	823 266	882 298	897 092	389 035	419 699	427 921	47,7	+ 9,0	+ 1,7
Thüringen	734 153	773 965	782 163	355 395	374 469	379 088	48,5	+ 6,5	+ 1,1
Deutschland²⁾	27 603 281	29 615 680	30 174 505	12 615 297	13 649 914	13 933 684	46,2	+ 9,3	+ 1,9
Westdeutschland	22 318 844	24 025 973	24 487 974	9 978 695	10 871 365	11 109 811	45,4	+ 9,7	+ 1,9
Ostdeutschland	5 281 791	5 584 685	5 681 674	2 635 483	2 776 488	2 822 170	49,7	+ 7,6	+ 1,7

1) Aufgrund einer umfangreichen Revision in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2014 weichen die Zahlen von denen in den früheren Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors* veröffentlichten Daten ab.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

14. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen	Veränderung insgesamt	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014		2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	724 434	723 794	730 153	495 775	479 411	478 337	65,5	+ 0,8	+ 0,9
Bayern	779 194	783 767	790 899	550 879	534 645	535 222	67,7	+ 1,5	+ 0,9
Berlin	150 388	153 901	152 662	83 486	84 310	83 987	55,0	+ 1,5	- 0,8
Brandenburg	102 211	102 155	99 816	57 107	57 295	55 335	55,4	- 2,3	- 2,3
Bremen	49 327	48 168	49 489	31 159	29 157	29 843	60,3	+ 0,3	+ 2,7
Hamburg	105 511	109 181	110 016	66 130	66 009	66 331	60,3	+ 4,3	+ 0,8
Hessen	382 942	384 577	391 099	257 724	249 220	250 812	64,1	+ 2,1	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	69 690	68 227	68 639	39 162	37 190	37 131	54,1	- 1,5	+ 0,6
Niedersachsen	534 685	527 408	530 204	367 439	350 663	348 877	65,8	- 0,8	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	1 288 921	1 282 925	1 281 198	873 418	841 491	831 240	64,9	- 0,6	- 0,1
Rheinland-Pfalz	263 134	266 840	269 483	182 085	177 331	177 492	65,9	+ 2,4	+ 1,0
Saarland	73 051	71 432	71 621	50 952	47 207	46 879	65,5	- 2,0	+ 0,3
Sachsen	188 170	180 302	177 770	111 160	104 416	102 161	57,5	- 5,5	- 1,4
Sachsen-Anhalt	93 018	88 272	88 115	56 098	52 314	51 702	58,7	- 5,3	- 0,2
Schleswig-Holstein	182 251	181 755	182 303	119 055	114 837	113 836	62,4	+ 0,0	+ 0,3
Thüringen	95 205	87 591	87 163	57 544	51 104	50 040	57,4	- 8,4	- 0,5
Deutschland²⁾	5 088 774	5 066 322	5 086 521	3 403 692	3 280 765	3 263 247	64,2	- 0,0	+ 0,4
Westdeutschland	4 383 450	4 379 847	4 406 465	2 994 616	2 889 971	2 878 869	65,3	+ 0,5	+ 0,6
Ostdeutschland	698 682	680 448	674 165	404 557	386 629	380 356	56,4	- 3,5	- 0,9

1) Aufgrund einer umfangreichen Revision in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2014 weichen die Zahlen von denen in den früheren Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors* veröffentlichten Daten ab.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

15. Erwerbstätige (am Wohnort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion¹⁾

Land	Erwerbstätige mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion insgesamt			Darunter Frauen	Anteil an allen Erwerbstätigen			Veränderung insgesamt	
	2009	2013	2014		2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl (1 000)				%				
Baden-Württemberg	1 015	1 096	1 114	456	19,0	19,9	20,0	+ 9,8	+ 1,7
Bayern	1 119	1 266	1 324	549	17,8	19,2	19,8	+ 18,3	+ 4,6
Berlin	483	513	547	266	31,1	32,0	33,2	+ 13,1	+ 6,5
Brandenburg	215	207	212	99	17,5	17,2	17,8	- 1,5	+ 2,8
Bremen	59	67	73	36	20,9	22,3	23,9	+ 23,5	+ 9,7
Hamburg	235	244	274	134	26,7	27,6	30,2	+ 16,5	+ 12,0
Hessen	600	663	681	288	20,8	22,1	22,8	+ 13,6	+ 2,7
Mecklenburg-Vorpommern	108	104	108	55	13,8	14,0	14,6	+ 0,3	+ 4,0
Niedersachsen	588	631	644	282	16,2	16,7	17,0	+ 9,4	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	1 455	1 515	1 576	695	18,1	18,5	19,0	+ 8,3	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	309	336	345	146	16,2	17,1	17,4	+ 11,7	+ 2,7
Saarland	66	72	70	26	14,6	15,5	15,3	+ 6,0	- 3,3
Sachsen	336	352	365	172	17,5	18,5	18,9	+ 8,8	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	146	154	156	80	13,5	14,7	15,0	+ 6,7	+ 1,6
Schleswig-Holstein	213	225	232	103	16,1	16,8	17,2	+ 9,0	+ 3,4
Thüringen	157	159	164	78	14,5	14,9	15,5	+ 4,5	+ 2,8
Deutschland	7 104	7 603	7 885	3 465	18,4	19,2	19,7	+ 11,0	+ 3,7
Westdeutschland	5 659	6 114	6 333	2 715	18,3	19,1	19,6	+ 11,9	+ 3,6
Ostdeutschland	1 445	1 489	1 552	751	18,9	19,6	20,4	+ 7,4	+ 4,3

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus bis 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

16. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (Jahresdurchschnitt)			Unterbeschäftigungsquote (Jahresdurchschnitt)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014		2014/2009	2014/2013
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	284 168	233 956	230 372	5,1	4,1	4,0	5,2	- 18,9	- 1,5
Bayern	319 197	264 532	264 603	4,8	3,8	3,8	5,0	- 17,1	+ 0,0
Berlin	236 669	210 093	202 927	14,0	11,7	11,1	14,8	- 14,3	- 3,4
Brandenburg	164 673	132 329	124 628	12,3	9,9	9,4	12,0	- 24,3	- 5,8
Bremen	38 156	37 198	37 091	11,8	11,1	10,9	14,0	- 2,8	- 0,3
Hamburg	78 448	71 560	73 663	8,6	7,4	7,6	10,0	- 6,1	+ 2,9
Hessen	210 015	185 612	184 378	6,8	5,8	5,7	7,4	- 12,2	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	117 961	98 952	93 067	13,5	11,7	11,2	14,5	- 21,1	- 5,9
Niedersachsen	307 226	269 207	267 624	7,7	6,6	6,5	8,2	- 12,9	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	800 404	762 784	763 213	8,9	8,3	8,2	10,3	- 4,6	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	127 231	116 360	115 741	6,1	5,5	5,4	7,0	- 9,0	- 0,5
Saarland	38 998	37 383	36 911	7,7	7,3	7,2	9,7	- 5,4	- 1,3
Sachsen	277 757	200 628	187 494	12,9	9,4	8,8	11,4	- 32,5	- 6,5
Sachsen-Anhalt	167 688	132 134	125 559	13,6	11,2	10,7	14,5	- 25,1	- 5,0
Schleswig-Holstein	110 373	101 751	100 957	7,8	6,9	6,8	8,5	- 8,5	- 0,8
Thüringen	136 029	95 858	90 160	11,4	8,2	7,8	10,2	- 33,7	- 5,9
Deutschland	3 414 992	2 950 338	2 898 388	8,1	6,9	6,7	8,6	- 13,6	- 1,8
Westdeutschland	2 314 215	2 080 342	2 074 553	6,9	6,0	5,9	7,6	- 10,1	- 0,3
Ostdeutschland	1 100 777	869 995	823 835	13,0	10,3	9,8	12,8	- 25,2	- 5,3

1) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

17. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)			Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen		
				insgesamt	männlich	weiblich			
	2009	2013	2014	2013	2014		2014/2009	2014/2013	
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	31 403	20 625	19 660	3,0	2,9	3,1	2,7	- 37,4	- 4,7
Bayern	37 061	26 029	25 906	3,2	3,2	3,4	2,9	- 30,1	- 0,5
Berlin	24 964	19 110	16 805	12,0	10,8	12,4	9,1	- 32,7	- 12,1
Brandenburg	18 530	10 755	8 666	9,7	8,7	9,2	8,0	- 53,2	- 19,4
Bremen	3 664	3 436	3 474	9,6	9,8	11,0	8,6	- 5,2	+ 1,1
Hamburg	7 534	5 469	5 656	5,8	6,0	6,9	5,1	- 24,9	+ 3,4
Hessen	23 198	18 252	17 543	5,5	5,4	5,9	4,8	- 24,4	- 3,9
Mecklenburg-Vorpommern	13 317	8 990	7 461	11,1	10,2	11,1	9,2	- 44,0	- 17,0
Niedersachsen	33 259	27 431	26 592	6,0	5,9	6,3	5,4	- 20,0	- 3,1
Nordrhein-Westfalen	84 939	74 093	71 475	7,4	7,2	7,9	6,4	- 15,9	- 3,5
Rheinland-Pfalz	16 769	12 751	12 138	5,1	4,9	5,2	4,5	- 27,6	- 4,8
Saarland	4 269	3 984	3 486	7,1	6,3	6,7	5,7	- 18,3	- 12,5
Sachsen	31 501	16 117	13 357	8,3	7,5	7,8	7,2	- 57,6	- 17,1
Sachsen-Anhalt	18 263	10 887	9 256	10,2	9,6	9,9	9,3	- 49,3	- 15,0
Schleswig-Holstein	13 026	11 166	10 632	6,8	6,5	7,4	5,6	- 18,4	- 4,8
Thüringen	14 244	7 184	6 192	7,0	6,6	6,6	6,6	- 56,5	- 13,8
Deutschland	375 940	276 278	258 301	6,0	5,7	6,2	5,1	- 31,3	- 6,5
Westdeutschland	255 120	203 235	196 564	5,2	5,1	5,6	4,6	- 23,0	- 3,3
Ostdeutschland	120 819	73 043	61 737	9,6	8,9	9,4	8,2	- 48,9	- 15,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Wirtschaft und Einkommen

18. Bruttoinlandsprodukt

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	354 593	420 819	438 267	62 088	70 784	72 805	+ 16,0	+ 2,4
Bayern	425 750	504 282	521 932	63 279	71 209	72 874	+ 14,9	+ 1,8
Berlin	99 003	112 336	117 271	59 229	63 331	64 956	+ 9,1	+ 2,2
Brandenburg	53 674	60 344	61 897	49 801	55 776	57 037	+ 5,2	+ 0,9
Bremen	25 264	29 419	30 236	62 507	70 630	71 839	+ 10,1	+ 0,7
Hamburg	91 274	99 468	103 145	81 289	84 309	86 430	+ 4,6	+ 1,6
Hessen	219 064	242 652	250 494	69 019	74 160	75 708	+ 7,1	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	34 320	37 312	38 477	45 444	51 127	52 595	+ 1,6	+ 1,6
Niedersachsen	209 955	246 639	253 623	56 411	63 459	64 526	+ 11,6	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	548 928	606 098	624 668	62 583	67 063	68 752	+ 6,2	+ 1,3
Rheinland-Pfalz	108 524	124 247	127 614	56 941	63 653	64 853	+ 9,9	+ 1,1
Saarland	28 624	32 570	33 548	55 610	62 759	64 473	+ 8,9	+ 1,3
Sachsen	91 200	104 717	108 653	46 418	52 108	53 745	+ 9,8	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	48 642	54 693	55 617	47 339	53 879	55 137	+ 4,9	+ 0,4
Schleswig-Holstein	72 346	81 291	84 021	55 496	60 949	62 593	+ 7,3	+ 1,7
Thüringen	45 500	52 593	54 328	43 844	50 249	51 845	+ 10,5	+ 1,6
Deutschland	2 456 660	2 809 480	2 903 790	60 077	66 448	68 081	+ 10,1	+ 1,6
Westdeutschland	2 084 321	2 387 485	2 467 547	62 484	68 954	70 599	+ 10,5	+ 1,6
Ostdeutschland	372 339	421 995	436 243	49 418	55 113	56 652	+ 7,6	+ 1,6

19. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2009	2013	2014	2014			2014/2009	2014/2013
Anzahl (1 000)			%					
Baden-Württemberg	5 711	5 945	6 020	1,2	31,2	67,6	+ 5,4	+ 1,3
Bayern	6 728	7 082	7 162	2,0	27,6	70,4	+ 6,5	+ 1,1
Berlin	1 672	1 774	1 805	0,0	12,2	87,8	+ 8,0	+ 1,8
Brandenburg	1 078	1 082	1 085	2,9	22,7	74,4	+ 0,7	+ 0,3
Bremen	404	417	421	0,1	19,2	80,7	+ 4,1	+ 1,0
Hamburg	1 123	1 180	1 193	0,2	12,9	86,9	+ 6,3	+ 1,2
Hessen	3 174	3 272	3 309	0,9	21,6	77,4	+ 4,2	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	755	730	732	3,2	19,0	77,8	- 3,1	+ 0,2
Niedersachsen	3 722	3 887	3 931	2,8	23,8	73,4	+ 5,6	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	8 771	9 038	9 086	0,9	23,0	76,1	+ 3,6	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	1 906	1 952	1 968	2,2	26,0	71,7	+ 3,2	+ 0,8
Saarland	515	519	520	0,5	27,6	71,9	+ 1,1	+ 0,3
Sachsen	1 965	2 010	2 022	1,4	26,9	71,6	+ 2,9	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	1 028	1 015	1 009	2,2	26,2	71,7	- 1,8	- 0,6
Schleswig-Holstein	1 304	1 334	1 342	2,8	19,5	77,7	+ 3,0	+ 0,6
Thüringen	1 038	1 047	1 048	2,1	30,0	67,9	+ 1,0	+ 0,1
Deutschland	40 892	42 281	42 652	1,5	24,6	73,9	+ 4,3	+ 0,9
Westdeutschland	33 357	34 624	34 952	1,5	25,0	73,5	+ 4,8	+ 0,9
Ostdeutschland	7 535	7 657	7 700	1,7	22,4	75,9	+ 2,2	+ 0,6

20. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2009	2013	2014	2009	2014			2014/2009	2014/2013
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	1 681	2 115	2 019	0,5	0,5	10,0	27 354	- 22,1	+ 6,9
Bayern	3 279	4 075	3 916	0,9	0,8	19,5	27 167	- 23,9	+ 6,6
Berlin	6	5	5	0,0	0,0	0,0	9 988	- 48,5	+ 6,5
Brandenburg	798	1 154	1 038	1,7	1,9	5,2	33 249	- 16,4	+ 2,9
Bremen	7	25	27	0,0	0,1	0,1	62 808	+ 178,4	+ 11,1
Hamburg	68	69	63	0,1	0,1	0,3	26 107	- 40,9	+ 6,6
Hessen	656	884	815	0,3	0,4	4,1	26 395	- 17,7	+ 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	806	1 225	1 083	2,6	3,1	5,4	45 666	- 8,6	+ 3,5
Niedersachsen	3 114	3 753	3 366	1,7	1,5	16,7	30 569	- 29,9	+ 4,0
Nordrhein-Westfalen	2 163	2 684	2 420	0,4	0,4	12,0	29 764	- 28,8	+ 4,2
Rheinland-Pfalz	1 208	1 649	1 511	1,2	1,3	7,5	34 394	- 22,0	+ 1,7
Saarland	50	64	58	0,2	0,2	0,3	23 638	- 23,9	- 0,6
Sachsen	660	921	897	0,8	0,9	4,5	30 754	- 11,7	+ 13,6
Sachsen-Anhalt	800	1 112	1 033	1,8	2,1	5,1	47 100	- 14,7	+ 10,6
Schleswig-Holstein	857	1 093	1 074	1,3	1,4	5,3	28 243	- 18,8	+ 12,5
Thüringen	545	828	772	1,3	1,6	3,8	35 085	- 7,6	+ 8,2
Deutschland	16 698	21 657	20 096	0,8	0,8	100	30 634	- 22,3	+ 5,8
Westdeutschland	13 082	16 412	15 268	0,7	0,7	76,0	28 946	- 25,1	+ 5,3
Ostdeutschland	3 616	5 245	4 828	1,1	1,2	24,0	37 562	- 12,2	+ 7,4

21. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2009	2013	2014	2009	2014			2014/2009	2014/2013
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	109 218	148 259	156 380	34,3	39,7	19,5	83 327	+ 36,6	+ 3,7
Bayern	116 402	155 656	161 035	30,5	34,3	20,1	81 559	+ 32,3	+ 1,7
Berlin	14 939	16 490	17 292	16,8	16,4	2,2	78 487	+ 8,1	+ 2,7
Brandenburg	12 065	14 948	15 253	25,1	27,4	1,9	61 838	+ 14,7	+ 0,2
Bremen	5 386	7 147	7 145	23,8	26,3	0,9	88 469	+ 25,0	- 1,5
Hamburg	12 040	14 982	15 574	14,7	16,8	1,9	101 091	+ 18,9	+ 2,1
Hessen	43 919	54 590	56 342	22,4	25,0	7,0	78 667	+ 23,0	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	5 884	7 236	7 747	19,1	22,4	1,0	55 856	+ 20,4	+ 4,7
Niedersachsen	53 480	71 388	73 970	28,4	32,4	9,2	79 204	+ 29,3	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	133 335	157 887	159 569	27,1	28,4	19,9	76 226	+ 12,9	- 0,5
Rheinland-Pfalz	31 117	37 876	38 693	32,0	33,7	4,8	75 557	+ 19,1	+ 0,7
Saarland	7 925	10 210	10 611	30,9	35,2	1,3	73 802	+ 23,9	+ 2,3
Sachsen	23 899	29 154	31 059	29,2	31,8	3,9	57 019	+ 20,7	+ 4,5
Sachsen-Anhalt	13 136	16 156	16 539	30,1	33,1	2,1	62 675	+ 16,6	+ 1,0
Schleswig-Holstein	14 632	17 913	18 708	22,5	24,8	2,3	71 627	+ 18,9	+ 2,4
Thüringen	12 422	15 766	16 246	30,4	33,2	2,0	51 711	+ 24,2	+ 1,1
Deutschland	609 800	775 658	802 163	27,7	30,7	100	76 579	+ 24,5	+ 1,7
Westdeutschland	527 454	675 909	698 027	28,2	31,5	87,0	79 806	+ 25,6	+ 1,6
Ostdeutschland	82 346	99 749	104 136	24,7	26,5	13,0	60 249	+ 17,4	+ 2,5

22. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2009	2013	2014	2009	2014			2014/2009	2014/2013
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	207 166	227 926	235 795	65,1	59,8	13,2	57 946	+ 5,7	+ 1,3
Bayern	262 211	293 599	304 493	68,7	64,9	17,0	60 373	+ 8,0	+ 1,6
Berlin	73 859	84 490	88 181	83,2	83,6	4,9	55 649	+ 9,5	+ 2,0
Brandenburg	35 282	38 144	39 381	73,3	70,7	2,2	48 780	+ 2,5	+ 1,0
Bremen	17 269	19 275	20 023	76,2	73,6	1,1	58 946	+ 5,5	+ 1,3
Hamburg	69 763	74 366	77 135	85,2	83,1	4,3	74 388	+ 2,3	+ 1,4
Hessen	151 922	162 660	168 146	77,3	74,6	9,4	65 641	+ 2,9	+ 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	24 094	25 081	25 777	78,3	74,5	1,4	45 291	- 2,8	+ 0,4
Niedersachsen	131 733	146 577	150 782	69,9	66,1	8,4	52 236	+ 5,7	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	356 882	384 287	399 861	72,5	71,2	22,3	57 857	+ 4,1	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	65 019	72 168	74 577	66,8	65,0	4,2	52 827	+ 6,3	+ 1,2
Saarland	17 700	19 006	19 505	68,9	64,6	1,1	52 136	+ 2,6	+ 0,6
Sachsen	57 246	64 062	65 771	70,0	67,3	3,7	45 429	+ 5,7	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	29 695	31 899	32 453	68,1	64,9	1,8	44 892	+ 0,3	- 0,5
Schleswig-Holstein	49 404	54 071	55 789	76,1	73,8	3,1	53 484	+ 4,5	+ 1,1
Thüringen	27 846	30 686	31 846	68,2	65,2	1,8	44 746	+ 4,8	+ 1,5
Deutschland	1 577 091	1 728 297	1 789 515	71,6	68,5	100	56 772	+ 5,1	+ 1,4
Westdeutschland	1 329 070	1 453 935	1 506 107	71,1	67,9	84,2	58 655	+ 5,2	+ 1,4
Ostdeutschland	248 021	274 362	283 408	74,3	72,2	15,8	48 500	+ 4,8	+ 1,0

23. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2009	2013	2014	2009	2014 ²⁾	2014/2009	2014/2013
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 850	2 017	1 796	65,7	40,2	- 37,0	- 11,0
Bayern	3 943	3 018	2 947	69,3	48,8	- 25,3	- 2,4
Berlin	1 499	1 278	1 305	113,8	91,1	- 12,9	+ 2,1
Brandenburg	754	584	544	85,9	59,6	- 27,9	- 6,8
Bremen	253	231	273	112,6	121,8	+ 7,9	+ 18,2
Hamburg	838	1 009	1 035	96,5	113,5	+ 23,5	+ 2,6
Hessen	1 953	1 660	1 492	79,4	60,2	- 23,6	- 10,1
Mecklenburg-Vorpommern	485	311	308	90,0	55,5	- 36,5	- 1,0
Niedersachsen	2 618	2 227	2 186	98,7	79,5	- 16,5	- 1,8
Nordrhein-Westfalen	10 895	8 799	7 823	166,6	116,6	- 28,2	- 11,1
Rheinland-Pfalz	1 382	1 085	971	89,4	62,6	- 29,7	- 10,5
Saarland	441	345	322	125,0	92,2	- 27,0	- 6,7
Sachsen	1 942	1 255	1 082	133,3	72,0	- 44,3	- 13,8
Sachsen-Anhalt	1 005	708	573	150,7	85,5	- 43,0	- 19,1
Schleswig-Holstein	1 203	1 026	987	111,7	87,5	- 18,0	- 3,8
Thüringen	626	442	441	83,1	58,0	- 29,6	- 0,2
Deutschland	32 687	25 995	24 085	104,2	74,3	- 26,3	- 7,3
Westdeutschland	26 376	21 417	19 832	102,5	74,5	- 24,8	- 7,4
Ostdeutschland	6 311	4 578	4 253	112,5	72,9	- 32,6	- 7,1

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2013.

24. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinstunternehmen	Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistungen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinstunternehmen	Veränderung des KMU-Anteils				
					2013				2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
					Anzahl	Mio. €			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	444 674	415 869	974 244	323 213	33,5	33,2	33,2	10,5	- 0,3	+ 0,0			
Bayern	601 768	568 018	968 665	380 122	39,4	39,4	39,2	13,6	- 0,2	- 0,1			
Berlin	142 958	136 810	193 823	70 645	39,0	39,2	36,4	14,6	- 2,6	- 2,8			
Brandenburg	91 129	86 723	77 152	47 524	59,0	62,4	61,6	24,0	+ 2,6	- 0,8			
Bremen	22 232	20 207	69 275	22 369	35,7	33,7	32,3	7,6	- 3,4	- 1,4			
Hamburg	90 652	84 280	422 306	70 157	18,1	16,0	16,6	4,9	- 1,5	+ 0,6			
Hessen	247 132	233 212	442 683	157 369	33,1	34,5	35,5	12,3	+ 2,4	+ 1,1			
Mecklenburg-Vorpommern	55 453	52 364	43 684	31 597	71,4	70,8	72,3	28,9	+ 0,9	+ 1,6			
Niedersachsen	273 748	255 828	521 947	197 163	38,2	38,5	37,8	12,6	- 0,5	- 0,7			
Nordrhein-Westfalen	667810	625 995	1 375 216	472 582	34,0	34,1	34,4	10,9	+ 0,4	+ 0,2			
Rheinland-Pfalz	154 633	146 444	212 027	92 768	45,1	43,1	43,8	16,1	- 1,3	+ 0,6			
Saarland	34 806	32 517	66 290	24 264	36,9	34,9	36,6	12,6	- 0,3	+ 1,7			
Sachsen	149 954	142 401	122 218	81 952	63,2	66,0	67,1	25,1	+ 3,8	+ 1,1			
Sachsen-Anhalt	66 847	63 081	65 115	39 420	60,7	61,8	60,5	22,4	- 0,1	- 1,3			
Schleswig-Holstein	112 419	106 037	153 994	72 339	49,5	47,1	47,0	16,0	- 2,6	- 0,1			
Thüringen	75 924	71 825	56 929	44 005	73,8	77,6	77,3	27,7	+ 3,4	- 0,3			
Deutschland	3 232 139	3 041 611	5 765 567	2 127 489	36,9	36,8	36,9	12,5	- 0,0	+ 0,1			
Westdeutschland	2 649 874	2 488 407	5 206 645	1 812 346	34,9	34,6	34,8	11,5	- 0,1	+ 0,2			
Ostdeutschland	582 265	553 204	558 922	315 143	56,8	57,9	56,4	21,5	- 0,4	- 1,5			

1) KMU = Unternehmen unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz; KMU-Anteil bzw. Anteil der Kleinstunternehmen: Jeweils Anteil der Lieferungen und Leistungen der KMU bzw. der Kleinstunternehmen an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen.

25. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2014	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2009	2013	2014	2009	2014		2014/2009	2014/2013
	Mio. €			%			€	%
Baden-Württemberg	233 791	313 640	328 262	17,0	18,6	265 805	+ 40,4	+ 4,7
Bayern ¹⁾	273 711	339 204	328 578	19,9	18,7	268 988	+ 20,0	- 3,1
Berlin	22 757	23 240	24 150	1,7	1,4	258 197	+ 6,1	+ 3,9
Brandenburg	20 198	25 532	26 031	1,5	1,5	261 799	+ 28,9	+ 2,0
Bremen	17 305	23 341	23 474	1,3	1,3	457 373	+ 35,6	+ 0,6
Hamburg	53 462	83 060	79 154	3,9	4,5	919 461	+ 48,1	- 4,7
Hessen	88 088	110 340	112 152	6,4	6,4	276 188	+ 27,3	+ 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	11 383	13 344	14 009	0,8	0,8	249 371	+ 23,1	+ 5,0
Niedersachsen	153 322	191 375	196 428	11,1	11,2	370 531	+ 28,1	+ 2,6
Nordrhein-Westfalen	280 184	339 998	337 698	20,3	19,2	276 859	+ 20,5	- 0,7
Rheinland-Pfalz	66 582	91 785	90 487	4,8	5,1	312 936	+ 35,9	- 1,4
Saarland	20 495	25 188	26 376	1,5	1,5	286 594	+ 28,7	+ 4,7
Sachsen	48 433	58 589	60 917	3,5	3,5	225 118	+ 25,8	+ 4,0
Sachsen-Anhalt	32 368	42 830	41 747	2,4	2,4	312 691	+ 29,0	- 2,5
Schleswig-Holstein	29 783	36 865	38 623	2,2	2,2	316 361	+ 29,7	+ 4,8
Thüringen	25 216	31 791	32 054	1,8	1,8	190 202	+ 27,1	+ 0,8
Deutschland	1 377 079	1 750 121	1 760 139	100	100	289 739	+ 27,8	+ 0,6
Westdeutschland	1 216 724	1 554 794	1 561 231	88,4	88,7	297 200	+ 28,3	+ 0,4
Ostdeutschland	160 355	195 326	198 908	11,6	11,3	242 046	+ 24,0	+ 1,8

1) Auf Grund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte in Bayern ab dem Jahr 2014 im Wirtschaftszweig WZ 2008-2910 und den darüber liegenden Aggregaten mit den vorhergehenden Zeiträumen nur eingeschränkt vergleichbar.

26. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2014	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2009	2013	2014	2009	2014		2014/2009	2014/2013
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	10 819	12 451	13 122	13,0	13,1	142 753	+ 21,3	+ 5,4
Bayern	15 879	19 601	20 424	19,1	20,3	143 909	+ 28,6	+ 4,2
Berlin	2 202	2 897	2 897	2,6	2,9	139 848	+ 31,5	+ 0,0
Brandenburg	3 311	3 747	3 974	4,0	4,0	117 063	+ 20,0	+ 6,1
Bremen	526	559	466	0,6	0,5	153 896	- 11,4	- 16,7
Hamburg	1 837	1 792	1 735	2,2	1,7	198 694	- 5,5	- 3,2
Hessen	5 363	6 708	6 755	6,4	6,7	131 669	+ 26,0	+ 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 515	1 613	1 929	1,8	1,9	120 898	+ 27,3	+ 19,6
Niedersachsen	8 752	10 765	11 190	10,5	11,1	135 204	+ 27,9	+ 4,0
Nordrhein-Westfalen	13 952	15 445	16 431	16,7	16,3	128 960	+ 17,8	+ 6,4
Rheinland-Pfalz	4 381	4 923	5 113	5,3	5,1	130 647	+ 16,7	+ 3,9
Saarland	1 049	1 085	1 033	1,3	1,0	115 209	- 1,5	- 4,8
Sachsen	5 453	6 173	6 233	6,5	6,2	108 996	+ 14,3	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	3 134	3 137	3 279	3,8	3,3	110 750	+ 4,6	+ 4,5
Schleswig-Holstein	2 231	2 740	2 909	2,7	2,9	127 256	+ 30,4	+ 6,2
Thüringen	2 913	2 967	3 058	3,5	3,0	114 749	+ 5,0	+ 3,1
Deutschland	83 317	96 603	100 547	100	100	131 935	+ 20,7	+ 4,1
Westdeutschland	64 788	76 069	79 177	77,8	78,7	136 976	+ 22,2	+ 4,1
Ostdeutschland	18 529	20 533	21 370	22,2	21,3	116 103	+ 15,3	+ 4,1

27. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen						Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt		
	Gästeübernachtungen insgesamt			darunter von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾			2014/2009	2014/2013
	2009	2013	2014		2009	2013	2014		
Anzahl (1 000)			%	Tage			%		
Baden-Württemberg	42 417	47 756	49 126	21,0	2,6	2,6	2,5	+ 15,8	+ 2,9
Bayern	75 195	84 159	85 222	19,4	2,9	2,7	2,6	+ 13,3	+ 1,3
Berlin	18 872	26 942	28 689	43,6	2,3	2,4	2,4	+ 52,0	+ 6,5
Brandenburg	10 252	11 520	11 936	7,6	2,8	2,7	2,7	+ 16,4	+ 3,6
Bremen	1 639	2 061	2 289	21,2	1,8	1,8	1,9	+ 39,6	+ 11,0
Hamburg	8 190	11 603	12 008	24,4	1,9	2,0	2,0	+ 46,6	+ 3,5
Hessen	26 928	30 321	31 180	21,5	2,4	2,3	2,3	+ 15,8	+ 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	28 421	28 157	28 723	3,5	4,1	4,0	4,0	+ 1,1	+ 2,0
Niedersachsen	37 591	39 901	40 424	8,8	3,2	3,1	3,1	+ 7,5	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	40 223	46 141	47 924	20,9	2,3	2,3	2,3	+ 19,1	+ 3,9
Rheinland-Pfalz	20 139	20 976	21 138	24,9	2,7	2,6	2,6	+ 5,0	+ 0,8
Saarland	2 119	2 572	2 898	15,7	3,0	2,9	3,0	+ 36,8	+ 12,7
Sachsen	16 265	18 285	18 899	9,8	2,7	2,6	2,6	+ 16,2	+ 3,4
Sachsen-Anhalt	6 743	7 131	7 433	7,0	2,5	2,5	2,5	+ 10,2	+ 4,2
Schleswig-Holstein	24 319	24 806	26 347	7,1	4,2	3,9	3,9	+ 8,3	+ 6,2
Thüringen	9 424	9 535	9 825	6,1	2,8	2,7	2,7	+ 4,3	+ 3,0
Deutschland	368 737	411 868	424 062	17,8	2,8	2,7	2,6	+ 15,0	+ 3,0
Westdeutschland	278 760	310 297	318 558	18,3	2,7	2,6	2,6	+ 14,3	+ 2,7
Ostdeutschland	89 977	101 571	105 504	16,5	2,9	2,8	2,8	+ 17,3	+ 3,9

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in ²⁾			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner/-in	
	2008	2012	2013	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	20 415	21 787	22 125	108,0	108,0	+ 8,4	+ 1,6
Bayern	20 819	22 426	22 586	111,2	110,3	+ 8,5	+ 0,7
Berlin	16 535	17 376	17 594	86,2	85,9	+ 6,4	+ 1,3
Brandenburg	16 192	17 430	17 889	86,4	87,4	+ 10,5	+ 2,6
Bremen	19 407	19 737	19 972	97,9	97,5	+ 2,9	+ 1,2
Hamburg	21 179	22 054	22 034	109,4	107,6	+ 4,0	- 0,1
Hessen	19 307	20 886	21 132	103,6	103,2	+ 9,5	+ 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	15 184	16 546	16 874	82,1	82,4	+ 11,1	+ 2,0
Niedersachsen	17 602	19 165	19 566	95,0	95,5	+ 11,2	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	18 857	20 263	20 571	100,5	100,5	+ 9,1	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	19 244	20 796	21 352	103,1	104,3	+ 11,0	+ 2,7
Saarland	17 335	18 945	19 337	93,9	94,4	+ 11,5	+ 2,1
Sachsen	15 942	17 273	17 630	85,7	86,1	+ 10,6	+ 2,1
Sachsen-Anhalt	15 158	16 726	17 103	82,9	83,5	+ 12,8	+ 2,3
Schleswig-Holstein	18 833	20 443	20 817	101,4	101,7	+ 10,5	+ 1,8
Thüringen	15 602	16 965	17 340	84,1	84,7	+ 11,1	+ 2,2
Deutschland	18 724	20 165	20 478	100	100	+ 9,4	+ 1,6
Westdeutschland	19 443	20 920	21 222	103,7	103,6	+ 9,1	+ 1,4
Ostdeutschland	15 866	17 127	17 473	84,9	85,3	+ 10,1	+ 2,0

1) Berechnungsstand November 2014.

2) Einwohnerinnen und Einwohner nach der Fortschreibung der Bevölkerungszahlen auf Basis der Volkszählung 1987 bzw. für die ostdeutschen Länder auf Basis des zentralen Einwohnermelderegisters der DDR 1990.

29. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ¹⁾			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ¹⁾		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ²⁾			Veränderung der Bruttojahresverdienste ¹⁾
	2009	2013	2014	2009	2014	2009	2013	2014	
	€			%					
Baden-Württemberg	43 597	49 434	50 090	75,6	75,0	27	27	26	+ 1,3
Bayern	43 451	48 174	49 417	78,5	78,6	25	25	24	+ 2,6
Berlin	40 671	43 304	44 350	83,6	86,8	15	11	10	+ 2,4
Brandenburg	33 623	35 740	36 631	97,5	94,1	7	7	9	+ 2,5
Bremen	43 362	47 078	47 747	78,2	77,5	24	25	25	+ 1,4
Hamburg	47 046	51 961	52 950	79,4	78,5	23	25	25	+ 1,9
Hessen	47 094	51 252	52 199	80,2	79,8	24	22	24	+ 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	31 130	33 294	33 870	93,1	94,2	3	4	5	+ 1,7
Niedersachsen	39 791	43 026	43 822	81,5	81,2	22	20	22	+ 1,9
Nordrhein-Westfalen	43 301	47 352	48 814	81,0	82,0	23	22	22	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	41 169	45 476	45 572	82,0	81,5	22	22	22	+ 0,2
Saarland	39 159	43 874	44 802	82,3	80,5	25	25	24	+ 2,1
Sachsen	32 066	34 612	35 272	95,2	91,2	9	10	11	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	31 544	34 094	34 962	100,4	93,5	3	7	8	+ 2,5
Schleswig-Holstein	38 416	41 661	42 315	81,1	83,7	18	17	16	+ 1,6
Thüringen	30 488	33 408	34 816	94,5	95,7	6	7	5	+ 4,2
Deutschland	41 468	45 523	46 575	80,7	80,7	23	22	22	+ 2,3
Westdeutschland ³⁾	43 036	47 410	48 425	79,7	79,9	24	23	23	+ 2,1
Ostdeutschland ⁴⁾	31 853	34 344	35 215	96,2	93,3	6	8	9	+ 2,5

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Quelle: Verdienststrukturerhebung 2006 und 2010; fortgeschätzt mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung. Bei der Berechnung der Veränderungsraten des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes für Mecklenburg-Vorpommern konnten für 2009 geringfügig Beschäftigte nicht einbezogen werden.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

30. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Bruttoausgaben	
	insgesamt			je tätige Person	2013/2008 ¹⁾	2013/2012
	2008 ¹⁾	2012	2013			
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	11 352	10 940	11 156	9 173	- 1,7	+ 2,0
Bayern	12 981	11 332	11 046	9 242	- 14,9	- 2,5
Berlin	852	838	798	8 732	- 6,3	- 4,7
Brandenburg	1 127	827	1 125	11 551	- 0,2	+ 36,0
Bremen	571	802	1 009	20 118	+ 76,7	+ 25,9
Hamburg	908	1 044	1 116	13 209	+ 22,9	+ 6,9
Hessen	3 536	3 227	3 449	8 724	- 2,5	+ 6,9
Mecklenburg-Vorpommern	698	396	347	6 285	- 50,3	- 12,4
Niedersachsen	5 102	5 493	5 362	10 311	+ 5,1	- 2,4
Nordrhein-Westfalen	11 480	9 574	9 521	7 863	- 17,1	- 0,6
Rheinland-Pfalz	2 610	2 753	3 017	10 501	+ 15,6	+ 9,6
Saarland	1 068	1 105	999	10 841	- 6,5	- 9,6
Sachsen	3 311	3 975	3 445	13 201	+ 4,0	- 13,3
Sachsen-Anhalt	1 987	1 533	1 346	10 400	- 32,3	- 12,2
Schleswig-Holstein	966	875	840	6 910	- 13,0	- 3,9
Thüringen	1 681	1 642	1 319	8 025	- 21,6	- 19,7
Deutschland	60 230	56 355	55 894	9 359	- 7,2	- 0,8
Westdeutschland	50 574	47 144	47 515	9 185	- 6,0	+ 0,8
Ostdeutschland	9 657	9 211	8 379	10 491	- 13,2	- 9,0

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

31. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	15 532	14 566	14 533	145	137	136	- 6,4	- 0,2
Bayern	12 641	14 840	15 533	101	118	123	+ 22,9	+ 4,7
Berlin	965	898	867	28	26	25	- 10,2	- 3,5
Brandenburg	354	322	327	14	13	13	- 7,6	+ 1,6
Bremen	156	160	144	24	24	22	- 7,7	- 10,0
Hamburg	947	742	807	53	43	46	- 14,8	+ 8,8
Hessen	2 486	2 164	2 042	41	36	34	- 17,9	- 5,6
Mecklenburg-Vorpommern	191	181	169	12	11	11	- 11,5	- 6,6
Niedersachsen	2 966	2 926	3 137	37	38	40	+ 5,8	+ 7,2
Nordrhein-Westfalen	7 408	7 073	7 116	41	40	40	- 3,9	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	1 263	1 036	1 031	32	26	26	- 18,4	- 0,5
Saarland	312	252	222	31	25	22	- 28,8	- 11,9
Sachsen	1 167	968	968	28	24	24	- 17,1	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	298	228	227	13	10	10	- 23,8	- 0,4
Schleswig-Holstein	569	465	462	20	17	16	- 18,8	- 0,6
Thüringen	604	536	559	27	25	26	- 7,5	+ 4,3
Deutschland	47 859	47 357	48 144	59	59	59	+ 0,6	+ 1,7
Westdeutschland	44 280	44 224	45 027	68	68	69	+ 1,7	+ 1,8
Ostdeutschland	3 579	3 133	3 117	22	20	20	- 12,9	- 0,5

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt.

Globalisierung

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2014	Veränderung der Ausfuhr	
	2009	2013	2014 ¹⁾		2014/2009	2014/2013
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	123 301	173 299	181 229	19,8	+ 47,0	+ 4,6
Bayern	122 307	166 390	168 893	18,5	+ 38,1	+ 1,5
Berlin	10 461	12 926	13 299	1,5	+ 27,1	+ 2,9
Brandenburg	10 737	12 933	13 231	1,4	+ 23,2	+ 2,3
Bremen	10 854	14 668	17 324	1,9	+ 59,6	+ 18,1
Hamburg	32 095	49 180	51 272	5,6	+ 59,7	+ 4,3
Hessen	42 997	56 946	58 571	6,4	+ 36,2	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	4 943	7 298	7 206	0,8	+ 45,8	- 1,3
Niedersachsen	56 956	77 409	77 732	8,5	+ 36,5	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	137 277	178 806	180 485	19,7	+ 31,5	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	34 616	46 507	48 092	5,3	+ 38,9	+ 3,4
Saarland	11 170	13 286	13 780	1,5	+ 23,4	+ 3,7
Sachsen	19 501	31 430	36 032	3,9	+ 84,8	+ 14,6
Sachsen-Anhalt	10 427	14 801	15 021	1,6	+ 44,1	+ 1,5
Schleswig-Holstein	14 814	18 970	19 646	2,1	+ 32,6	+ 3,6
Thüringen	8 887	12 114	13 038	1,4	+ 46,7	+ 7,6
Deutschland²⁾	803 312	1 093 115	1 133 541	100	+ 41,1	+ 3,7
Westdeutschland	586 388	795 459	817 026	89,3	+ 39,3	+ 2,7
Ostdeutschland	64 956	91 503	97 828	10,7	+ 50,6	+ 6,9

1) Vorläufige Werte.

2) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr			Anteil an der deutschen Einfuhr 2014	Veränderung der Einfuhren	
	2009	2013	2014 ¹⁾		2014/2009	2014/2013
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	107 008	140 873	150 496	16,8	+ 40,6	+ 6,8
Bayern	107 291	146 767	150 196	16,8	+ 40,0	+ 2,3
Berlin	8 333	9 730	9 821	1,1	+ 17,9	+ 0,9
Brandenburg	11 583	18 668	18 254	2,0	+ 57,6	- 2,2
Bremen	10 783	13 697	13 544	1,5	+ 25,6	- 1,1
Hamburg	54 121	68 904	70 755	7,9	+ 30,7	+ 2,7
Hessen	58 080	78 882	80 637	9,0	+ 38,8	+ 2,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 351	4 425	5 258	0,6	+ 56,9	+ 18,8
Niedersachsen	60 613	82 455	78 307	8,8	+ 29,2	- 5,0
Nordrhein-Westfalen	145 555	205 642	206 548	23,1	+ 41,9	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	21 706	31 184	32 008	3,6	+ 47,5	+ 2,6
Saarland	9 527	11 466	12 687	1,4	+ 33,2	+ 10,6
Sachsen	13 605	18 989	20 572	2,3	+ 51,2	+ 8,3
Sachsen-Anhalt	9 286	16 783	16 031	1,8	+ 72,6	- 4,5
Schleswig-Holstein	17 764	19 192	19 896	2,2	+ 12,0	+ 3,7
Thüringen	5 598	8 293	8 640	1,0	+ 54,4	+ 4,2
Deutschland²⁾	667 391	903 722	922 258	100	+ 38,2	+ 2,1
Westdeutschland	592 448	799 062	815 074	91,2	+ 37,6	+ 2,0
Ostdeutschland	51 757	76 888	78 577	8,8	+ 51,8	+ 2,2

1) Vorläufige Werte.

2) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

34. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand an Auslandsinvestitionen (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2008	2012	2013	2008	2013	2013/2008 ¹⁾	2013/2012
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	125 808	151 551	159 664	14,7	17,6	x	+ 5,4
Bayern	197 090	216 197	203 771	23,1	22,5	x	- 5,7
Berlin	10 392	- 629	-3 061	1,2	-0,3	x	+ 386,6
Brandenburg	370	1 641	2 718	0,0	0,3	x	+ 65,6
Bremen	782	1 134	1 217	0,1	0,1	x	+ 7,3
Hamburg	39 197	47 080	44 459	4,6	4,9	x	- 5,6
Hessen	113 215	161 019	157 514	13,2	17,4	x	- 2,2
Mecklenburg-Vorpommern	318	701	275	0,0	0,0	x	- 60,8
Niedersachsen	63 872	58 061	63 306	7,5	7,0	x	+ 9,0
Nordrhein-Westfalen	259 792	219 500	230 720	30,4	25,4	x	+ 5,1
Rheinland-Pfalz	33 430	29 260	35 410	3,9	3,9	x	+ 21,0
Saarland	3 734	2 835	2 379	0,4	0,3	x	- 16,1
Sachsen	641	1 203	1 285	0,1	0,1	x	+ 6,8
Sachsen-Anhalt	503	5 741	3 773	0,1	0,4	x	- 34,3
Schleswig-Holstein	5 004	4 580	3 421	0,6	0,4	x	- 25,3
Thüringen	769	838	798	0,1	0,1	x	- 4,8
Deutschland²⁾	854 915	900 710	907 649	100	100	x	+ 0,8
Westdeutschland	841 924	891 217	901 861	98,5	99,4	x	+ 1,2
Ostdeutschland	12 993	9 495	5 788	1,5	0,6	x	- 39,0

1) Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

2) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2008	2012	2013	2008	2013	2013/2008 ¹⁾	2013/2012
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	78 814	80 217	81 017	12,0	12,3	x	+ 1,0
Bayern	109 429	107 872	105 712	16,7	16,1	x	- 2,0
Berlin	25 211	28 439	25 367	3,8	3,9	x	- 10,8
Brandenburg	3 727	1 419	1 934	0,6	0,3	x	+ 36,3
Bremen	4 426	4 054	3 548	0,7	0,5	x	- 12,5
Hamburg	75 224	63 977	65 779	11,4	10,0	x	+ 2,8
Hessen	102 291	115 879	113 507	15,6	17,3	x	- 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 701	5 008	5 193	0,6	0,8	x	+ 3,7
Niedersachsen	24 648	19 980	22 928	3,8	3,5	x	+ 14,8
Nordrhein-Westfalen	193 327	189 042	196 636	29,4	29,9	x	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	14 034	11 911	12 027	2,1	1,8	x	+ 1,0
Saarland	1 509	1 668	1 761	0,2	0,3	x	+ 5,6
Sachsen	2 737	5 832	5 765	0,4	0,9	x	- 1,1
Sachsen-Anhalt	5 466	2 918	2 844	0,8	0,4	x	- 2,5
Schleswig-Holstein	10 731	11 508	11 847	1,6	1,8	x	+ 2,9
Thüringen	1 843	1 870	1 874	0,3	0,3	x	+ 0,2
Deutschland²⁾	657 117	651 593	657 737	100	100	x	+ 0,9
Westdeutschland	614 433	606 108	614 762	93,5	93,5	x	+ 1,4
Ostdeutschland	42 685	45 486	42 977	6,5	6,5	x	- 5,5

1) Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

2) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

36. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung des Auslandsumsatzes	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	109 960	165 064	178 172	47,0	52,6	54,3	+ 62,0	+ 7,9
Bayern	133 529	177 094	168 155	48,8	52,2	51,2	+ 25,9	- 5,0
Berlin	10 208	12 359	12 949	44,9	53,2	53,6	+ 26,9	+ 4,8
Brandenburg	4 600	7 215	7 296	22,8	28,3	28,0	+ 58,6	+ 1,1
Bremen	8 373	12 857	13 190	48,4	55,1	56,2	+ 57,5	+ 2,6
Hamburg	15 049	19 797	20 348	28,1	23,8	25,7	+ 35,2	+ 2,8
Hessen	41 517	56 138	57 023	47,1	50,9	50,8	+ 37,3	+ 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 934	3 852	4 321	25,8	28,9	30,8	+ 47,3	+ 12,2
Niedersachsen	59 577	84 918	88 408	38,9	44,4	45,0	+ 48,4	+ 4,1
Nordrhein-Westfalen	112 939	144 980	145 613	40,3	42,6	43,1	+ 28,9	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	31 018	48 169	48 020	46,6	52,5	53,1	+ 54,8	- 0,3
Saarland	9 684	11 693	12 283	47,3	46,4	46,6	+ 26,8	+ 5,0
Sachsen	16 013	20 743	22 842	33,1	35,4	37,5	+ 42,6	+ 10,1
Sachsen-Anhalt	8 539	11 561	11 517	26,4	27,0	27,6	+ 34,9	- 0,4
Schleswig-Holstein	12 433	14 765	15 678	41,7	40,1	40,6	+ 26,1	+ 6,2
Thüringen	7 112	9 555	9 816	28,2	30,1	30,6	+ 38,0	+ 2,7
Deutschland	583 484	800 762	815 630	42,4	45,8	45,5	+ 39,8	+ 1,9
Westdeutschland	534 079	735 477	746 889	43,9	47,3	47,8	+ 39,8	+ 1,6
Ostdeutschland	49 406	65 285	68 741	30,8	33,4	34,6	+ 39,1	+ 5,3

37. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets¹⁾

Land	Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets						Zu- oder Abnahme des Wanderungssaldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner/-innen			2014/2011	2014/2013
	2011 ²⁾	2013	2014 ³⁾	2011	2013	2014 ³⁾		
Anzahl								
Baden-Württemberg	+ 40 404	+ 71 487	+ 90 004	+ 3,9	+ 6,7	+ 8,4	+ 49 600	+ 18 517
Bayern	+ 60 702	+ 83 562	+ 86 030	+ 4,9	+ 6,7	+ 6,8	+ 25 328	+ 2 468
Berlin	+ 24 080	+ 33 824	+ 34 441	+ 7,3	+ 10,0	+ 10,0	+ 10 361	+ 617
Brandenburg	+ 3 443	+ 6 361	+ 9 093	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,7	+ 5 650	+ 2 732
Bremen	+ 3 272	+ 5 177	+ 6 980	+ 5,0	+ 7,9	+ 10,6	+ 3 708	+ 1 803
Hamburg	+ 8 374	+ 18 410	+ 14 040	+ 4,9	+ 10,6	+ 8,0	+ 5 666	- 4 370
Hessen	+ 29 496	+ 40 140	+ 55 800	+ 4,9	+ 6,7	+ 9,2	+ 26 304	+ 15 660
Mecklenburg-Vorpommern	+ 2 656	+ 5 292	+ 8 148	+ 1,7	+ 3,3	+ 5,1	+ 5 492	+ 2 856
Niedersachsen	+ 23 670	+ 34 935	+ 54 043	+ 3,0	+ 4,5	+ 6,9	+ 30 373	+ 19 108
Nordrhein-Westfalen	+ 52 575	+ 81 264	+ 107 840	+ 3,0	+ 4,6	+ 6,1	+ 55 265	+ 26 576
Rheinland-Pfalz	+ 11 779	+ 20 092	+ 27 445	+ 3,0	+ 5,0	+ 6,9	+ 15 666	+ 7 353
Saarland	+ 3 040	+ 4 324	+ 4 923	+ 3,0	+ 4,4	+ 5,0	+ 1 883	+ 599
Sachsen	+ 5 241	+ 9 831	+ 17 153	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,2	+ 11 912	+ 7 322
Sachsen-Anhalt	+ 1 385	+ 5 641	+ 9 592	+ 0,6	+ 2,5	+ 4,3	+ 8 207	+ 3 951
Schleswig-Holstein	+ 6 486	+ 10 933	+ 14 574	+ 2,3	+ 3,9	+ 5,2	+ 8 088	+ 3 641
Thüringen	+ 2 727	+ 6 030	+ 10 377	+ 1,2	+ 2,8	+ 4,8	+ 7 650	+ 4 347
Deutschland	+ 279 330	+ 437 303	+ 550 483	+ 3,5	+ 5,4	+ 6,8	+ 271 153	+ 113 180
Westdeutschland	+ 239 798	+ 382 399	+ 461 679	+ 3,7	+ 5,9	+ 7,1	+ 221 881	+ 79 280
Ostdeutschland	+ 39 532	+ 66 979	+ 88 804	+ 2,5	+ 4,2	+ 5,6	+ 49 272	+ 21 825

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

2) Statt 2009 werden hier für den mittelfristigen Vergleich die Daten für 2011 herangezogen, da die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden 2009 und 2010 zahlreiche Melderegisterbereinigungen beinhalten, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse für 2009 und 2010 sind daher nur eingeschränkt aussagefähig.

3) Vorläufige Ergebnisse.

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾			Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmequote 2014 ³⁾
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	49 563	60 635	62 271	4 611	5 721	5 835	+ 25,6	+ 2,7	71,9
Bayern	61 866	73 635	77 686	4 942	5 868	6 148	+ 25,6	+ 5,5	71,5
Berlin	20 709	24 530	25 744	6 012	7 227	7 482	+ 24,3	+ 4,9	51,1
Brandenburg	12 438	14 899	14 855	4 960	6 087	6 061	+ 19,4	- 0,3	53,3
Bremen	3 498	4 780	5 321	5 304	7 302	8 087	+ 52,1	+ 11,3	48,3
Hamburg	10 434	13 791	15 222	5 865	7 913	8 704	+ 45,9	+ 10,4	65,1
Hessen	30 064	36 127	38 378	4 958	5 996	6 328	+ 27,7	+ 6,2	69,5
Mecklenburg-Vorpommern	8 363	9 483	9 714	5 079	5 938	6 081	+ 16,2	+ 2,4	53,6
Niedersachsen	33 596	40 163	41 065	4 235	5 156	5 256	+ 22,2	+ 2,2	68,1
Nordrhein-Westfalen	86 450	99 104	102 378	4 843	5 648	5 820	+ 18,4	+ 3,3	64,5
Rheinland-Pfalz	17 236	20 645	21 321	4 301	5 176	5 329	+ 23,7	+ 3,3	67,1
Saarland	4 332	4 935	5 085	4 248	4 975	5 139	+ 17,4	+ 3,1	68,1
Sachsen	21 366	23 377	25 059	5 144	5 784	6 194	+ 17,3	+ 7,2	52,3
Sachsen-Anhalt	11 810	12 930	13 348	5 037	5 749	5 965	+ 13,0	+ 3,2	53,5
Schleswig-Holstein	11 657	14 706	14 637	4 117	5 237	5 189	+ 25,6	- 0,5	66,8
Thüringen	10 708	11 923	12 057	4 778	5 511	5 591	+ 12,6	+ 1,1	57,3
Deutschland⁴⁾	386 916	457 835	475 759	4 733	5 681	5 879	+ 23,0	+ 3,9	66,1
Westdeutschland	308 696	368 520	383 364	4 719	5 696	5 898	+ 24,2	+ 4,0	68,1
Ostdeutschland	85 394	97 142	100 777	5 227	6 112	6 326	+ 18,0	+ 3,7	53,0

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet; die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

4) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmen/BIP 2014
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	34 872	42 792	44 748	3 244	4 038	4 193	+ 28,3	+ 4,6	10,2
Bayern	43 287	52 730	55 576	3 458	4 202	4 398	+ 28,4	+ 5,4	10,6
Berlin	10 501	11 951	13 150	3 049	3 521	3 821	+ 25,2	+ 10,0	11,2
Brandenburg	6 510	7 874	7 916	2 596	3 217	3 230	+ 21,6	+ 0,5	12,8
Bremen	2 014	2 412	2 570	3 054	3 685	3 905	+ 27,6	+ 6,5	8,5
Hamburg	8 202	9 086	9 904	4 610	5 214	5 663	+ 20,7	+ 9,0	9,6
Hessen	21 381	24 932	26 685	3 526	4 138	4 400	+ 24,8	+ 7,0	10,7
Mecklenburg-Vorpommern	4 067	4 856	5 206	2 470	3 041	3 259	+ 28,0	+ 7,2	13,5
Niedersachsen	22 836	27 462	27 963	2 879	3 526	3 579	+ 22,5	+ 1,8	11,0
Nordrhein-Westfalen	54 929	64 106	66 024	3 077	3 654	3 753	+ 20,2	+ 3,0	10,6
Rheinland-Pfalz	11 444	13 891	14 308	2 856	3 483	3 576	+ 25,0	+ 3,0	11,2
Saarland	2 789	3 269	3 463	2 735	3 296	3 500	+ 24,2	+ 6,0	10,3
Sachsen	10 764	12 736	13 109	2 591	3 151	3 240	+ 21,8	+ 2,9	12,1
Sachsen-Anhalt	5 900	7 004	7 140	2 516	3 114	3 190	+ 21,0	+ 1,9	12,8
Schleswig-Holstein	7 930	9 900	9 773	2 801	3 525	3 465	+ 23,2	- 1,3	11,6
Thüringen	5 605	6 732	6 903	2 501	3 111	3 201	+ 23,2	+ 2,5	12,7
Deutschland²⁾	253 030	301 733	314 436	3 095	3 744	3 886	+ 24,3	+ 4,2	10,8
Westdeutschland	209 684	250 580	261 013	3 206	3 873	4 016	+ 24,5	+ 4,2	10,6
Ostdeutschland	43 347	51 152	53 423	2 653	3 219	3 354	+ 23,2	+ 4,4	12,2

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾			Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Bereinigte Ausgaben/BIP 2014
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	50 987	61 151	62 482	4 743	5 770	5 855	+ 22,5	+ 2,2	14,3
Bayern	63 520	70 102	74 227	5 074	5 586	5 874	+ 16,9	+ 5,9	14,2
Berlin	21 916	23 749	24 766	6 363	6 997	7 197	+ 13,0	+ 4,3	21,1
Brandenburg	13 006	13 935	14 282	5 187	5 694	5 827	+ 9,8	+ 2,5	23,1
Bremen	4 754	5 312	5 780	7 208	8 115	8 784	+ 21,6	+ 8,8	19,1
Hamburg	11 284	15 137	15 169	6 342	8 686	8 673	+ 34,4	+ 0,2	14,7
Hessen	34 598	37 950	39 537	5 706	6 299	6 519	+ 14,3	+ 4,2	15,8
Mecklenburg-Vorpommern	8 492	9 055	9 306	5 157	5 671	5 826	+ 9,6	+ 2,8	24,2
Niedersachsen	35 993	39 774	41 094	4 538	5 106	5 260	+ 14,2	+ 3,3	16,2
Nordrhein-Westfalen	96 357	101 433	105 402	5 398	5 781	5 992	+ 9,4	+ 3,9	16,9
Rheinland-Pfalz	19 798	21 527	22 284	4 941	5 397	5 570	+ 12,6	+ 3,5	17,5
Saarland	5 863	5 713	5 830	5 749	5 760	5 892	- 0,6	+ 2,0	17,4
Sachsen	21 488	22 220	23 803	5 173	5 498	5 884	+ 10,8	+ 7,1	21,9
Sachsen-Anhalt	12 470	12 557	13 210	5 318	5 584	5 903	+ 5,9	+ 5,2	23,8
Schleswig-Holstein	13 296	14 717	14 923	4 696	5 241	5 291	+ 12,2	+ 1,4	17,8
Thüringen	11 325	11 420	11 636	5 053	5 278	5 395	+ 2,7	+ 1,9	21,4
Deutschland³⁾	417 762	457 424	475 134	5 110	5 676	5 871	+ 13,7	+ 3,9	16,4
Westdeutschland	336 450	372 816	386 728	5 144	5 763	5 950	+ 14,9	+ 3,7	15,7
Ostdeutschland	88 697	92 936	97 003	5 429	5 848	6 090	+ 9,4	+ 4,4	22,2

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Personal- ausgabenquote 2014 ²⁾
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	21 202	24 504	25 536	1 972	2 312	2 393	+ 20,4	+ 4,2	40,9
Bayern	24 198	27 475	29 055	1 933	2 189	2 299	+ 20,1	+ 5,8	39,1
Berlin	7 243	8 474	8 856	2 103	2 497	2 574	+ 22,3	+ 4,5	35,8
Brandenburg	3 940	4 933	5 127	1 571	2 015	2 092	+ 30,1	+ 3,9	35,9
Bremen	1 590	1 973	1 951	2 411	3 014	2 965	+ 22,7	- 1,1	33,8
Hamburg	3 879	5 099	5 243	2 180	2 926	2 998	+ 35,2	+ 2,8	34,6
Hessen	12 669	14 721	15 441	2 089	2 443	2 546	+ 21,9	+ 4,9	39,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 611	3 173	3 278	1 586	1 987	2 052	+ 25,5	+ 3,3	35,2
Niedersachsen	14 863	17 123	17 859	1 874	2 198	2 286	+ 20,2	+ 4,3	43,5
Nordrhein-Westfalen	34 382	39 089	40 744	1 926	2 228	2 316	+ 18,5	+ 4,2	38,7
Rheinland-Pfalz	7 844	8 948	9 313	1 958	2 243	2 328	+ 18,7	+ 4,1	41,8
Saarland	2 136	2 373	2 453	2 094	2 393	2 479	+ 14,8	+ 3,4	42,1
Sachsen	6 805	8 220	8 881	1 638	2 034	2 195	+ 30,5	+ 8,0	37,3
Sachsen-Anhalt	3 945	4 547	4 823	1 683	2 022	2 155	+ 22,3	+ 6,1	36,5
Schleswig-Holstein	5 028	5 658	5 959	1 776	2 015	2 112	+ 18,5	+ 5,3	39,9
Thüringen	3 970	4 354	4 524	1 771	2 012	2 098	+ 13,9	+ 3,9	38,9
Deutschland³⁾	156 349	180 967	189 489	1 913	2 246	2 342	+ 21,2	+ 4,7	39,9
Westdeutschland	127 791	146 963	153 553	1 954	2 272	2 363	+ 20,2	+ 4,5	39,7
Ostdeutschland	28 514	33 700	35 489	1 745	2 120	2 228	+ 24,5	+ 5,3	36,6

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer-Quote 2014 ²⁾
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 566	3 179	2 530	239	300	237	- 1,4	- 20,4	5,7
Bayern	1 577	1 470	1 346	126	117	107	- 14,6	- 8,4	2,4
Berlin	2 202	1 917	1 757	639	565	510	- 20,2	- 8,3	13,4
Brandenburg	700	589	547	279	241	223	- 21,9	- 7,2	6,9
Bremen	658	644	611	998	983	929	- 7,1	- 5,1	23,8
Hamburg	873	873	940	491	501	538	+ 7,7	+ 7,7	9,5
Hessen	1 816	1 801	1 740	299	299	287	- 4,2	- 3,4	6,5
Mecklenburg-Vorpommern	452	418	381	275	262	239	- 15,7	- 8,9	7,3
Niedersachsen	2 273	2 042	1 895	287	262	242	- 16,6	- 7,2	6,8
Nordrhein-Westfalen	7 094	6 079	5 580	397	346	317	- 21,3	- 8,2	8,5
Rheinland-Pfalz	1 441	1 363	1 312	360	342	328	- 9,0	- 3,7	9,2
Saarland	575	573	558	564	577	564	- 3,0	- 2,6	16,1
Sachsen	496	424	371	119	105	92	- 25,3	- 12,6	2,8
Sachsen-Anhalt	911	726	675	389	323	301	- 25,9	- 7,0	9,4
Schleswig-Holstein	1 082	998	904	382	355	320	- 16,5	- 9,4	9,2
Thüringen	744	668	655	332	309	304	- 11,9	- 1,9	9,5
Deutschland³⁾	25 546	23 879	21 987	312	296	272	- 13,9	- 7,9	7,0
Westdeutschland	19 955	19 021	17 414	305	294	268	- 12,7	- 8,4	6,7
Ostdeutschland	5 505	4 742	4 385	337	298	275	- 20,4	- 7,5	8,2

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

43. Finanzierungssaldo¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte²⁾ –

Land	Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Finanzierungssaldo/BIP 2014
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	- 1 424	- 515	- 187	- 132	- 47	- 18	+ 1 237	+ 328	- 0,0
Bayern	- 1 654	+ 3 533	+ 3 458	- 132	+ 281	+ 274	+ 5 112	- 75	+ 0,7
Berlin	- 1 207	+ 781	+ 982	- 350	+ 230	+ 285	+ 2 189	+ 201	+ 0,8
Brandenburg	- 568	+ 964	+ 576	- 227	+ 394	+ 235	+ 1 144	- 388	+ 0,9
Bremen	- 1 256	- 532	- 459	- 1 904	- 812	- 698	+ 797	+ 73	- 1,5
Hamburg	- 850	- 1 346	+ 71	- 478	- 764	+ 41	+ 921	+ 1 417	+ 0,1
Hessen	- 4 534	- 1 823	- 1 164	- 748	- 303	- 192	+ 3 370	+ 658	- 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	- 129	+ 427	+ 408	- 78	+ 268	+ 255	+ 537	- 20	+ 1,1
Niedersachsen	- 2 397	+ 388	- 29	- 302	+ 50	- 4	+ 2 368	- 417	- 0,0
Nordrhein-Westfalen	- 9 907	- 2 329	- 3 024	- 555	- 133	- 172	+ 6 883	- 695	- 0,5
Rheinland-Pfalz	- 2 562	- 882	- 962	- 639	- 221	- 241	+ 1 600	- 80	- 0,8
Saarland	- 1 531	- 779	- 745	- 1 501	- 785	- 753	+ 786	+ 34	- 2,2
Sachsen	- 122	+ 1 157	+ 1 266	- 29	+ 287	+ 313	+ 1 388	+ 109	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	- 660	+ 373	+ 138	- 281	+ 166	+ 62	+ 798	- 235	+ 0,2
Schleswig-Holstein	- 1 639	- 11	- 287	- 579	- 4	- 102	+ 1 352	- 276	- 0,3
Thüringen	- 617	+ 503	+ 421	- 275	+ 233	+ 195	+ 1 038	- 83	+ 0,8
Deutschland³⁾	- 30 846	+ 411	+ 677	- 377	+ 6	+ 8	+ 31 523	+ 266	+ 0,0
Westdeutschland	- 27 754	- 4 296	- 3 328	- 424	- 66	- 51	+ 24 426	+ 968	- 0,1
Ostdeutschland	- 3 303	+ 4 205	+ 3 791	- 207	+ 265	+ 238	+ 7 094	- 415	+ 0,9

1) Differenz aus bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben.

2) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

44. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte²⁾ –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Kreditfinanzierungsquote 2014 ³⁾
	2010	2013	2014	2010	2013	2014	2014/2010	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	64 976	70 597	64 650	6 376	6 662	6 058	- 0,5	- 8,4	- 10,7
Bayern	43 197	40 152	38 236	3 391	3 200	3 026	- 11,5	- 4,8	- 1,8
Berlin	60 243	60 413	59 692	17 822	17 799	17 347	- 0,9	- 1,2	- 2,6
Brandenburg	22 036	20 868	20 302	8 718	8 526	8 283	- 7,9	- 2,7	- 4,7
Bremen	18 053	20 040	20 594	28 637	30 615	31 299	+ 14,1	+ 2,8	- 2,0
Hamburg	25 120	25 083	28 242	13 990	14 393	16 148	+ 12,4	+ 12,6	- 0,3
Hessen	51 811	58 342	62 889	9 172	9 683	10 370	+ 21,4	+ 7,8	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	12 227	11 815	11 724	7 343	7 399	7 340	- 4,1	- 0,8	- 2,3
Niedersachsen	67 009	68 879	69 667	8 753	8 843	8 917	+ 4,0	+ 1,1	2,2
Nordrhein-Westfalen	219 258	239 833	238 500	12 765	13 669	13 558	+ 8,8	- 0,6	- 2,4
Rheinland-Pfalz	41 334	44 765	45 245	10 796	11 223	11 309	+ 9,5	+ 1,1	0,5
Saarland	14 539	16 721	17 461	14 873	16 859	17 647	+ 20,1	+ 4,4	6,9
Sachsen	10 103	8 431	7 467	2 188	2 086	1 846	- 26,1	- 11,4	- 4,0
Sachsen-Anhalt	24 244	23 328	23 441	10 279	10 373	10 475	- 3,3	+ 0,5	- 0,2
Schleswig-Holstein	30 699	31 680	32 078	11 165	11 281	11 372	+ 4,5	+ 1,3	1,7
Thüringen	18 827	19 082	18 724	8 385	8 819	8 682	- 0,5	- 1,9	- 3,5
Deutschland⁴⁾	723 679	760 030	758 913	9 114	9 431	9 378	+ 4,9	- 0,1	- 2,2
Westdeutschland	575 998	616 093	617 562	9 138	9 523	9 502	+ 7,2	+ 0,2	- 1,9
Ostdeutschland	147 681	143 938	141 351	9 017	9 057	8 874	- 4,3	- 1,8	- 3,0

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite.

2) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

3) Kreditfinanzierungsquote = (Schuldenaufnahme abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt) / bereinigte Gesamtausgaben.

4) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

45. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ber. Einnahmen 2014
	2009	2013	2014 ¹⁾	2009	2013	2014 ¹⁾	2014/2009	2014/2013	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	-1 488	-2 415	-2 356	- 138	- 228	- 221	- 868	+ 59	- 3,8
Bayern	-3 354	-4 307	-4 852	- 268	- 343	- 384	- 1 498	- 545	- 6,2
Berlin	5 632	5 669	5 738	1 641	1 670	1 668	+ 106	+ 69	22,3
Brandenburg	2 315	1 867	1 762	920	763	719	- 553	- 105	11,9
Bremen	636	837	859	964	1 279	1 305	+ 223	+ 22	16,1
Hamburg	- 45	131	- 55	- 25	75	- 31	- 10	- 186	- 0,4
Hessen	-1 902	-1 702	-1 755	- 314	- 282	- 289	+ 147	- 53	- 4,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 813	1 485	1 417	1 094	930	887	- 396	- 68	14,6
Niedersachsen	126	107	402	16	14	51	+ 276	+ 295	1,0
Nordrhein-Westfalen	- 59	1 031	1 369	- 3	59	78	+ 1 428	+ 338	1,3
Rheinland-Pfalz	495	419	491	123	105	123	- 4	+ 72	2,3
Saarland	204	267	277	199	269	280	+ 73	+ 10	5,4
Sachsen	4 100	3 362	3 239	981	832	801	- 861	- 123	12,9
Sachsen-Anhalt	2 457	2 003	1 931	1 038	891	863	- 526	- 72	14,5
Schleswig-Holstein	314	312	318	111	111	113	+ 4	+ 6	2,2
Thüringen	2 289	1 882	1 800	1 014	870	835	- 489	- 82	14,9
Deutschland	13 533	10 948	10 585	165	136	131	- 2 948	- 363	2,2
Westdeutschland	-5 073	-5 320	-5 302	- 78	- 82	- 82	- 229	+ 18	- 1,4
Ostdeutschland	18 606	16 268	15 887	1 134	1 024	997	- 2 719	- 381	15,8

1) Vorläufige Angaben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Schulische Qualifikation

46. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	6 883	5 951	5 517	5,6	5,1	4,7	- 19,8	- 7,3
Bayern	9 043	6 459	5 992	6,4	4,8	4,5	- 33,7	- 7,2
Berlin	3 127	2 339	2 115	10,6	9,0	8,1	- 32,4	- 9,6
Brandenburg	2 448	1 439	1 432	11,8	8,4	8,0	- 41,5	- 0,5
Bremen ²⁾	530	412	449	8,4	6,8	7,3	- 15,3	+ 9,0
Hamburg	1 349	993	697	8,8	6,7	4,6	- 48,3	- 29,8
Hessen	4 478	3 351	3 029	7,0	5,4	4,9	- 32,4	- 9,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 063	1 266	1 155	15,8	11,9	10,3	- 44,0	- 8,8
Niedersachsen	6 780	4 773	4 372	7,3	5,4	5,0	- 35,5	- 8,4
Nordrhein-Westfalen	14 254	10 627	11 190	6,8	5,5	5,9	- 21,5	+ 5,3
Rheinland-Pfalz	3 342	2 353	2 346	7,2	5,5	5,5	- 29,8	- 0,3
Saarland	760	527	509	6,7	5,2	5,2	- 33,0	- 3,4
Sachsen	3 134	2 288	2 599	10,5	8,9	9,5	- 17,1	+ 13,6
Sachsen-Anhalt	2 573	1 668	1 479	13,6	11,3	9,8	- 42,5	- 11,3
Schleswig-Holstein	2 690	2 114	2 237	8,3	6,9	7,2	- 16,8	+ 5,8
Thüringen	1 426	1 024	1 177	8,0	6,8	7,7	- 17,5	+ 14,9
Deutschland	64 880	47 584	46 295	7,4	5,9	5,7	- 28,6	- 2,7
Westdeutschland	50 109	37 560	36 338	- 27,5	- 3,3
Ostdeutschland	14 771	10 024	9 957	- 32,6	- 0,7

1) Prozentanteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung nach dem Quotensummenverfahren.

2) In Bremen werden im Rahmen der Inklusion seit dem Schuljahr 2011/12 Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung (geistige Entwicklung) ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich absolvieren. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 206: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2004 bis 2013.

47. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2009	2013	2014 ²⁾	2014		2014/2009	2014/2013
	%						Prozentpunkte
Baden-Württemberg	9,5	7,5	7,8	8,4	7,2	- 1,7	+ 0,3
Bayern	8,8	7,1	6,3	6,5	6,1	- 2,5	- 0,8
Berlin	14,1	12,2	13,5	15,3	11,9	- 0,6	+ 1,3
Brandenburg	9,0	10,6	9,0	9,2	/	+ 0,0	- 1,6
Bremen	14,5	14,9	14,0	/	/	- 0,5	- 0,9
Hamburg	12,1	11,6	11,7	13,9	9,4	- 0,4	+ 0,1
Hessen	11,3	10,1	9,7	10,4	8,9	- 1,6	- 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	9,1	9,7	9,9	/	/	+ 0,8	+ 0,2
Niedersachsen	12,6	10,8	10,6	11,3	9,8	- 2,0	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	13,8	11,6	11,2	11,4	11,0	- 2,6	- 0,4
Rheinland-Pfalz	13,7	13,0	10,4	10,9	9,9	- 3,3	- 2,6
Saarland	14,4	13,6	11,9	/	/	- 2,5	- 1,7
Sachsen	6,7	6,6	6,8	7,0	6,6	+ 0,1	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	10,7	9,9	9,3	9,4	/	- 1,4	- 0,6
Schleswig-Holstein	12,1	10,1	12,7	13,1	12,4	+ 0,6	+ 2,6
Thüringen	5,4	7,8	6,1	/	/	+ 0,7	- 1,7
Deutschland	11,1	9,8	9,5	10,0	8,9	- 1,6	- 0,3
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet noch an einer Weiterbildung teilnimmt, sich nicht im Grund- und Zivildienst befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

2) Zeitreihenbruch; Daten mit den Vorjahren sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Eurostat.

48. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studienberech- tigtenquote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾				2013/2008	2013/2012
	2008	2012	2013	2008	2012	2013			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg ³⁾	45 337	75 936	50 533	35,2	62,4	42,5	58,6	+ 7,3	- 19,9
Bayern	34 513	41 930	42 576	23,6	30,3	32,0	46,7	+ 8,4	+ 1,7
Berlin ³⁾	14 184	18 206	13 337	36,9	63,1	48,2	57,0	+ 11,2	- 15,0
Brandenburg ³⁾	11 957	10 014	7 381	34,4	62,5	48,0	55,2	+ 13,6	- 14,4
Bremen ³⁾	2 832	4 375	3 174	38,1	65,4	48,7	56,7	+ 10,6	- 16,7
Hamburg	6 966	8 328	8 699	38,4	50,9	55,7	63,4	+ 17,3	+ 4,8
Hessen ³⁾	21 150	25 274	32 087	31,3	39,0	51,6	68,6	+ 20,3	+ 12,6
Mecklenburg-Vorpommern	11 928	3 825	3 744	50,8	37,3	36,7	39,2	- 14,1	- 0,6
Niedersachsen	25 877	32 987	31 822	27,6	36,7	36,4	51,3	+ 8,8	- 0,4
Nordrhein-Westfalen ³⁾	71 947	86 080	126 794	33,7	43,2	66,3	75,1	+ 32,6	+ 23,1
Rheinland-Pfalz	14 745	16 679	17 259	30,4	36,3	38,8	46,5	+ 8,4	+ 2,6
Saarland	3 211	3 509	3 520	26,9	32,6	35,1	58,0	+ 8,2	+ 2,4
Sachsen	16 595	8 553	9 070	32,9	34,1	36,8	44,3	+ 3,9	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	9 109	4 405	4 214	29,9	30,9	30,8	37,3	+ 1,0	- 0,1
Schleswig-Holstein	10 078	11 326	12 012	31,0	35,8	38,7	44,1	+ 7,7	+ 2,8
Thüringen	9 766	5 184	5 183	34,3	38,2	39,6	48,9	+ 5,3	+ 1,5
Deutschland	310 195	356 611	371 405	31,7	42,3	46,1	57,9	+ 14,4	+ 3,8
Westdeutschland	236 656	306 424	328 476
Ostdeutschland	73 539	50 187	42 929

1) Prozentanteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung nach dem Quotensummenverfahren.

2) Prozentanteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der gleichaltrigen Bevölkerung (Quotensummenverfahren).

3) In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012, in Nordrhein-Westfalen 2013 doppelter Abiturjahrgang, in Hessen 2013 1,5-facher Abiturjahrgang.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 206: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2004 bis 2013.

Wissenschaft und Kultur

49. Studienanfängerinnen und -anfänger und Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Darunter weiblich	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2008	2012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg ³⁾	60 661	79 910	78 024	37 811	47,2	62,9	62,0	+ 14,8	- 0,9
Bayern	55 001	71 317	73 655	36 658	37,3	49,0	51,4	+ 14,1	+ 2,4
Berlin ³⁾	23 967	31 745	31 877	16 647	54,0	84,5	86,1	+ 32,1	+ 1,6
Brandenburg ³⁾	9 866	9 715	8 280	4 451	30,4	48,9	44,5	+ 14,1	- 4,4
Bremen ³⁾	5 848	7 376	6 612	3 071	70,3	97,3	86,7	+ 16,5	- 10,5
Hamburg	14 095	16 709	16 459	8 359	63,8	83,2	81,7	+ 17,9	- 1,5
Hessen ³⁾	32 974	39 044	43 109	21 338	48,2	57,3	64,1	+ 16,0	+ 6,8
Mecklenburg-Vorpommern	7 080	6 571	6 580	3 288	30,1	48,1	52,9	+ 22,8	+ 4,8
Niedersachsen	27 777	35 304	36 331	18 341	30,6	38,8	40,4	+ 9,8	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen ³⁾	84 697	117 877	128 483	63 784	40,1	55,6	62,1	+ 22,0	+ 6,4
Rheinland-Pfalz	20 004	22 936	23 387	12 032	41,7	48,8	50,8	+ 9,1	+ 2,0
Saarland	4 456	5 611	5 453	2 757	37,7	49,5	49,5	+ 11,8	+ 0,0
Sachsen	20 659	20 792	20 605	9 708	38,2	62,8	65,7	+ 27,6	+ 2,9
Sachsen-Anhalt	10 120	10 118	9 874	5 107	32,3	53,7	56,7	+ 24,4	+ 3,0
Schleswig-Holstein	8 824	9 755	10 024	4 961	28,7	30,8	31,9	+ 3,3	+ 1,2
Thüringen	10 581	10 308	9 868	5 046	35,2	58,4	60,3	+ 25,0	+ 1,9
Deutschland	396 610	495 088	508 621	253 359	40,3	54,6	57,4	+ 17,2	+ 2,9
Westdeutschland	314 337	405 839	421 537	209 112
Ostdeutschland	82 273	89 249	87 084	44 247

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres (errechnet für jeden einzelnen Jahrgang und zu einer Quote über alle Jahrgänge addiert – Quotensummenverfahren).

3) In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012, in Nordrhein-Westfalen 2013 doppelter Abiturjahrgang, in Hessen 2013 1,5-facher Abiturjahrgang.

50. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer/-innen

Land	Studierende im Wintersemester			Darunter weiblich	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2008	2012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	261 324	333 217	347 199	162 137	10,1	8,8	9,0	- 1,1	+ 0,2
Bayern	258 839	332 764	355 915	171 932	7,8	7,0	7,6	- 0,3	+ 0,5
Berlin	135 327	160 220	165 923	81 785	12,6	13,1	13,4	+ 0,7	+ 0,3
Brandenburg	46 865	52 031	50 272	25 472	9,7	10,3	11,2	+ 1,5	+ 0,8
Bremen	31 405	34 783	35 243	16 469	13,2	10,6	10,5	- 2,6	- 0,0
Hamburg	71 911	90 903	93 814	46 214	8,3	7,7	7,7	- 0,5	- 0,0
Hessen	171 249	215 209	227 608	106 196	8,8	8,5	8,5	- 0,3	- 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	36 817	39 906	39 274	19 142	5,2	4,8	5,2	- 0,0	+ 0,4
Niedersachsen	140 239	169 626	177 571	84 621	8,7	7,0	7,0	- 1,7	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	484 118	644 612	695 297	325 825	8,2	7,3	7,2	- 1,0	- 0,1
Rheinland-Pfalz	107 116	121 068	122 646	61 623	8,7	6,8	6,7	- 2,0	- 0,0
Saarland	21 618	28 262	28 657	13 939	12,6	11,8	11,7	- 0,9	- 0,1
Sachsen	107 355	112 724	113 394	50 670	8,6	9,8	10,8	+ 2,2	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	52 034	55 876	55 954	27 477	7,7	8,9	9,3	+ 1,6	+ 0,4
Schleswig-Holstein	48 366	54 977	56 113	26 511	6,0	5,5	5,5	- 0,5	- 0,1
Thüringen	50 724	53 231	52 001	25 228	5,9	7,7	9,0	+ 3,1	+ 1,3
Deutschland	2 025 307	2 499 409	2 616 881	1 245 241	8,8	8,1	8,3	- 0,5	+ 0,2
Westdeutschland	1 596 185	2 025 421	2 140 063	1 015 467
Ostdeutschland	429 122	473 988	476 818	229 774

51. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter weiblich				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
	2008	2012	2013	2008	2013	Anteil		2013/2008	2013/2012
						2008	2013		
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	36 864	48 711	48 771	18 105	23 806	49,1	48,8	+ 32,3	+ 0,1
Bayern	36 342	48 030	48 268	18 691	25 039	51,4	51,9	+ 32,8	+ 0,5
Berlin	16 710	18 182	18 046	8 940	9 487	53,5	52,6	+ 8,0	- 0,7
Brandenburg	5 538	6 386	6 550	2 907	3 518	52,5	53,7	+ 18,3	+ 2,6
Bremen	4 220	4 647	4 339	2 286	2 262	54,2	52,1	+ 2,8	- 6,6
Hamburg	8 171	10 835	11 172	4 111	5 902	50,3	52,8	+ 36,7	+ 3,1
Hessen	20 876	24 650	24 062	10 959	12 418	52,5	51,6	+ 15,3	- 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	4 161	4 806	4 600	2 222	2 377	53,4	51,7	+ 10,6	- 4,3
Niedersachsen	23 121	21 615	23 142	12 712	12 285	55,0	53,1	+ 0,1	+ 7,1
Nordrhein-Westfalen	57 103	63 987	63 662	30 153	32 436	52,8	51,0	+ 11,5	- 0,5
Rheinland-Pfalz	12 077	15 587	16 191	6 669	9 044	55,2	55,9	+ 34,1	+ 3,9
Saarland	2 160	2 563	3 390	1 021	1 847	47,3	54,5	+ 56,9	+ 32,3
Sachsen	13 991	16 386	15 523	6 952	7 703	49,7	49,6	+ 10,9	- 5,3
Sachsen-Anhalt	6 275	7 288	7 056	3 541	3 787	56,4	53,7	+ 12,4	- 3,2
Schleswig-Holstein	6 037	7 929	7 372	3 131	3 656	51,9	49,6	+ 22,1	- 7,0
Thüringen	6 852	8 019	7 788	3 583	4 153	52,3	53,3	+ 13,7	- 2,9
Deutschland	260 498	309 621	309 932	135 983	159 720	52,2	51,5	+ 19,0	+ 0,1
Westdeutschland	206 971	248 554	250 369	107 838	128 695	52,1	51,4	+ 21,0	+ 0,7
Ostdeutschland	53 527	61 067	59 563	28 145	31 025	52,6	52,1	+ 11,3	- 2,5

1) Bis 2009 wurden bei der Berechnung der Absolventinnen und Absolventen im Erststudium noch die Masterabsolventen miteinbezogen. Ab 2010 ist dies nicht mehr der Fall. Die Vergleichbarkeit mit Jahren vor 2010 ist daher eingeschränkt.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

52. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2008	2012	2013	2008	2013	Anteil		2013/2008	2013/2012
						2008	2013		
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	3 982	4 302	4 633	1 652	1 995	41,5	43,1	+ 16,3	+ 7,7
Bayern	4 011	4 147	4 328	1 719	1 950	42,9	45,1	+ 7,9	+ 4,4
Berlin	2 028	2 171	2 167	932	1 024	46,0	47,3	+ 6,9	- 0,2
Brandenburg	331	384	357	140	151	42,3	42,3	+ 7,9	- 7,0
Bremen	315	405	364	123	145	39,0	39,8	+ 15,6	- 10,1
Hamburg	939	1 043	951	416	439	44,3	46,2	+ 1,3	- 8,8
Hessen	2 078	2 005	2 179	864	908	41,6	41,7	+ 4,9	+ 8,7
Mecklenburg-Vorpommern	419	491	499	192	239	45,8	47,9	+ 19,1	+ 1,6
Niedersachsen	2 238	2 240	2 159	925	966	41,3	44,7	- 3,5	- 3,6
Nordrhein-Westfalen	4 847	5 096	5 380	1 899	2 243	39,2	41,7	+ 11,0	+ 5,6
Rheinland-Pfalz	854	1 118	1 024	361	483	42,3	47,2	+ 19,9	- 8,4
Saarland	261	90	251	94	106	36,0	42,2	- 3,8	+ 178,9
Sachsen	1 253	1 432	1 422	505	608	40,3	42,8	+ 13,5	- 0,7
Sachsen-Anhalt	480	559	580	202	274	42,1	47,2	+ 20,8	+ 3,8
Schleswig-Holstein	583	621	663	286	364	49,1	54,9	+ 13,7	+ 6,8
Thüringen	571	703	750	248	361	43,4	48,1	+ 31,3	+ 6,7
Deutschland	25 190	26 807	27 707	10 558	12 256	41,9	44,2	+ 10,0	+ 3,4
Westdeutschland	20 108	21 067	21 932	8 339	9 599	41,5	43,8	+ 9,1	+ 4,1
Ostdeutschland	5 082	5 740	5 775	2 219	2 657	43,7	46,0	+ 13,6	+ 0,6

53. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
	2008	2012	2013	2008	2013	Anteil		2013/2008	2013/2012
						2008	2013		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	5 537	6 832	6 995	857	1 310	15,5	18,7	+ 26,3	+ 2,4
Bayern	5 391	6 372	6 492	793	1 118	14,7	17,2	+ 20,4	+ 1,9
Berlin	2 803	3 125	3 220	715	997	25,5	31,0	+ 14,9	+ 3,0
Brandenburg	842	904	883	164	207	19,5	23,4	+ 4,9	- 2,3
Bremen	653	655	668	143	164	21,9	24,6	+ 2,3	+ 2,0
Hamburg	1 391	1 489	1 580	300	424	21,6	26,8	+ 13,6	+ 6,1
Hessen	3 090	3 396	3 489	606	795	19,6	22,8	+ 12,9	+ 2,7
Mecklenburg-Vorpommern	812	815	804	114	139	14,0	17,3	- 1,0	- 1,3
Niedersachsen	3 194	3 557	3 644	690	905	21,6	24,8	+ 14,1	+ 2,4
Nordrhein-Westfalen	7 422	8 749	9 229	1 229	2 017	16,6	21,9	+ 24,3	+ 5,5
Rheinland-Pfalz	1 743	1 987	2 006	258	411	14,8	20,5	+ 15,1	+ 1,0
Saarland	430	496	495	67	93	15,6	18,8	+ 15,1	- 0,2
Sachsen	2 167	2 224	2 260	347	438	16,0	19,4	+ 4,3	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	1 015	1 068	1 078	174	205	17,1	19,0	+ 6,2	+ 0,9
Schleswig-Holstein	983	1 059	1 043	118	176	12,0	16,9	+ 6,1	- 1,5
Thüringen	1 091	1 134	1 127	150	188	13,7	16,7	+ 3,3	- 0,6
Deutschland	38 564	43 862	45 013	6 725	9 587	17,4	21,3	+ 16,7	+ 2,6
Westdeutschland	29 834	34 592	35 641	5 061	7 413	17,0	20,8	+ 19,5	+ 3,0
Ostdeutschland	8 730	9 270	9 372	1 664	2 174	19,1	23,2	+ 7,4	+ 1,1

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

54. Öffentliche Ausgaben für Kultur

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ^{1), 2)}			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in ^{1), 2)}			Veränderung der öffentlichen Ausgaben ³⁾		Anteil der Ausgaben für Kultur am BIP 2011
	2007	2009	2011	2007	2009	2011	2011/2007	2011/2009	
Baden-Württemberg	1 096	1 204	1 056	102	112	101	- 3,7	- 12,3	0,3
Bayern	1 223	1 385	1 204	98	111	97	- 1,5	- 13,1	0,3
Berlin	618	690	627	181	201	190	+ 1,5	- 9,2	0,6
Brandenburg	218	241	234	86	96	95	+ 7,5	- 2,8	0,4
Bremen	95	102	105	144	155	162	+ 10,3	+ 2,5	0,4
Hamburg	350	311	263	199	175	154	- 24,7	- 15,4	0,3
Hessen	624	684	639	103	113	107	+ 2,5	- 6,6	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	180	172	146	107	104	90	- 19,0	- 15,2	0,4
Niedersachsen	572	591	543	72	74	70	- 4,9	- 8,0	0,2
Nordrhein-Westfalen	1 569	1 583	1 560	87	88	89	- 0,6	- 1,5	0,3
Rheinland-Pfalz	304	314	269	75	78	68	- 11,3	- 14,2	0,2
Saarland	72	82	68	69	80	68	- 5,2	- 17,0	0,2
Sachsen	756	736	667	178	176	164	- 11,8	- 9,4	0,7
Sachsen-Anhalt	298	313	305	123	132	133	+ 2,5	- 2,5	0,6
Schleswig-Holstein	189	202	173	67	71	62	- 8,4	- 14,3	0,2
Thüringen	275	322	298	120	143	136	+ 8,3	- 7,5	0,6
Deutschland	8 436	8 933	8 158	103	109	102	- 3,3	- 8,7	0,3
Westdeutschland	6 092	6 459	5 881	93	99	91	- 3,5	- 8,9	0,2
Ostdeutschland	2 344	2 474	2 276	141	151	143	- 2,9	- 8,0	0,6

1) Grundmittel.

2) Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

3) Die Werte sind aufgrund der Umstellung des Kulturbereiches der Kunsthochschulen gemäß des Funktionenplans der staatlichen Haushaltssystematik und aufgrund der Umstellung von Kameralistik auf Doppik, Ausgliederungen von Kultureinrichtungen sowie Veranschlagungen von Finanzausgleichsmitteln mit den Werten der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ^{1), 2)}			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{1), 2)}			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Anteil d. Ausgaben f. Hochschulen am BIP 2011
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	2011/2006	2011/2010	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 198	4 496	4 734	13 700	16 300	16 300	+ 48,0	+ 5,3	1,3
Bayern	2 932	4 309	4 632	11 900	15 800	15 800	+ 58,0	+ 7,5	1,1
Berlin	1 535	1 942	1 952	11 300	13 800	13 300	+ 27,2	+ 0,5	2,0
Brandenburg	399	489	525	10 000	10 100	10 600	+ 31,6	+ 7,5	1,0
Bremen	417	463	483	12 100	15 100	15 300	+ 15,9	+ 4,4	1,8
Hamburg	831	1 072	1 079	12 600	15 300	14 600	+ 29,8	+ 0,6	1,2
Hessen	1 630	2 461	2 742	10 500	13 400	14 100	+ 68,3	+ 11,4	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	417	527	556	12 200	14 000	14 600	+ 33,4	+ 5,6	1,6
Niedersachsen	2 003	2 645	2 715	13 300	18 300	17 900	+ 35,5	+ 2,6	1,3
Nordrhein-Westfalen	5 108	6 204	6 484	11 500	13 000	12 700	+ 26,9	+ 4,5	1,2
Rheinland-Pfalz	883	1 188	1 244	9 200	11 300	11 500	+ 40,9	+ 4,7	1,1
Saarland	299	285	359	15 700	12 300	14 200	+ 20,1	+ 26,1	1,2
Sachsen	1 326	1 514	1 572	12 900	14 400	14 900	+ 18,6	+ 3,8	1,7
Sachsen-Anhalt	546	672	681	10 800	12 900	12 900	+ 24,7	+ 1,3	1,3
Schleswig-Holstein	529	622	646	12 000	12 800	12 700	+ 22,1	+ 3,8	0,9
Thüringen	569	735	753	12 000	14 200	14 300	+ 32,3	+ 2,5	1,6
Deutschland	22 621	29 624	31 156	11 900	14 300	14 300	+ 37,7	+ 5,2	1,2
Westdeutschland	17 829	23 744	25 116	12 250	14 500	14 510	+ 40,9	+ 5,8	...
Ostdeutschland	4 792	5 880	6 040	11 533	13 500	13 433	+ 26,0	+ 2,7	...

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z.B. Studentenwerke) insgesamt.

2) ISCED 5a/6.

Umwelt und Energie

56. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche¹⁾

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	5 004	5 101	5 129	8,2	6,7	7,7	+ 2,5	+ 0,5
Bayern	7 859	8 123	8 189	16,4	17,0	18,1	+ 4,2	+ 0,8
Berlin	623	625	626	0,1	-0,6	0,3	+ 0,5	+ 0,2
Brandenburg	2 674	2 741	2 782	11,5	3,6	11,2	+ 4,0	+ 1,5
Bremen	231	235	235	0,2	0,6	0,0	+ 1,7	- 0,0
Hamburg	449	452	454	0,1	0,2	0,4	+ 0,9	+ 0,4
Hessen	3 249	3 294	3 302	3,2	3,7	2,2	+ 1,6	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 793	1 868	1 876	10,7	3,1	2,1	+ 4,6	+ 0,4
Niedersachsen	6 404	6 554	6 588	11,0	9,8	9,2	+ 2,9	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	7 577	7 727	7 761	15,0	10,4	9,3	+ 2,4	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	2 819	2 832	2 837	3,2	1,5	1,4	+ 0,6	+ 0,2
Saarland	525	535	536	0,5	0,3	0,3	+ 2,0	+ 0,2
Sachsen	2 242	2 346	2 357	6,9	5,7	2,9	+ 5,1	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	2 247	2 239	2 240	2,5	-0,4	0,2	- 0,3	+ 0,0
Schleswig-Holstein	1 962	2 011	2 021	3,1	2,3	2,7	+ 3,0	+ 0,5
Thüringen	1 478	1 539	1 549	2,5	5,4	2,6	+ 4,8	+ 0,6
Deutschland²⁾	47 137	48 225	48 482	95,1	69,4	70,6	+ 2,9	+ 0,5
Westdeutschland	36 080	36 865	37 052	60,9	52,6	51,3	+ 2,7	+ 0,5
Ostdeutschland	11 058	11 360	11 430	34,2	16,7	19,3	+ 3,4	+ 0,6

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.). In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

2) Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Länder abweichen.

57. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2007	2010	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	94,6	112,2	124,0	6,6	8,0	8,7	+ 2,1	+ 0,8
Bayern	146,5	194,1	217,6	4,5	6,2	6,9	+ 2,4	+ 0,8
Berlin	0,2	0,3	0,3	11,1	12,4	15,0	+ 3,9	+ 2,6
Brandenburg	133,8	140,8	137,7	10,1	10,6	10,5	+ 0,4	- 0,2
Bremen	0,4	0,8	1,0	5,0	9,8	11,8	+ 6,8	+ 1,9
Hamburg	1,0	1,0	1,0	6,9	6,8	6,9	+ 0,1	+ 0,1
Hessen	61,1	72,7	81,6	7,8	9,5	10,6	+ 2,8	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	120,0	117,8	120,4	8,8	8,7	9,0	+ 0,1	+ 0,3
Niedersachsen	74,8	78,5	79,5	2,9	3,0	3,1	+ 0,2	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	48,9	54,5	62,9	3,3	3,7	4,3	+ 1,0	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	25,8	38,0	47,3	3,6	5,4	6,7	+ 3,1	+ 1,3
Saarland	7,2	8,5	9,3	9,1	10,9	11,9	+ 2,9	+ 1,0
Sachsen	32,0	38,0	35,3	3,5	4,2	3,9	+ 0,4	- 0,3
Sachsen-Anhalt	44,7	49,6	53,4	3,8	4,2	4,6	+ 0,7	+ 0,3
Schleswig-Holstein	29,7	35,2	35,8	2,9	3,5	3,6	+ 0,7	+ 0,1
Thüringen	40,4	39,0	39,8	5,1	5,0	5,1	+ 0,0	+ 0,1
Deutschland	861,2	980,9	1 047,0	5,1	5,9	6,3	+ 1,2	+ 0,4
Westdeutschland	490,0	595,3	660,0	4,3	5,3	5,9	+ 1,6	+ 0,6
Ostdeutschland	371,2	385,5	386,9	6,7	6,9	7,0	+ 0,3	+ 0,1

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher									
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch					
	2007	2013	2007	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010	
Mio. m³			Liter je Einwohner/-in und Tag			%				
Baden-Württemberg	567	561	455	451	116,4	115,3	116,4	- 0,0	+ 0,9	
Bayern	743	728	601	586	133,1	129,1	129,6	- 2,7	+ 0,3	
Berlin	189	189	138	141	111,6	112,9	113,8	+ 2,0	+ 0,8	
Brandenburg	109	111	90	95	98,4	104,8	107,8	+ 9,6	+ 2,9	
Bremen	39	37	31	29	126,5	122,2	120,6	- 4,7	- 1,4	
Hamburg	103	104	95	96	134,0	134,4	138,1	+ 3,1	+ 2,8	
Hessen	312	307	269	270	122,7	121,3	124,3	+ 1,3	+ 2,5	
Mecklenburg-Vorpommern	83	86	62	61	100,4	106,3	104,5	+ 4,1	- 1,7	
Niedersachsen	463	461	370	357	128,2	126,3	126,4	- 1,4	+ 0,1	
Nordrhein-Westfalen	1 106	1 069	878	844	135,3	134,5	133,4	- 1,4	- 0,9	
Rheinland-Pfalz	223	217	176	174	118,3	119,1	118,6	+ 0,2	- 0,5	
Saarland	55	52	44	41	115,9	112,1	113,5	- 2,1	+ 1,2	
Sachsen	188	190	131	127	85,3	84,2	86,3	+ 1,2	+ 2,5	
Sachsen-Anhalt	106	104	80	76	90,0	90,9	92,6	+ 2,9	+ 1,8	
Schleswig-Holstein	164	162	127	123	132,6	133,5	129,4	- 2,4	- 3,0	
Thüringen	94	92	76	70	90,3	88,6	88,3	- 2,3	- 0,4	
Deutschland	4 544	4 468	3 623	3 541	121,6	120,7	121,2	- 0,4	+ 0,4	
Westdeutschland	3 775	3 696	3 046	2 972	128,0	126,4	126,5	- 1,2	+ 0,1	
Ostdeutschland	769	772	576	569	91,5	93,0	94,3	+ 3,1	+ 1,4	

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen							Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2008	2012	2013	Darunter					
				Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ¹⁾	getrennte Wertstoffe			
	1 000 Tonnen			kg je Einwohner/-in			%		
2013/2008	2013/2012								
Baden-Württemberg	4 584	4 703	4 701	444	144	130	169	+ 2,5	- 0,1
Bayern	5 775	5 894	5 941	473	167	143	160	+ 2,9	+ 0,8
Berlin	1 421	1 393	1 390	409	255	40	114	- 2,2	- 0,2
Brandenburg	934	964	963	394	210	46	135	+ 3,2	- 0,0
Bremen	304	287	287	438	231	85	122	- 5,5	- 0,1
Hamburg	818	787	790	453	291	41	120	- 3,5	+ 0,4
Hessen	2 811	2 806	2 789	463	196	126	140	- 0,8	- 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	691	676	682	427	231	59	136	- 1,3	+ 0,8
Niedersachsen	3 980	3 950	3 907	502	189	147	164	- 1,8	- 1,1
Nordrhein-Westfalen	8 297	8 258	8 128	463	214	108	141	- 2,0	- 1,6
Rheinland-Pfalz	2 018	2 044	2 042	512	186	148	173	+ 1,2	- 0,1
Saarland	513	459	488	492	188	143	161	- 4,9	+ 6,3
Sachsen	1 352	1 297	1 300	322	151	48	122	- 3,8	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	1 031	1 003	1 010	449	206	108	134	- 2,1	+ 0,7
Schleswig-Holstein	1 330	1 347	1 325	472	224	96	151	- 0,3	- 1,6
Thüringen	864	855	882	407	187	86	131	+ 2,1	+ 3,1
Deutschland	36 723	36 722	36 624	454	192	112	148	- 0,3	- 0,3
Westdeutschland	30 431	30 534	30 398	470	189	125	154	- 0,1	- 0,4
Ostdeutschland	6 292	6 188	6 226	392	203	61	127	- 1,0	+ 0,6

1) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2008	2011	2012		2008	2011	2012	2012/2008	2012/2011
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	451 548	398 538	386 893	46 815	8,7	10,4	12,1	+ 3,4	+ 1,7
Bayern	566 584	565 998	561 534	87 669	10,1	14,2	15,6	+ 5,5	+ 1,5
Berlin	79 537	77 741	83 027	2 981	2,2	3,3	3,6	+ 1,3	+ 0,2
Brandenburg	179 367	188 189	189 307	34 757	13,2	17,7	18,4	+ 5,2	+ 0,6
Bremen	44 078	44 152	44 561	2 313	4,4	5,0	5,2	+ 0,8	+ 0,2
Hamburg	66 917	66 671	66 932	3 194	4,8	4,6	4,8	- 0,1	+ 0,2
Hessen	293 236	244 752	236 881	19 772	5,0	7,8	8,3	+ 3,4	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	53 579	51 554	54 619	16 696	24,0	27,0	30,6	+ 6,5	+ 3,6
Niedersachsen	408 064	374 645	369 620	54 398	10,3	12,6	14,7	+ 4,4	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	1 159 325	1 181 461	1 166 468	49 799	3,6	3,8	4,3	+ 0,7	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	186 029	176 011	175 183	18 780	8,1	9,8	10,7	+ 2,7	+ 0,9
Saarland	78 587	72 136	74 507	2 199	2,9	3,2	3,0	+ 0,1	- 0,2
Sachsen	175 343	168 218	170 138	13 832	6,2	7,9	8,1	+ 1,9	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	139 365	142 557	143 201	24 220	14,2	16,4	16,9	+ 2,7	+ 0,5
Schleswig-Holstein	120 293	115 200	116 171	19 699	9,4	14,5	17,0	+ 7,5	+ 2,5
Thüringen	69 335	66 001	67 083	14 542	18,9	21,5	21,7	+ 2,8	+ 0,2
Deutschland¹⁾	3 994 357	3 777 593	3 735 294	384 669	7,9	10,8	10,3	+ 2,4	- 0,5
Westdeutschland ²⁾	3 374 660	3 239 565	3 198 749	304 637	6,8	8,5	9,5	+ 2,7	+ 1,0
Ostdeutschland ²⁾	696 525	694 259	707 374	107 027	11,8	14,5	15,1	+ 3,3	+ 0,6

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand Mai 2014; Bilanz 2012) weichen aufgrund einer abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2015).

61. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2008	2011	2012		2008	2011	2012	2012/2008	2012/2011
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	67 224	59 625	58 083	13 868	14,1	19,9	23,9	+ 9,8	+ 4,0
Bayern	88 658	89 203	93 720	30 370	22,6	28,5	32,4	+ 9,8	+ 3,9
Berlin	9 037	8 407	8 121	252	1,7	4,2	3,1	+ 1,4	- 1,1
Brandenburg	49 011	52 505	54 756	12 725	17,0	23,1	23,2	+ 6,2	+ 0,2
Bremen	7 447	7 239	7 664	601	4,6	7,0	7,8	+ 3,3	+ 0,8
Hamburg	2 194	2 885	2 415	399	17,9	13,6	16,5	- 1,3	+ 2,9
Hessen	34 199	19 134	16 270	4 337	6,8	19,9	26,7	+ 19,9	+ 6,8
Mecklenburg-Vorpommern	8 642	10 051	11 229	6 092	42,4	52,7	54,3	+ 11,8	+ 1,5
Niedersachsen	70 900	70 678	69 243	23 281	22,2	28,0	33,6	+ 11,4	+ 5,6
Nordrhein-Westfalen	189 971	175 228	178 435	14 131	4,4	7,4	7,9	+ 3,5	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	15 882	16 398	17 691	5 916	23,8	29,4	33,4	+ 9,6	+ 4,0
Saarland	9 683	8 276	10 189	651	4,3	6,3	6,4	+ 2,1	+ 0,1
Sachsen	35 420	37 201	38 978	4 400	8,2	10,7	11,3	+ 3,1	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	22 197	23 180	23 910	9 983	32,7	39,0	41,8	+ 9,1	+ 2,7
Schleswig-Holstein	23 659	22 839	26 359	10 358	27,3	36,9	39,3	+ 12,0	+ 2,4
Thüringen	7 317	7 767	7 749	3 888	38,2	47,0	50,2	+ 12,0	+ 3,2
Deutschland¹⁾	640 700	613 100	630 100	143 800	14,5	20,2	22,8	+ 8,3	+ 2,6
Westdeutschland ²⁾	509 817	471 505	480 069	103 912	13,2	18,8	21,6	+ 8,4	+ 2,9
Ostdeutschland ²⁾	131 624	139 111	144 743	37 340	19,1	24,8	25,8	+ 6,7	+ 1,0

1) Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand Februar 2015; AG Erneuerbare Energien) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2015).

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2008	2011	2012	2008	2011	2012	2012/2008	2012/2011
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	72 556	66 336	65 889	6,7	6,3	6,3	- 9,2	- 0,7
Bayern	80 430	78 505	77 968	6,4	6,3	6,2	- 3,1	- 0,7
Berlin	18 517	17 680	18 833	5,4	5,4	5,6	+ 1,7	+ 6,5
Brandenburg	56 587	56 347	57 670	22,4	22,9	23,5	+ 1,9	+ 2,3
Bremen	13 056	13 250	13 576	19,7	20,4	20,8	+ 4,0	+ 2,5
Hamburg	11 855	11 584	11 408	6,7	6,8	6,6	- 3,8	- 1,5
Hessen	52 159	47 964	48 822	8,6	8,0	8,1	- 6,4	+ 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	10 867	10 364	10 997	6,5	6,4	6,9	+ 1,2	+ 6,1
Niedersachsen	69 402	66 623	64 455	8,7	8,6	8,3	- 7,1	- 3,3
Nordrhein-Westfalen	286 158	268 045	271 966	15,9	15,3	15,5	- 5,0	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	27 453	25 537	25 451	6,8	6,4	6,4	- 7,3	- 0,3
Saarland	22 961	20 678	21 567	22,2	20,7	21,7	- 6,1	+ 4,3
Sachsen	46 927	46 833	48 900	11,2	11,5	12,1	+ 4,2	+ 4,4
Sachsen-Anhalt	26 973	27 173	27 771	11,2	11,9	12,3	+ 3,0	+ 2,2
Schleswig-Holstein	18 715	17 069	17 662	6,6	6,1	6,3	- 5,6	+ 3,5
Thüringen	10 911	10 102	10 373	4,8	4,6	4,8	- 4,9	+ 2,7
Deutschland²⁾	799 216	760 138	766 205	9,7	9,5	9,5	- 4,1	+ 0,8
Westdeutschland ³⁾	654 745	615 591	618 764	10,0	9,6	9,6	- 5,5	+ 0,5
Ostdeutschland ³⁾	170 782	168 499	174 544	10,3	10,6	11,0	+ 2,2	+ 3,6

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung, Stand 29.05.2015 - ohne Emissionen aus dem internationalen Luft- und Seeverkehr; inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen.

3) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2015).

63. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche ¹⁾	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2009	2013	2014		2013	2014/2013
	%			km ²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	42	35	42	13 695	0	+ 7
Bayern	29	20	23	24 766	- 6	+ 3
Berlin	29	21	17	163	- 12	- 4
Brandenburg	6	11	10	10 531	+ 4	- 1
Bremen	9	9	8	8	- 1	- 1
Hamburg	x	x	x	48	x	x
Hessen	30	26	34	8 480	+ 4	+ 8
Mecklenburg-Vorpommern	19	14	16	5 074	- 3	+ 2
Niedersachsen	18	19	19	10 474	+ 1	0
Nordrhein-Westfalen	21	29	36	8 798	+ 15	+ 7
Rheinland-Pfalz	28	23	24	8 348	- 4	+ 1
Saarland	35	29	27	874	- 8	- 2
Sachsen	18	17	15	5 004	- 3	- 2
Sachsen-Anhalt	15	16	16	5 045	+ 1	0
Schleswig-Holstein	30	19	22	1 664	- 8	+ 3
Thüringen	35	30	33	5 190	- 2	+ 3
Deutschland	27	23	26	108 162	- 1	+ 3
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Hierzu gehören auch unbebaute Waldflächen, die vorherrschend dem forstwirtschaftlichen Betrieb dienen sowie Flächen, die weder Nadel-, Laub- und Mischwald oder Gehölz zugeordnet werden können.

Quelle (Anteile der Schadstufen): Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung.

Soziales, Sicherheit

64. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 539	11 176	10 452	129	122	109	- 15,1	- 10,5
Bayern	12 054	11 886	12 102	116	108	106	- 8,6	- 2,1
Berlin	9 402	8 800	8 643	293	251	231	- 21,0	- 7,9
Brandenburg	3 988	3 464	3 170	215	189	164	- 23,8	- 13,1
Bremen	1 630	1 537	1 421	297	267	229	- 23,1	- 14,4
Hamburg	3 838	3 638	3 318	229	201	174	- 23,8	- 13,1
Hessen	8 731	8 224	8 173	172	158	150	- 13,1	- 5,1
Mecklenburg-Vorpommern	3 134	2 831	2 633	241	225	205	- 14,8	- 9,0
Niedersachsen	9 134	8 166	7 895	147	130	119	- 19,0	- 8,4
Nordrhein-Westfalen	23 143	20 939	20 105	160	143	130	- 18,8	- 9,4
Rheinland-Pfalz	4 533	4 011	3 816	147	125	114	- 22,2	- 9,0
Saarland	1 278	1 168	1 216	184	171	166	- 10,1	- 2,7
Sachsen	6 027	5 506	5 420	177	158	151	- 14,7	- 4,7
Sachsen-Anhalt	4 217	3 633	3 474	246	216	204	- 17,2	- 5,9
Schleswig-Holstein	3 612	3 352	3 210	165	154	141	- 14,5	- 8,3
Thüringen	3 777	3 379	3 417	224	194	191	- 14,8	- 1,5
Deutschland¹⁾	110 694	102 802	99 715	166	155	139	- 16,2	- 9,8
Westdeutschland	79 492	74 097	71 708	149	135	125	- 16,3	- 7,8
Ostdeutschland	30 545	27 613	26 757	232	205	191	- 17,8	- 6,9

1) Inkl. nicht zuordenbarer Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen West- und Ostdeutschland sind nicht zuordenbare Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

65. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	2 744	3 809	4 601	14	21	25	+ 67,7	+ 20,8
Bayern	2 596	2 841	4 675	12	14	22	+ 80,1	+ 64,6
Berlin	1 336	2 268	2 666	27	45	50	+ 99,6	+ 17,5
Brandenburg	1 458	1 459	1 773	44	42	49	+ 21,6	+ 21,5
Bremen	410	421	904	41	43	90	+ 120,5	+ 114,7
Hamburg	1 325	1 866	2 045	49	69	73	+ 54,3	+ 9,6
Hessen	2 714	3 702	3 948	26	37	39	+ 45,5	+ 6,6
Mecklenburg-Vorpommern	917	994	845	43	45	37	- 7,9	- 15,0
Niedersachsen	3 016	3 738	3 885	21	28	30	+ 28,8	+ 3,9
Nordrhein-Westfalen	9 932	12 259	13 198	32	42	45	+ 32,9	+ 7,7
Rheinland-Pfalz	880	1 302	1 229	13	20	19	+ 39,7	- 5,6
Saarland	485	599	817	31	41	58	+ 68,5	+ 36,4
Sachsen	1 977	2 767	2 800	37	50	47	+ 41,6	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	1 046	844	972	36	29	32	- 7,1	+ 15,2
Schleswig-Holstein	1 898	2 089	2 475	38	44	54	+ 30,4	+ 18,5
Thüringen	976	1 165	1 226	34	40	40	+ 25,6	+ 5,2
Deutschland	33 710	42 123	48 059	25	32	37	+ 42,6	+ 14,1
Westdeutschland	26 000	32 626	37 777	23	30	35	+ 45,3	+ 15,8
Ostdeutschland	7 710	9 497	10 282	36	43	44	+ 33,4	+ 8,3

1) Bezug: Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		Von 65-Jährigen und älter	Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
	2010	2013						2014	2014/2010	2014/2013
	%							€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	14,0	14,8	15,0	17,4	30,5	47,0	51,2	1 009	+ 0,2	+ 0,2
Bayern	13,8	14,6	14,8	22,1	27,9	42,4	50,2	998	+ 1,0	+ 0,2
Berlin	14,2	15,0	14,1	6,7	29,3	21,4	47,1	841	- 0,1	- 0,9
Brandenburg	13,6	14,3	13,4	8,2	/	40,4	57,3	848	- 0,2	- 0,9
Bremen	17,3	18,9	17,3	9,9	37,0	38,0	49,2	822	+ 0,0	- 1,6
Hamburg	17,4	18,7	18,0	14,7	36,2	38,2	57,1	964	+ 0,6	- 0,7
Hessen	14,6	15,9	15,9	16,0	30,9	42,7	52,1	961	+ 1,3	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	13,4	13,5	12,0	5,6	/	29,7	46,8	769	- 1,4	- 1,5
Niedersachsen	14,5	15,8	15,3	15,3	36,6	41,6	57,0	907	+ 0,8	- 0,5
Nordrhein-Westfalen	14,7	16,0	16,2	13,3	38,0	42,6	56,9	895	+ 1,5	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	15,7	16,7	16,7	19,9	36,1	50,6	54,3	942	+ 1,0	+ 0,0
Saarland	13,4	15,9	16,1	18,3	37,7	39,0	58,6	890	+ 2,7	+ 0,2
Sachsen	13,0	11,9	11,6	5,8	/	27,3	55,1	803	- 1,4	- 0,3
Sachsen-Anhalt	13,5	14,1	14,1	7,1	/	41,0	59,0	800	+ 0,6	+ 0,0
Schleswig-Holstein	15,2	15,6	15,4	15,0	37,9	46,9	57,7	952	+ 0,2	- 0,2
Thüringen	12,5	11,7	11,6	7,1	/	30,0	48,5	815	- 0,9	- 0,1
Deutschland	14,5	15,5	15,4	16,1	32,5	41,9	57,6	917	+ 0,9	- 0,1
Westdeutschland	14,7	15,9	16,0	17,0	33,6	44,5	55,9	949	+ 1,3	+ 0,1
Ostdeutschland	13,2	13,1	12,6	6,7	31,7	30,0	51,1	815	- 0,6	- 0,5

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

67. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung			Darunter Frauen	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2008	2012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	543 716	528 830	547 389	51,5	5,1	5,0	5,1	+ 0,7	+ 3,5
Bayern	583 480	547 571	571 022	52,1	4,7	4,4	4,5	- 2,1	+ 4,3
Berlin	663 687	657 285	662 765	48,6	19,3	19,5	19,4	- 0,1	+ 0,8
Brandenburg	330 449	281 327	277 976	48,8	13,1	11,5	11,3	- 15,9	- 1,2
Bremen	108 024	109 498	112 203	51,0	16,4	16,7	17,1	+ 3,9	+ 2,5
Hamburg	232 583	227 163	230 149	50,3	13,1	13,1	13,2	- 1,0	+ 1,3
Hessen	516 563	501 269	517 587	50,9	8,5	8,3	8,6	+ 0,2	+ 3,3
Mecklenburg-Vorpommern	257 747	219 959	219 360	48,4	15,6	13,7	13,7	- 14,9	- 0,3
Niedersachsen	759 231	700 558	712 840	51,0	9,6	9,0	9,2	- 6,1	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	1 846 143	1 881 993	1 940 672	51,0	10,3	10,7	11,0	+ 5,1	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	280 738	265 129	274 075	51,8	7,0	6,6	6,9	- 2,4	+ 3,4
Saarland	93 921	90 167	93 519	51,4	9,2	9,1	9,4	- 0,4	+ 3,7
Sachsen	533 006	447 094	438 794	49,3	12,8	11,0	10,8	- 17,7	- 1,9
Sachsen-Anhalt	366 699	317 246	312 671	49,2	15,5	14,0	13,9	- 14,7	- 1,4
Schleswig-Holstein	275 537	265 480	270 474	50,3	9,7	9,5	9,6	- 1,8	+ 1,9
Thüringen	252 289	208 704	203 451	50,2	11,2	9,6	9,4	- 19,4	- 2,5
Deutschland	7 643 813	7 249 273	7 384 947	50,5	9,3	9,0	9,1	- 3,4	+ 1,9
Westdeutschland	5 239 936	5 117 658	5 269 930	51,1	8,0	7,9	8,1	+ 0,6	+ 3,0
Ostdeutschland	2 403 877	2 131 615	2 115 017	49,0	14,7	13,4	13,3	- 12,0	- 0,8

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

68. Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger/-innen nach SGB II (Dezember)			Leistungsempfänger/-innen je 100 Einwohner/-innen ¹⁾			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	489 652	424 306	430 281	5,7	5,0	5,0	- 12,1	+ 1,4
Bayern	498 189	416 573	422 619	5,0	4,1	4,2	- 15,2	+ 1,5
Berlin	593 084	563 462	557 940	21,3	20,4	19,9	- 5,9	- 1,0
Brandenburg	293 096	245 540	234 860	15,1	13,0	12,4	- 19,9	- 4,3
Bremen	94 712	91 698	93 060	18,2	17,7	17,9	- 1,7	+ 1,5
Hamburg	197 191	178 824	179 095	13,7	12,6	12,5	- 9,2	+ 0,2
Hessen	441 040	407 050	414 686	9,1	8,4	8,5	- 6,0	+ 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	226 729	189 658	182 157	17,6	15,3	14,7	- 19,7	- 4,0
Niedersachsen	646 700	573 751	571 312	10,3	9,3	9,3	- 11,7	- 0,4
Nordrhein-Westfalen	1 643 239	1 590 988	1 610 664	11,5	11,4	11,5	- 2,0	+ 1,2
Rheinland-Pfalz	244 688	217 290	221 444	7,7	6,9	7,0	- 9,5	+ 1,9
Saarland	82 021	75 352	76 779	10,3	9,8	10,0	- 6,4	+ 1,9
Sachsen	490 085	393 524	375 064	15,6	12,9	12,3	- 23,5	- 4,7
Sachsen-Anhalt	329 821	277 187	266 250	18,5	16,4	15,9	- 19,3	- 3,9
Schleswig-Holstein	234 226	217 277	217 874	10,6	9,9	9,9	- 7,0	+ 0,3
Thüringen	231 196	178 643	171 510	13,4	10,8	10,5	- 25,8	- 4,0
Deutschland	6 735 669	6 041 123	6 025 595	10,4	9,5	9,4	- 10,5	- 0,3
Westdeutschland	4 571 658	4 193 109	4 237 814	8,8	8,1	8,2	- 7,3	+ 1,1
Ostdeutschland	2 164 011	1 848 014	1 787 781	17,1	15,1	14,5	- 17,4	- 3,3

1) Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	9 979	7 745	7 484	9,3	7,3	7,0	- 25,0	- 3,4
Bayern	10 392	9 077	8 896	8,3	7,2	7,0	- 14,4	- 2,0
Berlin	4 471	4 043	3 643	13,0	11,9	10,6	- 18,5	- 9,9
Brandenburg	4 327	3 684	3 475	17,2	15,1	14,2	- 19,7	- 5,7
Bremen	1 487	1 277	1 303	22,5	19,5	19,8	- 12,4	+ 2,0
Hamburg	2 677	2 516	2 352	15,1	14,4	13,4	- 12,1	- 6,5
Hessen	6 803	5 458	5 341	11,2	9,1	8,8	- 21,5	- 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 982	1 923	2 014	12,0	12,0	12,6	+ 1,6	+ 4,7
Niedersachsen	13 390	12 727	11 613	16,9	16,3	14,9	- 13,3	- 8,8
Nordrhein-Westfalen	24 397	23 704	22 485	13,6	13,5	12,8	- 7,8	- 5,1
Rheinland-Pfalz	4 482	4 243	3 834	11,2	10,6	9,6	- 14,5	- 9,6
Saarland	1 693	1 517	1 510	16,5	15,3	15,3	- 10,8	- 0,5
Sachsen	4 487	3 953	3 827	10,7	9,8	9,5	- 14,7	- 3,2
Sachsen-Anhalt	3 464	3 491	2 794	14,6	15,5	12,5	- 19,3	- 20,0
Schleswig-Holstein	4 349	3 858	3 835	15,4	13,7	13,6	- 11,8	- 0,6
Thüringen	2 722	1 984	1 892	12,1	9,2	8,8	- 30,5	- 4,6
Deutschland	101 102	91 200	86 298	12,4	11,3	10,7	- 14,6	- 5,4
Westdeutschland	79 649	72 122	68 653	12,2	11,1	10,6	- 13,8	- 4,8
Ostdeutschland	21 453	19 078	17 645	13,1	12,0	11,1	- 17,8	- 7,5

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2009	2011	2013	2009	2011	2013	2013/2009	2013/2011
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	246 038	278 295	298 769	2,2	2,3	2,8	+ 21,4	+ 7,4
Bayern	318 479	329 341	329 016	2,5	2,6	2,6	+ 3,3	- 0,1
Berlin	101 351	107 917	112 509	2,8	2,9	3,3	+ 11,0	+ 4,3
Brandenburg	85 801	95 970	102 953	3,4	3,4	4,2	+ 20,0	+ 7,3
Bremen	21 340	22 178	22 564	3,1	3,2	3,4	+ 5,7	+ 1,7
Hamburg	45 997	47 207	49 566	2,4	2,6	2,8	+ 7,8	+ 5,0
Hessen	186 893	199 655	205 126	2,9	3,1	3,4	+ 9,8	+ 2,7
Mecklenburg-Vorpommern	61 442	67 559	72 445	3,4	3,7	4,5	+ 17,9	+ 7,2
Niedersachsen	256 085	270 399	288 296	3,0	3,2	3,7	+ 12,6	+ 6,6
Nordrhein-Westfalen	509 145	547 833	581 492	2,7	2,9	3,3	+ 14,2	+ 6,1
Rheinland-Pfalz	105 800	112 743	117 910	2,5	2,6	3,0	+ 11,4	+ 4,6
Saarland	30 380	32 793	34 102	2,8	3,0	3,4	+ 12,3	+ 4,0
Sachsen	131 714	138 987	149 461	3,0	3,2	3,7	+ 13,5	+ 7,5
Sachsen-Anhalt	80 667	88 021	92 416	3,4	3,4	4,1	+ 14,6	+ 5,0
Schleswig-Holstein	79 507	80 221	82 692	2,8	2,8	2,9	+ 4,0	+ 3,1
Thüringen	76 967	82 322	86 889	3,2	3,4	4,0	+ 12,9	+ 5,5
Deutschland	2 337 606	2 501 441	2 626 206	2,7	2,9	3,3	+ 12,3	+ 5,0
Westdeutschland	1 799 664	1 920 665	2 009 533	2,6	2,7	3,1	+ 11,7	+ 4,6
Ostdeutschland	537 942	580 776	616 673	3,1	3,3	3,9	+ 14,6	+ 6,2

71. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten und Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einwohner/-innen und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹⁾	Aufklärungsquote	Wohnungseinbruchdiebstahl ²⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten	
	2009	2013	2014			2014/2009	2014/2013		
	Anzahl			%	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ¹⁾	%		
Baden-Württemberg	579 112	576 067	594 534	5 571	58,9	13 483	126	+ 2,7	+ 3,2
Bayern	635 074	635 131	650 868	5 151	64,4	8 210	65	+ 2,5	+ 2,5
Berlin	496 472	503 164	543 157	15 785	44,9	12 159	353	+ 9,4	+ 7,9
Brandenburg	200 474	197 228	196 033	7 998	52,4	3 991	163	- 2,2	- 0,6
Bremen	93 064	85 508	83 777	12 732	45,8	3 555	540	- 10,0	- 2,0
Hamburg	236 824	238 019	239 998	13 723	43,9	7 490	428	+ 1,3	+ 0,8
Hessen	407 022	386 778	396 931	6 545	59,3	10 978	181	- 2,5	+ 2,6
Mecklenburg-Vorpommern	138 134	120 484	116 609	7 300	60,4	1 530	96	- 15,6	- 3,2
Niedersachsen	590 294	545 704	552 730	7 074	60,6	14 654	188	- 6,4	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	1 458 438	1 484 943	1 501 125	8 533	49,8	52 794	300	+ 2,9	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	283 162	267 441	264 553	6 613	61,9	5 819	145	- 6,6	- 1,1
Saarland	74 541	72 540	75 706	7 651	53,3	2 485	251	+ 1,6	+ 4,4
Sachsen	279 467	312 500	327 196	8 088	54,8	3 869	96	+ 17,1	+ 4,7
Sachsen-Anhalt	200 728	193 881	194 486	8 691	57,1	2 598	116	- 3,1	+ 0,3
Schleswig-Holstein	242 838	199 964	202 301	7 172	51,2	7 529	267	- 16,7	+ 1,2
Thüringen	138 686	142 310	142 060	6 587	63,9	979	45	+ 2,4	- 0,2
Deutschland	6 054 330	5 961 662	6 082 064	7 516	54,9	152 123	188	+ 0,5	+ 2,0
Westdeutschland	4 600 369	4 492 095	4 562 523	7 020	55,6	126 997	195	- 0,8	+ 1,6
Ostdeutschland	1 453 961	1 469 567	1 519 541	9 539	52,5	25 126	158	+ 4,5	+ 3,4

1) Je 100 000 Einwohner/-innen am 30.06.2014.

2) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

72. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	47 437	46 096	47 914	441	435	449	+ 1,0	+ 3,9
Bayern	70 811	69 457	70 153	567	553	555	- 0,9	+ 1,0
Berlin	16 210	16 355	17 491	472	482	508	+ 7,9	+ 6,9
Brandenburg	10 896	10 459	10 895	433	427	444	- 0,0	+ 4,2
Bremen	3 779	3 903	3 941	573	596	599	+ 4,3	+ 1,0
Hamburg	10 040	9 449	9 916	565	542	567	- 1,2	+ 4,9
Hessen	30 097	27 727	28 382	497	460	468	- 5,7	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 953	6 720	6 573	480	421	412	- 17,4	- 2,2
Niedersachsen	44 060	40 778	43 418	555	524	556	- 1,5	+ 6,5
Nordrhein-Westfalen	79 280	72 592	77 469	443	414	440	- 2,3	+ 6,7
Rheinland-Pfalz	20 412	18 728	19 290	508	470	482	- 5,5	+ 3,0
Saarland	5 687	5 054	5 201	555	510	526	- 8,5	+ 2,9
Sachsen	18 238	16 380	17 036	437	405	421	- 6,6	+ 4,0
Sachsen-Anhalt	11 526	10 295	10 613	487	458	474	- 7,9	+ 3,1
Schleswig-Holstein	15 592	15 370	16 107	551	547	571	+ 3,3	+ 4,8
Thüringen	9 805	8 118	8 513	434	375	395	- 13,2	+ 4,9
Deutschland	401 823	377 481	392 912	491	468	486	- 2,2	+ 4,1
Westdeutschland	327 195	309 154	321 791	500	478	495	- 1,7	+ 4,1
Ostdeutschland	74 628	68 327	71 121	455	430	446	- 4,7	+ 4,1

Aktuelle Entwicklungen 2015

73. Aktuelle Entwicklungen 2015

Land	Veränderung des BIP (real)	Erwerbstätige ¹⁾	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote	SGB II-Quote	Veränderung der SGB II-Quote	Kindertagesbetreuung von unter Dreijährigen ²⁾
	1. Hj 2015/ 1. Hj 2014	1. Vj 2015	1. Vj 2015/ 1. Vj 2014	30.6.	30.6.2015/ 30.6.2014	30.6.	April	April 2015/ April 2014	2015
	%	in 1 000	%	Prozentpunkte	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	
Baden-Württemberg	+ 3,1	5 999	+ 0,9	3,7	- 0,1	4,8	5,1	+ 0,1	27,8
Bayern	+ 1,4	7 140	+ 1,0	3,4	- 0,1	4,5	4,3	+ 0,0	27,5
Berlin	+ 1,7	1 810	+ 1,6	10,5	- 0,5	13,9	20,2	- 0,3	45,9
Brandenburg	+ 1,5	1 063	- 0,3	8,3	- 0,7	10,6	12,4	- 0,7	56,8
Bremen	+ 2,1	418	+ 0,2	10,9	+ 0,1	13,9	18,6	+ 0,5	27,1
Hamburg	+ 2,0	1 190	+ 0,5	7,3	- 0,2	9,7	13,0	+ 0,1	43,3
Hessen	+ 1,4	3 307	+ 1,0	5,3	- 0,3	6,9	8,8	+ 0,1	29,7
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1,4	713	+ 0,1	9,6	- 0,9	12,7	14,7	- 0,8	56,0
Niedersachsen	+ 1,6	3 906	+ 0,8	5,9	- 0,4	7,6	9,5	- 0,0	28,3
Nordrhein-Westfalen	+ 0,3	9 051	+ 0,4	7,9	- 0,3	9,9	11,8	+ 0,2	25,8
Rheinland-Pfalz	+ 1,2	1 953	+ 0,6	5,0	- 0,2	6,5	7,2	+ 0,1	30,6
Saarland	+ 2,4	517	+ 0,2	7,0	- 0,1	9,3	10,4	+ 0,3	28,3
Sachsen	+ 1,7	1 993	+ 0,1	7,9	- 0,6	10,2	12,3	- 0,8	50,6
Sachsen-Anhalt	+ 0,0	992	- 0,4	9,8	- 0,6	13,2	15,9	- 0,7	57,9
Schleswig-Holstein	+ 0,5	1 330	+ 0,6	6,2	- 0,3	7,9	10,2	+ 0,1	31,4
Thüringen	+ 0,4	1 032	- 0,3	7,0	- 0,5	9,2	10,5	- 0,5	52,3
Deutschland	+ 1,4	42 415	+ 0,7	6,2	- 0,3	8,0	9,6	- 0,0	32,9
Westdeutschland	+ 1,5	34 811	+ 0,7	5,6	- 0,2	7,1	8,4	+ 0,1	28,2
Ostdeutschland	+ 1,3	7 604	+ 0,3	8,8	- 0,7	11,6	14,6	- 0,6	51,9

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung.

2) Anteil der betreuten unter dreijährigen Kinder in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (Stichtag: 1.3.2015) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2014 (vorläufige Ergebnisse).

Niedersachsen in Europa

74. Bevölkerungsdaten der Mitgliedstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Darunter Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren	Veränderung der Bevölkerungszahl 2013/2008	Fläche	Besiedlungsdichte	Bevölkerungsanteil an EU 28
	2008	2012	2013					
	Anzahl			%		km ²	Einwohner/-innen je km ²	%
Belgien	10 753 080	11 161 642	11 203 992	17,8	+ 4,2	30 528	367	2,2
Bulgarien	7 467 119	7 284 552	7 245 677	19,6	- 3,0	110 900	65	1,4
Tschechische Republik	10 425 783	10 516 125	10 512 419	17,4	+ 0,8	78 866	133	2,1
Dänemark	5 511 451	5 602 628	5 627 235	18,2	+ 2,1	42 916	131	1,1
Deutschland	82 002 356	80 523 746	80 767 463	20,8	- 1,5	357 168	226	15,9
Baden-Württemberg	10 749 506	10 569 111	10 631 278	19,6	- 1,1	35 751	297	2,1
Bayern	12 519 728	12 519 571	12 604 244	19,8	+ 0,7	70 550	179	2,5
Berlin	3 431 675	3 375 222	3 421 829	19,1	- 0,3	892	3 837	0,7
Brandenburg	2 522 493	2 449 511	2 449 193	22,8	- 2,9	29 486	83	0,5
Bremen	661 866	654 774	657 391	21,3	- 0,7	419	1 568	0,1
Hamburg	1 772 100	1 734 272	1 746 342	18,8	- 1,5	755	2 312	0,3
Hessen	6 064 953	6 016 481	6 045 425	20,1	- 0,3	21 115	286	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 664 356	1 600 327	1 596 505	22,4	- 4,1	23 211	69	0,3
Niedersachsen	7 947 244	7 778 995	7 790 559	21,2	- 2,0	47 614	164	1,5
Nordrhein-Westfalen	17 933 064	17 554 329	17 571 856	20,5	- 2,0	34 110	515	3,5
Rheinland-Pfalz	4 028 351	3 990 278	3 994 366	20,6	- 0,8	19 854	201	0,8
Saarland	1 030 324	994 287	990 718	22,3	- 3,8	2 569	386	0,2
Sachsen	4 192 801	4 050 204	4 046 385	24,7	- 3,5	18 420	220	0,8
Sachsen-Anhalt	2 381 872	2 259 393	2 244 577	24,7	- 5,8	20 451	110	0,4
Schleswig-Holstein	2 834 260	2 806 531	2 815 955	22,3	- 0,6	15 800	178	0,6
Thüringen	2 267 763	2 170 460	2 160 840	23,7	- 4,7	16 173	134	0,4
Estland	1 335 740	1 320 174	1 315 819	18,4	- 1,5	45 227	29	0,3
Irland	4 521 322	4 591 087	4 605 501	12,6	+ 1,9	69 797	66	0,9
Griechenland	11 190 654	10 991 400	10 926 807	20,5	- 2,4	131 957	83	2,2
Spanien	46 239 273	46 727 890	46 512 199	18,1	+ 0,6	505 991	92	9,2
Frankreich	64 350 226	65 560 721	65 835 579	18,0	+ 2,3	632 834	104	13,0
Kroatien	4 309 796	4 262 140	4 246 809	18,4	- 1,5	0,8
Italien	59 000 586	59 685 227	60 782 668	21,4	+ 3,0	302 073	201	12,0
Zypern	796 930	865 878	858 000	13,9	+ 7,7	9 251	93	0,2
Lettland	2 162 834	2 023 825	2 001 468	19,1	- 7,5	64 573	31	0,4
Litauen	3 183 856	2 971 905	2 943 472	18,4	- 7,6	65 300	45	0,6
Luxemburg	493 500	537 039	549 680	14,1	+ 11,4	2 586	213	0,1
Ungarn	10 030 975	9 908 798	9 877 365	17,5	- 1,5	93 024	106	1,9
Malta	410 926	421 364	425 384	17,9	+ 3,5	316	1 346	0,1
Niederlande	16 485 787	16 779 575	16 829 289	17,3	+ 2,1	41 540	405	3,3
Österreich	8 335 003	8 451 860	8 506 889	18,3	+ 2,1	83 879	101	1,7
Polen	38 135 876	38 062 535	38 017 856	14,9	- 0,3	312 679	122	7,5
Portugal	10 563 014	10 487 289	10 427 301	19,9	- 1,3	92 212	113	2,1
Rumänien	20 440 290	20 020 074	19 947 311	16,5	- 2,4	238 391	84	3,9
Slowenien	2 032 362	2 058 821	2 061 085	17,5	+ 1,4	20 273	102	0,4
Slowakei	5 382 401	5 410 836	5 415 949	13,5	+ 0,6	49 036	110	1,1
Finnland	5 326 314	5 426 674	5 451 270	19,4	+ 2,3	338 435	16	1,1
Schweden	9 256 347	9 555 893	9 644 864	19,4	+ 4,2	438 576	22	1,9
Vereinigtes Königreich	62 042 343	63 905 297	64 308 261	17,5	+ 3,7	248 528	259	12,7
Europäische Union (28 Länder)	502 186 144	505 114 995	506 847 612	18,5	+ 0,9	4 361 627	116	100

Quelle: Eurostat. Für Deutschland und seine Länder: Statistisches Bundesamt.

75. Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bruttoinlandsprodukt		BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)		Erwerbslosenquote		Erwerbstätigenquote		Gender Pay Gap	
	2013	Veränderung 2013/2012	2013	Veränderung 2013/2012	2014	Veränderung 2014/2013	2014	Veränderung 2014/2013	2013	Veränderung 2013/2012
	Mio. €	%	Prozentpunkte	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Belgien	395 262	+ 1,8	119	- 1,0	8,5	+ 0,1	61,9	+ 0,1	10	0,0
Bulgarien	41 048	+ 0,3	45	0,0	11,4	- 1,5	61,0	+ 1,5	14	- 1,0
Tschech. Rep.	157 285	- 2,3	82	0,0	6,1	- 0,9	69,0	+ 1,3	22	0,0
Dänemark	252 939	+ 0,9	124	- 1,0	6,6	- 0,4	72,8	+ 0,3	16	- 1,0
Deutschland	2 809 480	+ 2,2	122	- 1,0	5,0	- 0,2	73,8	+ 0,3	22	0,0
Bad.-Württbg.	420 819	+ 1,8	139	- 1,0	3,1	- 0,2	76,7	+ 0,1	27	0,0
Bayern	504 282	+ 2,9	142	0,0	2,9	- 0,1	77,7	+ 0,5	25	0,0
Berlin	112 336	+ 2,6	113	- 1,0	9,8	- 0,6	69,0	+ 0,4	11	- 2,0
Brandenburg	60 344	+ 1,7	87	0,0	6,7	- 0,6	74,7	- 0,1	7	- 1,0
Bremen	29 419	+ 2,4	159	0,0	6,6	- 0,4	68,2	+ 0,7	25	- 1,0
Hamburg	99 468	+ 2,3	195	- 2,0	5,0	+ 0,3	74,7	+ 0,9	25	0,0
Hessen	242 652	+ 3,8	142	+ 2,0	4,4	+ 0,1	73,0	- 0,7	22	- 2,0
Meckl.-Vorp.	37 312	- 0,7	82	- 2,0	9,6	- 0,4	71,1	+ 0,6	4	- 1,0
Niedersachsen	246 639	+ 2,4	111	0,0	4,6	- 0,3	73,4	+ 0,2	20	0,0
Nordrh.-Westf.	606 098	+ 0,7	121	- 2,0	5,6	- 0,3	70,5	+ 0,7	22	- 1,0
Rheinl.-Pfalz	124 247	+ 1,8	111	- 1,0	3,9	- 0,1	74,1	+ 0,2	22	- 1,0
Saarland	32 570	+ 1,3	116	0,0	5,8	- 0,1	70,2	+ 0,3	25	0,0
Sachsen	104 717	+ 3,8	91	+ 2,0	7,2	- 0,6	74,9	+ 0,4	10	- 1,0
Sachsen-Anh.	54 693	+ 2,0	86	+ 1,0	8,8	- 0,3	72,9	- 0,4	7	+ 1,0
Schlesw.-Holst.	81 291	+ 4,5	102	+ 2,0	4,6	- 0,3	74,2	+ 0,5	17	- 1,0
Thüringen	52 593	+ 2,6	85	0,0	6,0	0,0	75,5	0,0	7	+ 1,0
Estland	18 739	+ 6,2	73	+ 2,0	7,4	- 1,2	69,6	+ 1,1	30	0,0
Irland	174 791	+ 1,2	130	0,0	11,3	- 1,7	61,7	+ 1,2	14 ¹⁾	•
Griechenland	182 438	- 6,1	73	- 1,0	26,5	- 1,0	49,4	+ 0,6	15 ²⁾	•
Spanien	1 049 181	- 0,6	94	0,0	24,4	- 1,7	56,0	+ 1,2	19	0,0
Frankreich	2 113 687	+ 1,1	107	0,0	10,3	0,0	63,8	+ 0,2	15	0,0
Kroatien	43 562	- 0,8	61	0,0	17,3	0,0	54,6	+ 2,1	7	+ 4,0
Italien	1 609 462	- 0,4	99	- 2,0	12,7	+ 0,6	55,7	+ 0,2	7	0,0
Zypern	18 119	- 6,7	89	- 5,0	16,1	+ 0,2	62,1	+ 0,4	16	0,0
Lettland	23 265	+ 4,7	64	+ 4,0	10,8	- 1,1	66,3	+ 1,3	14	0,0
Litauen	34 956	+ 4,9	73	+ 4,0	10,7	- 1,1	65,7	+ 2,0	13	0,0
Luxemburg	45 288	+ 3,4	258	- 6,0	5,9	+ 0,1	66,6	+ 0,9	9	0,0
Ungarn	100 536	+ 1,9	66	+ 1,0	7,7	- 2,5	61,8	+ 3,7	18	- 2,0
Malta	7 571	+ 4,8	86	+ 1,0	5,9	- 0,5	62,3	+ 1,5	5	- 2,0
Niederlande	642 851	+ 0,3	131	- 1,0	7,4	+ 0,2	73,1	- 0,5	16	- 1,0
Österreich	322 595	+ 1,7	128	- 1,0	5,6	+ 0,3	71,1	- 0,3	23	0,0
Polen	396 111	+ 2,6	67	+ 1,0	9,0	- 1,3	61,7	+ 1,7	6	0,0
Portugal	169 395	+ 0,6	78	+ 2,0	13,9	- 2,3	62,6	+ 2,0	13	- 2,0
Rumänien	144 282	+ 7,8	54	+ 1,0	6,8	- 0,3	61,0	+ 0,9	9	- 1,0
Slowenien	36 144	+ 0,4	82	0,0	9,7	- 0,4	63,9	+ 0,6	3	0,0
Slowakei	73 593	+ 2,0	75	+ 1,0	13,2	- 1,0	61,0	+ 1,1	20	- 2,0
Finnland	201 995	+ 1,1	113	- 3,0	8,7	+ 0,5	68,7	- 0,2	19	0,0
Schweden	436 342	+ 3,1	127	+ 1,0	8,0	- 0,1	74,9	+ 0,5	15	- 1,0
Verein. Königr.	2 017 194	- 1,2	109	+ 2,0	6,1	- 1,4	71,9	+ 1,4	20	+ 1,0
Europ. Union										
(28 Länder)	13 518 112	+ 0,7	100	x	10,2	- 0,7	64,8	+ 0,8	16	- 1,0

1) Wert des Jahres 2012 (Wert für 2013 nicht verfügbar).

2) Wert des Jahres 2010 (Werte für 2011 bis 2013 nicht verfügbar).

Quelle: Eurostat. Angaben für Deutschland und seine Länder für den Gender Pay Gap: Verdienststrukturerhebungen fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

76. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger

Staat / Land	Anteil der frühen Schulabgänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung						Männlich	Weiblich	Veränderung des Anteils	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014			2014/2009	2014/2013
	%								Prozentpunkte	
Belgien	11,1	11,9	12,3	12,0	11,0	9,8	11,8	7,7	- 1,3	- 1,2
Bulgarien	14,7	13,9	11,8	12,5	12,5	12,9	12,8	12,9	- 1,8	+ 0,4
Tschechische Republik	5,4	4,9	4,9	5,5	5,4	5,5	5,8	5,2	+ 0,1	+ 0,1
Dänemark	11,3	11,0	9,6	9,1	8,0	7,7	9,3	6,0	- 3,6	- 0,3
Deutschland	11,1	11,9	11,6	10,5	9,8	9,5	10,0	8,9	- 1,6	- 0,3
Baden-Württemberg	9,5	9,9	10,0	8,4	7,5	7,8	8,4	7,2	- 1,7	+ 0,3
Bayern	8,8	9,4	9,0	7,3	7,1	6,3	6,5	6,1	- 2,5	- 0,8
Berlin	14,1	14,6	13,2	13,4	12,2	13,5	15,3	11,9	- 0,6	+ 1,3
Brandenburg	9,0	9,6	10,3	10,2	10,6	9,0	9,2	/	0,0	- 1,6
Bremen	14,5	14,1	17,8	13,1	14,9	14,0	/	/	- 0,5	- 0,9
Hamburg	12,1	13,1	13,0	12,4	11,6	11,7	13,9	9,4	- 0,4	+ 0,1
Hessen	11,3	11,7	10,9	9,5	10,1	9,7	10,4	8,9	- 1,6	- 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	9,1	9,2	10,2	11,2	9,7	9,9	/	/	+ 0,8	+ 0,2
Niedersachsen	12,6	13,9	14,1	11,9	10,8	10,6	11,3	9,8	- 2,0	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	13,8	14,6	13,6	12,9	11,6	11,2	11,4	11,0	- 2,6	- 0,4
Rheinland-Pfalz	13,7	15,5	13,5	12,5	13,0	10,4	10,9	9,9	- 3,3	- 2,6
Saarland	14,4	13,2	15,3	12,8	13,6	11,9	/	/	- 2,5	- 1,7
Sachsen	6,7	7,6	7,9	8,1	6,6	6,8	7,0	6,6	+ 0,1	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	10,7	11,7	13,1	11,2	9,9	9,3	9,4	/	- 1,4	- 0,6
Schleswig-Holstein	12,1	12,7	13,0	12,6	10,1	12,7	13,1	12,4	+ 0,6	+ 2,6
Thüringen	5,4	6,3	7,8	7,6	7,8	6,1	/	/	+ 0,7	- 1,7
Estland	13,5	11,0	10,6	10,3	9,7	11,4	15,3	7,5	- 2,1	+ 1,7
Irland	11,7	11,5	10,8	9,7	8,4	6,9	8,0	5,7	- 4,8	- 1,5
Griechenland	14,2	13,5	12,9	11,3	10,1	9,0	11,5	6,6	- 5,2	- 1,1
Spanien	30,9	28,2	26,3	24,7	23,6	21,9	25,6	18,1	- 9,0	- 1,7
Frankreich	12,2	12,5	11,9	11,5	9,7	8,5	9,5	7,4	- 3,7	- 1,2
Kroatien	5,2	5,2	5,0	5,1	4,5	2,7	3,1	2,3	- 2,5	- 1,8
Italien	19,1	18,6	17,8	17,3	16,8	15,0	17,7	12,2	- 4,1	- 1,8
Zypern	11,7	12,7	11,3	11,4	9,1	6,8	11,2	2,9	- 4,9	- 2,3
Lettland	14,3	12,9	11,6	10,6	9,8	8,5	11,7	5,1	- 5,8	- 1,3
Litauen	8,7	7,9	7,4	6,5	6,3	5,9	7,0	4,6	- 2,8	- 0,4
Luxemburg	7,7	7,1	6,2	8,1	6,1	6,1	8,3	3,7	- 1,6	0,0
Ungarn	11,5	10,8	11,4	11,8	11,9	11,4	12,5	10,3	- 0,1	- 0,5
Malta	25,7	23,8	22,7	21,1	20,5	20,4	22,3	18,3	- 5,3	- 0,1
Niederlande	10,9	10,0	9,1	8,8	9,2	8,6	10,3	6,8	- 2,3	- 0,6
Österreich	8,8	8,3	8,5	7,8	7,5	7,0	7,6	6,5	- 1,8	- 0,5
Polen	5,3	5,4	5,6	5,7	5,6	5,4	7,3	3,3	+ 0,1	- 0,2
Portugal	30,9	28,3	23,0	20,5	18,9	17,4	20,7	14,1	- 13,5	- 1,5
Rumänien	16,6	19,3	18,1	17,8	17,3	18,1	19,5	16,7	+ 1,5	+ 0,8
Slowenien	5,3	5,0	4,2	4,4	3,9	4,4	6,0	2,7	- 0,9	+ 0,5
Slowakei	4,9	4,7	5,1	5,3	6,4	6,7	6,9	6,6	+ 1,8	+ 0,3
Finnland	9,9	10,3	9,8	8,9	9,3	9,5	11,9	7,2	- 0,4	+ 0,2
Schweden	7,0	6,5	6,6	7,5	7,1	6,7	7,3	6,0	- 0,3	- 0,4
Vereinigtes Königreich	15,7	14,8	14,9	13,4	12,3	11,8	12,8	10,7	- 3,9	- 0,5
Europäische Union (28 Länder)	14,2	13,9	13,4	12,6	11,9	11,1	12,7	9,5	- 3,1	- 0,8

Quelle: Eurostat.

77. Bevölkerung 2008 bis 2013

Region	Einwohner/-innen am 31.12.						Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Europäische Union	502 186 144	503 234 845	504 494 374	504 056 505	505 114 995	506 847 612	+ 0,9	+ 0,3
Deutschland	82 002 356	81 802 257	81 751 602	80 327 900	80 523 746	80 767 463	- 1,5	+ 0,3
Niedersachsen	7 947 244	7 928 815	7 918 293	7 774 253	7 778 995	7 790 559	- 2,0	+ 0,1
Statistische Region Braunschweig	1 623 649	1 616 720	1 609 369	1 575 968	1 574 527	1 574 936	- 3,0	+ 0,0
Statistische Region Hannover	2 149 181	2 142 440	2 138 711	2 093 431	2 094 931	2 099 079	- 2,3	+ 0,2
Statistische Region Lüneburg	1 696 643	1 693 654	1 692 238	1 667 127	1 667 332	1 670 199	- 1,6	+ 0,2
Statistische Region Weser-Ems	2 477 771	2 476 001	2 477 975	2 437 727	2 442 205	2 446 345	- 1,3	+ 0,2

Quelle: Eurostat.

78. Bruttoinlandsprodukt 2010 bis 2012

Region	Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen			Veränderung des BIP	
	2010	2011	2012	2012/2010	2012/2011
	Mio. €			%	
Europäische Union	12 789 849	13 173 526	13 424 391	+ 5,0	+ 1,9
Deutschland	2 576 220	2 699 100	2 749 900	+ 6,7	+ 1,8
Niedersachsen	222 934	236 213	240 818	+ 8,0	+ 1,9
Statistische Region Braunschweig	50 750	55 347	55 564	+ 9,5	+ 0,4
Statistische Region Hannover	66 225	69 558	70 519	+ 6,5	+ 1,4
Statistische Region Lüneburg	36 927	38 748	39 873	+ 8,0	+ 2,8
Statistische Region Weser-Ems	69 032	72 560	74 862	+ 8,4	+ 3,1

Quelle: Eurostat.

79. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in 2010 bis 2012

Region	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in zu laufenden Marktpreisen			Veränderung des BIP je Einwohner/-in	
	2010	2011	2012	2012/2010	2012/2011
	€			%	
Europäische Union	25 300	26 000	26 500	+ 4,7	+ 1,9
Deutschland	31 500	33 000	33 600	+ 6,7	+ 1,8
Niedersachsen	28 100	29 800	30 400	+ 8,2	+ 2,0
Statistische Region Braunschweig	31 500	34 400	34 600	+ 9,8	+ 0,6
Statistische Region Hannover	30 900	32 500	33 000	+ 6,8	+ 1,5
Statistische Region Lüneburg	21 800	22 900	23 600	+ 8,3	+ 3,1
Statistische Region Weser-Ems	27 900	29 300	30 100	+ 7,9	+ 2,7

Quelle: Eurostat.

80. Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts

Region	BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)			Veränderung	
	2010	2011	2012	2012/2010	2012/2011
	%			Prozentpunkte	
Europäische Union	100	100	100	x	x
Deutschland	119	122	123	+ 4,0	+ 1,0
Niedersachsen	106	110	111	+ 5,0	+ 1,0
Statistische Region Braunschweig	119	127	127	+ 8,0	0,0
Statistische Region Hannover	117	120	121	+ 4,0	+ 1,0
Statistische Region Lüneburg	83	85	86	+ 3,0	+ 1,0
Statistische Region Weser-Ems	105	108	110	+ 5,0	+ 2,0

Quelle: Eurostat.

81. Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen 2009 bis 2014

Region	Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen						Darunter		Veränderung der Erwerbs- tätigenquote 2014/2009
	2009	2010	2011	2012	2013	2014			
	%						männlich	weiblich	Prozentpunkte
Europäische Union (28 Länder)	64,4	64,0	64,1	64,0	64,0	64,8	70,1	59,5	+ 0,4
Deutschland	70,3	71,1	72,7	73,0	73,5	73,8	78,1	69,5	+ 3,5
Niedersachsen	69,3	70,2	72,1	72,5	73,2	73,4	78,0	68,8	+ 4,1
Statistische Region Braunschweig	67,3	68,4	70,7	70,3	70,0	70,5	74,9	65,9	+ 3,2
Statistische Region Hannover	68,5	69,2	70,5	72,5	73,1	73,2	77,6	68,7	+ 4,7
Statistische Region Lüneburg	71,8	72,6	74,2	73,9	74,8	75,7	79,9	71,6	+ 3,9
Statistische Region Weser-Ems	69,8	70,8	72,9	73,0	74,4	74,1	79,2	69,0	+ 4,3

Quelle: Eurostat.

82. Erwerbslosenquote der 15-Jährigen und älter 2009 bis 2014

Region	Erwerbslosenquote der 15-Jährigen und älter						Darunter		Veränderung der Erwerbs- losenquote 2014/2009
	2009	2010	2011	2012	2013	2014			
	%						männlich	weiblich	Prozentpunkte
Europäische Union (28 Länder)	8,9	9,6	9,6	10,5	10,9	10,2	10,1	10,3	+ 1,3
Deutschland	7,7	7,1	5,8	5,4	5,2	5,0	5,3	4,6	- 2,7
Niedersachsen	6,9	6,5	5,5	4,9	4,9	4,6	5,1	4,1	- 2,3
Statistische Region Braunschweig	8,5	7,2	6,2	5,5	6,2	5,5	6,1	4,7	- 3,0
Statistische Region Hannover	7,9	7,1	6,7	5,4	5,4	5,2	5,6	4,7	- 2,7
Statistische Region Lüneburg	5,4	5,8	5,3	4,4	4,3	4,0	4,3	3,6	- 1,4
Statistische Region Weser-Ems	5,9	6,0	4,2	4,3	4,0	4,1	4,4	3,6	- 1,8

Quelle: Eurostat.

